



47. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Gremium: Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 19.02.2019, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

- 3 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

- 4 **Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm-von-Türk-Schule**

- 5 **Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018
18/SVV/0865** Oberbürgermeister, Fachbereich
Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -

- 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 6.1 **Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018
18/SVV/0882** Oberbürgermeister, Fachbereich
Soziales und Gesundheit
- 6.2 **Stadtwald in Babelsberg entwickeln
18/SVV/0962** Fraktion CDU/ANW
- 6.3 **Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen
19/SVV/0034** Fraktion CDU/ANW

- | | | |
|-----|--|--|
| 6.4 | Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume -
Grüne Architektur - Grüne Mobilität
19/SVV/0038 | Dr. Saskia Ludwig,
Ortsvorsteherin Golm |
| 6.5 | Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur
sozialgerechten Baulandentwicklung in der
Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer
Baulandmodell)
19/SVV/0041 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 6.6 | Stärkung des kommunalen Ehrenamtes
19/SVV/0073 | Fraktion DIE LINKE |

7 Mitteilungen der Verwaltung

- | | |
|-----|--|
| 7.1 | Hundetagesstätte Klinikum Ernst von
Bergmann |
| 7.2 | Potsdam Inklusive mit und durch Sport |
| 7.3 | Information zur Strukturveränderung |
| 7.4 | Information zur Richtlinie Kosten der Unterkunft |
| 7.5 | Sachstand aktuelle Entwicklung Frühförderung |

8 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- | | |
|-----------|---|
| 9 | Feststellung der nicht öffentlichen
Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die
Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der
Sitzung vom 15.01.2019 |
| 10 | Vorhaben zur Vergabe Suchtprävention und
ambulante Beratungsstelle |

Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Frau Martina Trauth	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Carmen Bangeow	salus prävention Potsdam
Frau Sophia Eltrop	Geschäftsführerin Stadtwerke Potsdam
Frau Sigrun Rabbe	Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Herr Frank Thomann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Stefan Frerichs	Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Jörg Bindheim	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2018 und vom 11.12.2018 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle des Chill out e.V. für Kinder und
Jugendliche
- 5 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle der salus prävention Potsdam für
Erwachsene
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 18/SVV/0735
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18
- Wiedervorlage -
- 6.2 Errichtung und Betrieb von Büro-, medizinischen Werk- und Laborflächen für
innovative KMU aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft (MED:IN)
Vorlage: 18/SVV/0854
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.3 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen
Vorlage: 18/SVV/0871
Fraktion DIE LINKE

- 6.4 Vereinbarung zwischen Stadt Brandenburg an der Havel und der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0885
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0865
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 7.2 Verständigung zur Kundenbefragung in der Ausländerbehörde gemäß Beschluss 18/SVV/0771
- 7.3 Vorstellung Ergebnisse der 4. Befragungswelle "Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum"
- 7.4 Abschluss des Projektes Gewino (Gesundheitswissenschaftliches Institut Nordost) gemäß Beschluss 17/SVV/0383 - Verpflichtung der LHP gem. § 9 SGB XI, Übersendung von Impulsen an das MASGF für eine Pflegestrukturplanung
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2018 und vom 11.12.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 20.11.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die Niederschrift zur Sitzung vom 11.12.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Frau Eisenblätter informiert, dass der TOP 6.3 „Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen“ (DS 18/SVV/0871) fachlich durch Frau Eltrop (EWP) vertreten wird. Da Frau Eltrop durch einen Paralleltermin zeitlich sehr gebunden ist, sollte der Tagesordnungspunkt abhängig von der Anwesenheit von Frau Eltrop aufrufen werden.

Frau Eisenblätter verweist auf den „Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018“, der als TOP 7.1 auf der Tagesordnung steht. Da es sich um ein umfangreiches Papier handelt, schlägt sie vor, die heutige Behandlung der Drucksache vom Sitzungsablauf anhängig zu machen und die Befassung ggf. auf die Februarsitzung zu verschieben und dann als Schwerpunktthema zu beraten.

Sie weist darauf hin, dass die Vorstellung der Ergebnisse der 4. Befragung „Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum“ bereits in der Maisitzung 2018 erfolgt ist. Somit kann der TOP 7.3 entfallen.

Herr Thomann wird im TOP „Sonstiges“ eine Information zur Gemeinschaftsunterkunft auf dem Brauhausberg geben.

Abschließend schlägt Frau Eisenblätter vor einen nicht öffentlichen Teil aufzunehmen, in dem Herr Thomann eine Information zum Schreiben des Trägers L.I.K.E. GmbH, dass auch an die Fraktionen ging, geben.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Von Seiten des **Seniorenbeirates** gibt es keine Berichterstattung. Herr Puschmann teilt mit, dass die nächste Beiratssitzung am 28.01.2019 im Kulturhaus Babelsberg stattfindet. Er lädt die Mitglieder des GSI-Ausschusses dazu ein.

Frau Kiss informiert, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** die Inklusive Woche und die Verleihung des Inklusionspreises vorbereitet. Es werden Runde Tische zum Thema Teilhabe geplant. Die Termine für die Arbeitsgruppen stehen jetzt fest. Frau Kiss verweist auf den bevorstehenden Umzug des Beirates und betont, dass dieser mit Problemen behaftet ist, da unbedingt eine Barrierefreiheit gegeben sein muss. Dazu gibt es derzeit einen regen Austausch mit dem Kommunalen Immobilien Service.

Ein weiteres großes Thema, das im Jahr 2019 bearbeitet werden muss, ist der Umbau des Rathauses im Hinblick auf die Barrierefreiheit. Aber auch das Thema Pflege und Gesundheit wurde aufgenommen und soll bearbeitet werden.

zu 4 **Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle des Chill out e.V. für Kinder und Jugendliche**

Frau Tietz (Chill out e.V.) stellt anhand einer Präsentation die Fachstelle für Konsumkompetenz vor und geht auf die Bereiche/Einrichtungen ein, in denen Präventionsarbeit geleistet wird, aber auch Beratungen und Fortbildungen durchgeführt werden.

Anschließend stellt sie die Netzwerkpartner vor und geht dann auf die erreichten Dialoggruppen ein sowie auf die Umsetzungsebene und Inhalte der Maßnahmen. Auf Nachfrage informiert sie über die Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Potsdam und betont dabei, dass Chill out e.V. bei Fallkonferenzen nicht einbezogen ist, da die Tätigkeit vorwiegend im Bereich der Prävention erfolgt. Im

Rahmen des Kinderschutzes erfolgt eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt. Frau Tietz gibt einen Überblick über die erbrachten Fachleistungsstunden und stellt zusammenfassend fest, dass das Beratungsangebot gut durch Jugendliche, Angehörige und Multiplikator/-innen angenommen wird. Abschließend stellt sie den neuen Flyer vor, der auch in leichter Sprache herausgegeben wird. Sie verweist auf die gute Zusammenarbeit mit Frau Hayn, die als Koordinatorin für Suchtprävention im Fachbereich Soziales und Gesundheit tätig ist, sowie mit anderen Trägern. Die Zusammenarbeit mit Schulen wird weiter ausgebaut. Abschließend macht Frau Tietz darauf aufmerksam, dass die Ausschreibungsbedingungen für kleine Träger schwer sind. Die Leistungsentgeltfinanzierung bedeutet einen großen Unsicherheitsfaktor.

Auf Nachfrage zu Unterschieden im Konsumverhalten zwischen Jungen und Mädchen erklärt Frau Hayn, dass es bei legalen Substanzen und Cannabis keine signifikanten Unterschiede in Potsdam gibt. Bei den illegalen Substanzen sind die männlichen Konsumenten risikofreudiger.

zu 5 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle der salus prävention Potsdam für Erwachsene

Frau Bangeow (salus prävention Potsdam) stellt anhand einer Präsentation die Suchtpräventionsstelle der salus Klinik vor. Sie stellt zunächst die Suchtpräventionsangebote vor und erläutert die Ziele der Suchtprävention. Dabei verweist sie auf die Fach- und Führungskräftebildungen und Workshops sowie auf die Fachkräfte-Einzelberatungen, die angeboten und durchgeführt werden. Sie teilt mit, dass es auch Kooperationen mit anderen Einrichtungen gibt. Anschließend erläutert sie die Online-Selbsthilfe-Programme.

Frau Bangeow gibt einen Überblick über die geleisteten Fachleistungsstunden 2017 im Vergleich zu 2018. Sie geht dann auf die Öffentlichkeitsarbeit ein und stellt die Aktivitäten vor und verweist dabei auf die einzelnen Flyer.

Auf Nachfrage erklärt sie, dass die Suchtpräventionsfachstelle in diesem Jahr die ersten Fach- und Führungskräftebildungen in der Stadtverwaltung durchführt. Sie erklärt, dass es derzeit noch keine Flyer in leichter Sprache gibt und nimmt dies als Anregung für die Zukunft mit.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld

Vorlage: 18/SVV/0735

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18

- Wiedervorlage -

Frau Eisenblätter erinnert an den Vorschlag von Frau Schulze, den Antrag lediglich zur Kenntnis zu nehmen, da keine direkte Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist. Sie schlägt vor, sich dem Vorschlag anzuschließen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Errichtung und Betrieb von Büro-, medizinischen Werk- und Laborflächen für innovative KMU aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft (MED:IN)

Vorlage: 18/SVV/0854

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Frerichs (Bereich Wirtschaftsförderung) bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Auf Nachfrage erklärt er, dass derzeit noch keine Aussage zum Geschäftsführer der Transfergesellschaft getroffen werden kann.

Des Weiteren führt er auf Nachfrage aus, dass davon ausgegangen wird, dass 2020 mit dem Bau begonnen werden kann.

Bezüglich der Finanzierung erklärt Herr Frerichs, dass zwei Drittel über Fördermittel finanziert werden.

Frau Tietz bittet um Zurückstellung des Antrages, da dieser sehr umfangreich ist.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass der Antrag bereits am 05.12.2018 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und von dort überwiesen wurde. Somit bestand ausreichend Zeit, sich damit zu befassen. Der Hauptausschuss wird die Drucksache am 23.01.2019 beraten.

Nach einer kurzen Abstimmung verständigen sich die Ausschussmitglieder über die sofortige Abstimmung.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Das Vorhaben MED:IN, das die Errichtung und den Betrieb von Büro- und medizinischen Werk- und Laborflächen für innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus dem Cluster Gesundheitswirtschaft vorsieht, ist durch eine 100%ige Enkelgesellschaft der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH zu planen und umzusetzen.
2. Dem Verkauf von 100% der Geschäftsanteile der MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Bad Belzig GmbH an der Medizinisches Versorgungszentrum Berlin-Charlottenburg GmbH zu einem Kaufpreis in Höhe von 25 T€ an die Ernst von Bergmann Diagnostik GmbH wird zugestimmt.
3. Der Umfirmierung des Medizinischen Versorgungszentrums Berlin-Charlottenburg GmbH in Ernst von Bergmann Innovation-Transfer-Gesellschaft mbH (EvB ITG) sowie die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Medizinischen Versorgungszentrum Berlin-Charlottenburg GmbH gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für die Errichtung und den Betrieb des MED:IN einen Antrag auf Förderung durch die Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg zur Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“-GRW - (GRW-I) zu stellen und
2. eine Vereinbarung über die Verwendung von Fördermitteln mit der Ernst von Bergmann Innovations-Transfer und Entwicklungsgesellschaft mbH (EvB ITG) nach Vorlage eines entsprechenden Förderbescheides final zu verhandeln und abzuschließen (Eckdaten zur vorgesehenen vertraglichen Ausgestaltung gemäß Anlage 3).

**Abstimmungsergebnis:
mit 1 Zustimmung und 5 Enthaltungen angenommen.**

zu 6.3 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen
Vorlage: 18/SVV/0871
Fraktion DIE LINKE

Frau Eisenblätter informiert, dass der vorliegende Antrag bereits im Finanzausschuss beraten und durch diesen abgelehnt wurde.

Frau Eltrop (Geschäftsführerin Stadtwerke Potsdam) erklärt, dass aktuell geprüft wird, ob und wie eine Anknüpfung an den Wohnberechtigungsschein erfolgen kann. Sie weist darauf hin, dass es bereits drei unterschiedliche Familientarife sowie einen Sondertarif für Senioren und einen für junge Menschen, die ihren eigenen Wohnraum gründen, gibt. Ein entsprechendes Konzept zur Abfederung steigender Energiepreise, ggf. in Form eines Bonussystems, soll noch in diesem Jahr erarbeitet werden. Sie möchte die Debatte im GSI-Ausschuss aufgreifen und entsprechend transportieren.

Frau Schulze erklärt, dass Anlass für den Antrag die aktuelle Anhebung der Energiepreise zum 01.01.2019 war. Sie fragt, an welche Zeiten die einzelnen Bonus-Programme gebunden sind. Frau Schulze betont, dass Möglichkeiten eruiert werden sollen, um die Bedingungen für bestimmte Zielgruppen zu verbessern.

Frau Krause hält dies für den falschen Ansatz. Sie spricht sich dafür aus, das WBS-System zu betrachten. Sie spricht sich für ein Konzept gegen Armut aus, das nachhaltig wirkt.

Frau Eisenblätter schließt sich dem an und weist darauf hin, dass auch die Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft aktuell überarbeitet und angehoben wird. Sie schlägt vor, zu verabreden, dass der GSI-Ausschuss informiert wird, wenn es dazu etwas zu berichten gibt.

Frau Schulze fragt, in wieweit eine Abstimmung mit der Wohnungssicherung erfolgt.

Frau Eltrop erklärt, dass es zur Wohnungssicherung gute Kontakte im Zusammenhang der Vermeidung von Wohnungslosigkeit gibt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Stadtwerken einen Vorschlag für Maßnahmen zu einer sozialen Abfederung der steigenden Energiepreise zu erarbeiten.

Ziel ist es, für sozial benachteiligte Familien und Personen in Potsdam Erleichterungen im

Ausgleich für steigende Energiepreise einzuräumen.

Der Vorschlag ist der Stadtverordnetenversammlung im März 2019 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:
mit 3 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen abgelehnt.**

**zu 6.4 Vereinbarung zwischen Stadt Brandenburg an der Havel und der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0885**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Auf Nachfrage erklärt er, dass die Vereinbarung bereits gelehrt wird. Die Kostenübernahme durch die Stadt Brandenburg an der Havel erfolgt bereits.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der
Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam schließt mit der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen überregionalen Fachberatungsdienst für die soziale Beratung und Betreuung (Migrationsberatungsdienst) von Flüchtlingen ab.

Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.01.2018 und endet am 31.12.2019. Sollte der Betreibervertrag vom 14.12.2017 gemäß § 12 Abs. 1 des Betreibervertrages verlängert werden, so verlängert sich dementsprechend auch die öffentlich-rechtliche Vereinbarung. In dem Betreibervertrag hat die Landeshauptstadt Potsdam ein zweimaliges Optionsrecht, den Betreibervertrag um jeweils ein Jahr zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 7.1 Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0865**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Die Drucksache wird vertagt.

**zu 7.2 Verständigung zur Kundenbefragung in der Ausländerbehörde gemäß
Beschluss 18/SVV/0771**

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) verweist auf den als Tischvorlage ausgereichten Muster-Fragebogen und erklärt, dass Anfang Dezember 2018 eine Abstimmungsrunde zwischen dem Bereich Statistik und Wahlen und der Ausländerbehörde stattgefunden hat. Hier wurde über die Fragebogengestaltung, die Stichprobengröße und die Erhebungsart mit den jeweilig damit verbunden Kosten beraten.

Zu beachten ist, dass für die Zielgruppe der Befragung ein einfach verständlicher Erhebungsbogen verwendet wird, der ggf. zweisprachig zu verfassen ist.

Die Fragestellungen orientieren sich an den vorangegangenen

Kundenbefragungen, um Tendenzen, Entwicklungen bzw. Veränderungen ableiten zu können.

Der Verwendung von Smileys wird hier der Vorrang eingeräumt.

Als optimal wird es angesehen, die Fragebögen direkt bei jedem Kundentermin in der ABH über einen Zeitraum von mindestens 8 Wochen auszugeben. Der Fragebogen wird mit einem erklärenden Anschreiben und Hinweisen auf Anonymität und Datenschutz versehen.

Er kann schnell beantwortet und mit dem beigefügten Freiumschlag zurückgesandt werden.

Für eine mögliche Online-Teilnahme ist der Fragebogen mit einem QR-Code versehen.

Ziel ist es, mindestens 2.400 Fragebögen auszugeben, um einen auswertbaren Rücklauf zu erhalten. Die Befragung ist für den Zeitraum Mitte Februar 2019 bis Mitte April 2019 geplant.

Nach abgeschlossener Vorabstimmung erfolgt die Beteiligung des Personalrates und des Datenschutzbeauftragten der LHP.

Als nächster Schritt erfolgt die Abstimmung mit dem Welcome-Center der Uni Potsdam und dem Migrantenbeirat. Ggf. ist auch die Teilnahme von Mitgliedern des GSI-Ausschusses möglich.

Frau Grasnick (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) lobt die Einbeziehung des Migrantenbeirates. Aus ihrer Sicht ist der Fragebogen sehr allgemein gehalten.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) weist darauf hin, dass das Schriftbild des Fragebogens sehr klein ist, was insbesondere für Menschen mit einer Sehbehinderung problematisch ist.

Frau Sudhoff schildert zwei Einzelfälle und bittet zu ermöglichen, dass in Ausnahmefällen auch kurzfristige Termine in der Ausländerbehörde vergeben werden, insbesondere wenn dies für eine Arbeitsaufnahme notwendig ist. In einem der geschilderten Einzelfälle sollen die Mitarbeitenden des ABH unfreundlich gewesen sein.

Frau Tietz spricht sich dafür aus, den Fragebogen in weiteren Sprachen zur Verfügung zu stellen.

Frau Kiss bittet, den Fragebogen übersichtlicher zu gestalten, da dieser schwer zu erfassen ist.

Frau Eifler merkt an, dass bei den aufgeführten Gründen „Arbeitsaufnahme/Arbeitsangelegenheiten“ fehlt.

zu 7.3 Vorstellung Ergebnisse der 4. Befragungswelle "Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum"

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die Vorstellung bereits im Mai 2018 erfolgt ist.

zu 7.4 Abschluss des Projektes Gewino (Gesundheitswissenschaftliches Institut Nordost) gemäß Beschluss 17/SVV/0383 - Verpflichtung der LHP gem. § 9 SGB XI, Übersendung von Impulsen an das MASGF für eine Pflegestrukturplanung

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass es ein Projekt „Pflegekennzahlen der Kommunen“ gibt. Hier wurden Kommunen von der AOK Nordost angefragt, ob sie daran teilnehmen möchten. Die Landeshauptstadt Potsdam hat das Angebot angenommen. Die Daten sind in den Seniorenplan eingeflossen. Eine spezielle Sozialraumauswertung für Potsdam wird jetzt möglich und wird abgefordert.

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) ergänzt, dass dazu ein Vertrag mit GEWINO geschlossen wurde und die Daten dann in einem halben Jahr vorliegen sollen. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung initiiert.

zu 8 Sonstiges

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass das Gebäude der zum Ende des Jahres 2018 aufgegebenen Gemeinschaftsunterkunft am Brauhausberg mit einer Gesamtkapazität von 472 Plätzen an den Eigentümer übergeben wurde. Das Mobiliar wurde zum Teil an andere Träger übergeben bzw. eingelagert. Der Kinderspielplatz wurde abgebaut und steht nun der Förderschule am Bisamkiez zur Verfügung.

Frau Schulze spricht die Fachtagung zur Stadtteilarbeit an und fragt, wie weit der Stadt der Vorbereitung ist und wann der Fachtag stattfinden soll.

Des Weiteren bittet Sie um eine Information zum Sachstand der Überarbeitung des Antrages zur Frühförderung sowie zur Veränderung der Struktur des Fachbereichs Soziales und Gesundheit.

Herr Thomann erklärt, dass es noch keine verbindliche Information zur Strukturveränderung geben kann, da der Personalrat dieser noch nicht zugestimmt hat.

Er sagt zu, in der nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses die gewünschten Informationen zu geben.

Frau Grasnack informiert, dass am 23.01.2019; 15:30 Uhr im Treffpunkt Freizeit eine Projektpräsentation zur Ausstellung des Jugendfotoprojektes „STORIES ON THE MOVE“ stattfindet. Sie reicht Flyer zur Ausstellung an die Mitglieder des GSI-Ausschusses aus.

Nächste Sitzung des GSI-Ausschusses: 19. Februar 2019, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin

Bericht des Seniorenbeirates für den GSI am 19.02.2019

Stellenbesetzung Seniorenbüro

Mit Erstaunen hat der Seniorenbeirat zur Kenntnis genommen, dass der befristete Arbeitsvertrag von Frau David am 30.04.2019 ausläuft und die Entfristung der Stelle erst zum 01.07.2019 erfolgt. Damit ist sowohl das Büro des Beirates für Menschen mit Behinderung als auch das Büro des Seniorenbeirates nicht besetzt. Wir wünschen, dass eine Übergangslösung für diese 2 Monate geschaffen wird und dass die Stelle personenbezogen besetzt bleibt.

AG Wohnen

Die AG Wohnen hat einen Brief an die Ministerin für Bauen, Frau Schneider zum Thema Wohnraumförderung im Land Brandenburg geschickt.

Ein Auszug:

„Wie wir feststellen mussten, sind aber gerade die für diese Gruppe von Menschen geeigneten und nachgefragten Wohnungen, 1 – 2 Raumwohnungen mit einer Wohnfläche von unter 50 qm, bisher von der Förderung im Regelfall ausgeschlossen. Zu entnehmen ist das der Anlage 1 der Mietwohnungsbauförderrichtlinie (leider auch in der Änderung vom 04.09.2018 so fortgeschrieben).

Im Namen des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam wende ich mich an Sie mit der dringenden Bitte, bei der Neufassung der Förderungsrichtlinien zur Umsetzung des sozialen Wohnraumförderungsgesetzes diese Bestimmungen derart anzupassen, dass eine Förderung gerade kleiner Wohnungen mit einer Wohnfläche auch unter 50 qm regelhaft und unkompliziert möglich wird!“

Nachrichtlich wurde der Brief an:

OBM Herr Mike Schubert

Beigeordneter Herr Bernd Rubelt

Fachbereichsleiter 39 Wohnen Herr Gregor Jekel

Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion - Frau Imke Eisenblätter

Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr - Herr Ralf Jäkel
Geschäftsführerin ProPotsdam - Frau Kirsch

Notfalldose 18/SVV/033

Mit der Stadtverwaltung wurde abgesprochen, dass 1000 Notfalldosen angeschafft werden.

Seniorenplan

Zur Umsetzung des Seniorenplans wünscht sich der Seniorenbeirat in Zusammenarbeit mit der LHP einen Aktionsplan und eine Prioritätenliste zur Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen.

Neuwahl des Seniorenbeirates

Die Wahl wurde im Seniorenbeirat für den 03.09.2019 beschlossen.

Die Arbeitsgruppen haben für 2019 Ihre Arbeitspläne vorgelegt. (Anlage)



Wolfgang Puschmann
Vorsitzender Seniorenbeirat

Arbeitsstand: 22.01.19

Übersicht Termine 2019

„26. Brandenburgische Seniorenwoche – Für ein lebenswertes Brandenburg- solidarisch, aktiv, mitbestimmend“

12.11.2018	- Beratung der AG Beratung und Konzeption der 26. BSW Vorbereitung der 26. BSW Überlegungen zu den einzelnen Veranstaltungen
22.11.2018	- Beratung mit den Vereinen und Verbänden; 10:00 Uhr Haus 1 – Zimmer 405 Organisatorisches
21.01.2019	- Abgabe Fördermittelanträge - Abgabe der Einträge ins Programmheft für die 26. BSW
22.01.2019	- Beratung der AG BSW 14:00 Uhr * weitere Beratungstermine werden da festgelegt!
19.02.2019	- Beratung der AG BSW 14:00 Uhr * Kontrolle der Meldungen zur Teilnahme * Präzisierung der Aufgabenverteilung
26.02.2019	- Abgabe der Anmeldungen für das Sterncenter
11.03.2019	- Redaktionsschluss für Programmheft
26.04.2019	- Herausgabe des Programmheftes Ggfs. Plakatierung!
02.05.2019	- Beginn des Kartenverkaufs, jeweils dienstags und donnerstags
12.06.2019	- Eröffnung der Potsdamer BSW Konzert im Nikolaisaal mit Polizeiorchester
14.06.2019	- Informationsveranstaltung Sterncenter
15.06.2019	- Eröffnung der 26. BSW in Wittstock
18.06.2019	- Schifffahrt; 14 - 17 Uhr
20. oder 21.06.2019	- Seniorenpolitischer Dialog > Kandidaten für Landtag
23.06.2019	- Abschlusskonzert Sankt Peter & Paul Kirche; 15 Uhr

AG Gesundheit und Soziales 2019

Die AG Gesundheit und Soziales ist besetzt:

Herr Mayer	AG Leiter
Herr Kienberg	AG Leiter
Herr Borchardt	
Frau Hofmann	

und mit den sachkundigen Einwohnern

Frau Findeisen
Herr Karney
Frau Meinel

Arbeitsberatungen der AG finden monatlich in den Räumen der LHP bzw. in den vereinbarten Einrichtungen (Seniorenwohnanlagen) statt.

Grundsätzliches / Zielstellungen

- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Umsetzung von seniorenbetreffenden Aufgaben der LHP
- Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der LHP
- Aktualisierung und Planung von gemeinsamen Veranstaltungen mit dem PSP
- Unterstützung und Mitgestaltung der 26. BSW (Juni 2019)
- Teilnahme und Unterstützung des Netzwerkes „Älter werden in der LHP“ (Steuerungsgruppe, Netzwerkkonferenzen, Mitarbeit in AG Quartiermanagement und Ehrenamt)
- Unterstützung der Wahl am 03.09.2019

Halbjahr / Arbeitsplan und Schwerpunkte 2019

21. Januar 2019, Haus 2, Raum 154

- Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
- Protokollbestätigung
- Beratung und Beschlussfassung der aktualisierten Fassung des Tätigkeitsberichtes für das Jahr 2018
- Infos zur Vorbereitung und Durchführung der Netzwerkkonferenz vom 23.01.2019
- Auswertung der Vorstandssitzung vom 07.01.2019
- Beratung der Schwerpunkte für das 1. HJ 2019
- Erste Überlegungen zur Vorbereitung der 26. BSW
- Unterstützungsmöglichkeiten der AG zur Vorbereitung des Lauffestes und dem Fest der Pflege der LHP
- Verschiedenes – Termine

13. Februar 2019, 10 Uhr, Bürgerstift am Heiligen See, Ludwig-Richter-Str.

- Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
- Protokollbestätigung
- Arbeitsbesuch in der oben genannten Seniorenwohnanlage
- Rundgang und Aussprache mit der Leitung des Hauses
- Erste Dialogrunde zur aktuellen Fassung des Pflegeversorgungsgesetzes
- Vorbereitung der geplanten Veranstaltungen zum Thema Herzgesundheit in den Seniorenwohnanlagen Burgstr. 6 a und Kurfürstenstift Rote Kasernen
- Verschiedenes und Termine

März 2019, Kurfürstenstift Rote Kasernen

- Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
- Protokollbestätigung
- Arbeitsbesuch in der oben genannten Seniorenwohnanlage
- Schwerpunkt: aus den seniorenpolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg
- Vortrag: Herzkrankheiten – Referentin Chefärztin des St. Josef Krankenhauses
- Verschiedenes und Termine

April 2019, Burgstraße 6a

- Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
- Protokollbestätigung
- Arbeitsbesuch in der oben genannten Seniorenwohnanlage
- Schwerpunkt: aus den seniorenpolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg
- Vortrag: Herzkrankheiten – Referentin Chefärztin des St. Josef Krankenhauses
- Verschiedenes und Termine

Seniorenbeirat der LHP
AG Gesundheit und Soziales

Mai 2019 Haus 2, Raum 154

- Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
- Protokollbestätigung
- Unterstützung der 26. BSW
- Weitere Konkretisierung der Aufgabenstellung die sich aus dem Seniorenplan der LHP ergeben

Juni 2019

- Unterstützung der Veranstaltungen zur 26. BSW
- Gespräch mit dem OBM Schubert zu dem Thema aktueller Stand des Seniorenplanes und dessen Umsetzung am 11.06.2019 (in den Räumen der Volkssolidarität)

AG Leiter
Herr Kienberg

Januar 2019

Arbeitsplan 2019 der AG Sicherheit/Mobilität

Die Arbeitsgruppe Sicherheit besteht aus den Mitgliedern des Seniorenbeirates
Petra Hirschfeld und Christel Pflug

Sicherheit und Mobilität sind ein wichtiger Teil des täglichen Lebens.

Für die Umsetzung der o.g. Zielstellung hat sich die AG folgende Aufgaben gestellt:

- ständige Zusammenarbeit mit der Präventionsabteilung der Polizei
- die Mitglieder der AG bringen sich aktiv in den Verkehrstisch der LHS ein
- Aufgreifen aktueller Verkehrs- und Sicherheitsprobleme

Die bisher geplanten Termine sind

15.01.19	Beratung zu den geplanten Aufgaben
31.01-19	Sitzung des Verkehrstisches
25.02.19	Information und Absprachen zu den Aufgaben
18.05.19	Letzte Vorbereitungen für den 22.06.2019
22.06.19	Seniorenpolitisches Gespräch im Rahmen der 26. BSW
29.06.19	Auswertung 22.6.19

Als erste größere Aufgabe hat sich die AG die Arbeitsgruppen übergreifende Veranstaltung
am 22.06.2019 gestellt.

Ch. Pflug
Leiterin der Arbeitsgruppe

Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam

Arbeitsplan 2019

Der Zirkel „Zeitzeugen“ umfasst derzeit 18 Mitglieder, deren Hobby das Schreiben ist. Wir wollen in unseren Texten anhand persönlicher Erfahrungen, Erlebnisse und Beobachtungen Zeitgeschichte „lebendig“ werden lassen und Lesern und Zuhörern vermitteln.

1. Öffentlichkeitsarbeit

Die 21. Anthologie

Unser wichtigstes Projekt ist auch 2019 das Erstellen einer Anthologie, für die jedes Mitglied unseres Zirkels Texte einreichen kann. Alle Texte wurden bei den monatlichen Treffen vorgelesen, diskutiert und für die Veröffentlichung bestätigt. Insgesamt stehen pro Mitglied sechs Seiten (DIN A 4, Schriftart Arial, Schriftgröße 12) zur Verfügung, die nach persönlicher Entscheidung in die Anzahl der Texte aufgeteilt werden kann.

Für Korrektur und Lektorat verantwortlich: Frau Dr. Gaida.

Die korrigierten Endfassungen aller Texte werden an Frau Scheibel und Frau Dr. Heßke gesendet, die sie gemeinsam thematisch ordnen und die computertechnisch druckreife Aufbereitung sicherstellen.

Nach Beratung und Festlegung des Titels für die Anthologie wird die Umschlaggestaltung festgelegt. Für die grafische Gestaltung sind Frau Zimpel und Herr Kasten verantwortlich.

Wenn im August alle für die 21. Anthologie bestätigten Texte vorliegen, trifft sich das Redaktionskollegium (Frau Dr. Gaida, Frau Dr. Heßke, Frau Kikels, Frau Scheibel, Herr Kreuz) zur letztmaligen Überprüfung inhaltlicher Schwerpunkte und zur Festlegung der Gliederung.

Für das von der Stadt zur Verfügung gestellte Budget ist es möglich, eine 104-seitige Broschüre von den DRK Behindertenwerkstätten gGmbH herstellen zu lassen. Für den Druck wurden im August 2018 finanzielle Mittel in Höhe von 2.000,00 € beim Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam beantragt, sodass 670 Broschüren gedruckt werden können. Verwaltung und Verkauf der Anthologien (1,00 € pro Heft als Spende für die Stiftung Altenhilfe) liegen in der Verantwortung von Herrn Peter Wieteck. Den Kontakt zur Druckerei hält Frau Kikels.

Lesungen

Neben dem Erarbeiten der 21. Anthologie sind die öffentlichen Lesungen Schwerpunkt unserer Arbeit. Bestehende Kontakte zu Vereinen, Seniorengruppen und Begegnungsstätten der unterschiedlichsten Träger werden weiterhin genutzt. Jeweils eine kleinere Gruppe unserer Mitglieder gestaltet diese Nachmittage. Gelesen werden vor allem Texte, die für die Anthologie nicht ausgewählt wurden, aber unseren Ansprüchen

Seniorenbeirat der LHP
AG Zeitzeugen

inhaltlich und sprachlich gerecht werden. Für musikalische Umrahmung sorgen je nach Möglichkeit Frau Beckert oder Herr Schonert. Für Organisation und Auswertung der Lesungen ist Frau Gehlmann verantwortlich.

Seniorenbeirat und Seniorenwoche

Frau Zimpel wird nach der Wahl des Seniorenbeirats im September 2019 unsere Interessen in diesem Gremium vertreten. Sie löst damit Frau Kikels ab.

Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch unsere Präsenz innerhalb der Seniorenwoche, die vom 14.06. bis zum 22.06.2019 stattfindet. Am ersten Tag sind wir traditionell mit einem Stand im Sterncenter vertreten, den abwechselnd zwei Mitglieder unserer Arbeitsgruppe betreuen. Für Auf- und Abbau des Standes sowie den Einsatzplan sind Frau Kikels und Herr Wieteck verantwortlich

Internet

Unsere Internetseite -www.zeitzeugen-potsdam1997.de wird auch weiterhin von Herrn Wieteck gestaltet und aktualisiert. Alle Mitglieder unseres Zirkels haben die Möglichkeit, hier ihre Geschichten zu veröffentlichen.

2.Allgemeines

Unsere Arbeitsgruppe trifft sich an jedem ersten Donnerstag eines Monats in den Räumen des Vereins „Wir für uns“ in der Asta-Nielsen-Straße 1 von 14.30 - 16.30 Uhr zur Vorstellung und Diskussion neuer Texte. Die Protokolle und die Chronik des Zirkels werden von Frau Schubert geschrieben.

In jedem Jahr findet auch eine gemeinsame Unternehmung statt, die dem ungezwungenen Gedankenaustausch und dem Zusammensein in der Gruppe dient. Zu den Geburtstagen schreibt Frau Zimpel Glückwunschkarten und überreicht eine Blume. Einmal im Jahr fotografiert Frau Kikels die Mitglieder und jeder bekommt ein Foto zur Erinnerung.

Auch 2019 werden wir diese unsere Traditionen beibehalten.

Einen erneuten Schreibwettbewerb wird es wegen der umfangreichen Vorbereitungen erst im Jahr 2020 geben.

Dr.Ortrud Heßke
Leiterin der AG Zeitzeugen

Arbeitsplan der AG „Wohnen im Alter“ 2019

1. Gespräch zu Wohnungsmöglichkeiten für ältere Bürger

- Mit wohnungspolitischen Sprechern
- Abgeordneten im Aufsichtsrat der Pro Potsdam
- OBM Mike Schubert
- Beigeordneten für Soziales
- Vorstand des Seniorenbeirates der LHP
- Fachbereichsleiter Wohnen: Herr Jekel
- Bereichsleiterin Gesundheitssoziale Dienste: Frau Kitzmann
- Mitglieder der AG „Wohnen im Alter“

2. Ständige Kontrolle des Beschlusses 18/SVV/0194 der LHP vom 11.04.2018 zum Servicewohnen

3. Infogespräch mit WGenossenschaften und Wohnungsbauinvestoren

- Seniorengerechtes bezahlbares Wohnen
- Teilnahme an Workshops – Foren - Erfahrungsaustausch

4. Infoveranstaltungen – Besichtigung von Einrichtungen / Betreutes / Servicewohnen

- mit dem Ziel Erkenntnisse und Erfahrungen der AG Mitglieder erweitern
- betr. Leistungsangebot: - finanzielle Aufwendungen und Weitergabe an Bürger in Gesprächen

5. Aktivierung der Öffentlichkeitsarbeit

6. Durchführung von 2 Sprechtagen im Monat für Bürger nach Anmeldung

- Gesprächsrunden in Freizeit / Seniorenrunden
- 1x monatliche Beratung der AG

POSTEINGANG
Stadtverwaltung Potsdam
FB Grün- und Verkehrsfächchen (47)

Eing.:

15. JAN. 2019

Eing.-Nr.
weiter...

Die Elternvertreter der Wilhelm von Türk Schule

Ru	ES 41	22	Stadtr.	ZK	W7
----	-------	----	---------	----	----

POSTEINGANG
Geschäftsbereich 3

22. JAN. 2019 PE:

- GB 3 Referat für
- GB 3 Control
- GB 3 Interne Referate
- 3061 Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
- FB 36 Ordnung u. Sicherheit
- FB 36 Kinder Jugend u. Familie
- FB 37 Fu-Service
- FB 36 Soziales-Gesundheit
- JLP

Ausschuss für Gesundheit, Soziales
und Inklusion
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Tel, Name

Datum

09.01.19

Verkehrssicherheit der Schüler der Wilhelm von Türk Schule

Sehr geehrte Frau Eisenblätter,
sehr geehrte Damen und Herren

Als Elternvertreter der Wilhelm von Türk Schule schreiben wir diesen Brief im Namen und Auftrag der Eltern und Schüler unserer Schule.

Wir sind sehr besorgt über die z. T. deutlich überhöhte Geschwindigkeit der Fahrdienste und eiligen Eltern, die besonders morgens und am Nachmittag vor der Schule gehäuft zu konstatieren ist. Dies insbesondere, als unsere Kinder alle an Hörbehinderungen bis hin zur völligen Taubheit leiden. Um dieses erhebliche Gefährdungspotential zu entschärfen, fordern wir von der Stadt Potsdam die Einrichtung einer Langsamfahrzone im Sackgassenbereich des Bisamkietzes, südlich der Trambahngleise. Dies lässt sich u. E. nur erreichen durch die Verlegung von sog. Stolperschwellen quer zur Fahrtrichtung, nebst entsprechender Beschilderung. Da es sich um keine Durchgangsstraße handelt, sollte dies kein unlösbares Problem darstellen. Vorläufige Recherchen im Internet haben einen Kostenrahmen von unter 2500,- € ergeben.

Wir erbitten eine zeitnahe Antwort z. Hd. **Herr Achim Gernar, Taylorstr. 8, 14195 Berlin**

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Achim Gernar



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0865

Betreff:
Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 15.11.2018

Eingang 922: 15.11.2018

Einreicher: Fachbereich Soziales und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.12.2018 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

den „Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018“.

Auf Grundlage des Beschlusses „17/SVV/0452 - Potsdam seniorengerecht gestalten“, hat die Verwaltung den Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam 2018 erarbeitet. Der Plan umfasst die zukünftige Ausrichtung der Seniorenarbeit in der Stadt in Form von Handlungsansätzen in den Handlungsfeldern: pflegerische Versorgung, gesundheitliche Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld. Nach Kenntnisnahme der Stadtverordnetenversammlung werden konkrete Maßnahmen auf Grundlage des Seniorenplanes 2018 erarbeitet. Die Finanzierung der zu entwickelnden Maßnahmen wird den Stadtverordneten in einem zusätzlichen Beschluss zur Entscheidung vorgelegt.



**Seniorenplan
der Landeshauptstadt Potsdam
2018**

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

www.potsdam.de

Text und Bearbeitung:

Arbeitsgruppe: Planung und Steuerung (3801)
Ansprechpartnerin: Gesundheits- und Sozialplanerin, Frau Radzimanowski
Telefon: 0331/289 2449
Maria.Radzimanowski@Rathaus.Potsdam.de

Fotos:

©Monkey Business - stock.adobe.com

Stand: 10/ 2018

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Lesehinweis:

Sämtliche Personenbezeichnungen im Text gelten gleichermaßen für alle Geschlechter, außer es wird explizit auf eine Personengruppe verwiesen. Im Text wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen geachtet. Die Zahlen in eckigen Klammern ([..]) verweisen auf eine Quellenangabe. Diese sind im Literaturverzeichnis am Ende des Seniorenplanes zu finden.

Grußwort



„Ich freue mich, dass der vorliegende Seniorenplan gemeinsam mit Ihnen, den Seniorinnen und Senioren der Landeshauptstadt Potsdam, entwickelt wurde, und Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen für ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben in der zweiten Lebenshälfte mit eingeflossen sind“, so Mike Schubert.

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, liebe Leserinnen und Leser,

die Landeshauptstadt Potsdam bekennt sich in Ihrem Leitbild zur generationengerechten Stadt - mit Chancengleichheit und Toleranz gegenüber allen Bevölkerungsgruppen. Die älteren Menschen über 65 Jahre machen heute schon ein Fünftel der Bevölkerung in der Stadt aus, und dieser Anteil wird in Zukunft weiter ansteigen. Die Anzahl der über 80-Jährigen, den sogenannten Hochbetagten, wird, auf Grund der gestiegenen Lebenserwartung, bis zum Jahr 2035 von derzeit rund 9.000 auf 14.700 Menschen ansteigen. Um dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe gerecht zu werden, widmet sich die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig den älteren Bürgerinnen und Bürgern noch intensiver.

Der Siebte Altenbericht der von der Bundesregierung beauftragten Sachverständigenkommission aus dem Jahr 2016 zeigt auf, welche Rolle die Kommunen für die Gestaltung des Lebens im Alter einnehmen können und einnehmen sollten. In ihren Empfehlungen plädiert die Kommission für mehr Kooperation und Vernetzung in den Handlungsfeldern, die für ältere Menschen besonders wichtig sind: gesundheitliche und pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld. Die Teilhabe und Lebensqualität der älteren Bevölkerung werden, so die Kommission, vor allem durch Weichenstellungen in diesen drei Handlungsfeldern geprägt.

Der vorliegende Seniorenplan 2018 orientiert sich an diesen drei Handlungsfeldern und evaluiert zudem die gesetzten Ziele und Maßnahmen des Seniorenplanes aus dem Jahr 2016. Der vorgelegte Seniorenplan enthält Handlungsansätze, um in den nächsten Jahren gute Rahmenbedingungen in den verschiedenen Lebensbereichen zu erhalten und zu verbessern. Denn, die Region in der ein älterer Mensch lebt, hat, unabhängig von der individuellen Lebenssituation, einen Einfluss auf die Gesundheit, das subjektive Wohlbefinden, die soziale Integration und das freiwillige Engagement des älteren Menschen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Akteuren, die am Potsdamer Seniorenplan 2018 mitgewirkt haben.

Ihr

Mike Schubert

Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Zusammenfassung

Einleitung

Die Landeshauptstadt Potsdam entwickelte den *Seniorenplan 2016* um auf das Älterwerden ihrer Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen besser vorbereitet zu sein. Ende des Jahres 2016 veröffentlichte die Bundesregierung den *Siebten Altenbericht: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften*. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat daraufhin im Dezember 2017 die Verwaltung per Beschluss beauftragt, die Erkenntnisse und Empfehlungen des *Siebten Altenberichts* mit in den *Potsdamer Seniorenplan* einzuarbeiten.

Theoretischer Hintergrund des Seniorenplanes

Der *Siebte Altenbericht der Bundesregierung* zeigt auf, welche Rollen Kommunen für die Gestaltung des Lebens im Alter einnehmen können und einnehmen sollten. Dazu wurden von der Sachverständigenkommission des Siebten Altenberichts Leitgedanken, grundsätzliche Überlegungen und Handlungsfelder beschrieben. Die Teilhabe und Lebensqualität im Alter wird vor allem durch Weichenstellungen in den Handlungsfeldern: gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld geprägt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) beteiligt sich mit einer Stellungnahme an der weiterführenden Diskussion zu den Themen und Fragestellungen des Siebten Altenberichts.

Daten zur älteren Bevölkerung

Zur Beschreibung der Lebenssituation der älteren Bevölkerung in der Landeshauptstadt Potsdam wurden verschiedene Datenquellen herangezogen. Die Daten wurden dabei gesamtstädtisch und für die einzelnen Sozialräume analysiert. Im Jahr 2017 lebten in Potsdam rund 32.700 Menschen über 65 Jahre; dies entspricht rund 19% der Potsdamer Bevölkerung. Bis zum Jahr 2035 wird die Anzahl der über 65-Jährigen auf rund 47.500 prognostiziert; die Senioren werden dann ca. 22% der Bevölkerung ausmachen. Der Bevölkerungszuwachs geschieht dabei vor allem in der Gruppe der Hochbetagten, also der über 80-Jährigen.

Evaluation der Ziele und Maßnahmen des Seniorenplanes 2016

Im *Seniorenplan 2016* sind Ziele und Maßnahmen zur gesundheitlichen Versorgung, zum Wohnen und Zusammenleben sowie zu Kommunikation, Bildung, Begegnung und Arbeit im Ruhestand definiert, die im Zeitraum von 2016 bis 2020 umgesetzt werden. Die Ziele und Maßnahmen werden einzeln nach ihrem Umsetzungsstand hin überprüft.

Handlungsansätze zum Angebot an die ältere Bevölkerung

Die Aktivitäten der Landeshauptstadt Potsdam in den drei Handlungsfeldern gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld werden erläutert. Auf Grundlage des *Siebten Altenberichts*, der *Forderungen der BAGSO* sowie der Auswertung der statistischen Daten der Seniorinnen und Senioren in der Stadt werden Handlungsansätze zum Angebot zur Verbesserung der Lebenssituation der älteren Bevölkerung in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt und vorgestellt.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	1
Tabellenverzeichnis	1
Abkürzungsverzeichnis	1
1. Einleitung	2
1.1. Aufbau des Seniorenplanes	2
1.2. Planungsauftrag.....	3
1.3. Ziele des Seniorenplanes	3
2. Theoretischer Hintergrund des Seniorenplanes	4
2.1. Siebte Altenbericht der Bundesregierung.....	4
2.1.1. Leitgedanken und grundsätzliche Überlegungen des Siebten Altenberichts	5
2.1.2. Handlungsfelder des Siebten Altenberichts	6
2.1.3. Der Begriff der ‚Sorge‘	10
2.2. Stellungnahme der BAGSO zum Siebten Altenbericht.....	11
2.3. Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam	12
2.4. Zusammenfassung Theoretischer Hintergrund	13
2.4.1. Positionierung der Landeshauptstadt Potsdam zum Siebten Altenbericht	13
3. Daten zur älteren Bevölkerung	14
3.1. Datenquellen und Erläuterung	14
3.2. Daten zur Soziodemografie der älteren Bevölkerung	17
3.3. Daten zum Wohnen und Wohnumfeld in Potsdam.....	19
3.4. Daten zur Gesundheit älterer Menschen in Potsdam	22
3.5. Daten zur pflegerischen Versorgung älterer Menschen.....	23
3.5.1. Analyse der Pflegestatistik 2015	23
3.5.2. Auswertung der Pflegekennzahlen mit SAHRA	24
3.6. Zusammenfassung der sozialräumlichen und gesamtstädtischen statistischen Daten zur älteren Bevölkerung.....	26
4. Evaluation der Ziele und Maßnahmen des Seniorenplans 2016	29
4.1. Ziele 2016 – Gesundheitliche Versorgung	29
4.2. Ziele 2016 – Wohnen und Zusammenleben.....	32
4.3. Ziele 2016 – Kommunikation, Bildung, Begegnung und Arbeit im Ruhestand	36
5. Handlungsansätze zum Angebot an die ältere Bevölkerung	39
5.1. Pflegerische Versorgung.....	39
5.1.1. Handlungsansätze zur pflegerischen Versorgung	42
5.2. Gesundheitliche Versorgung.....	45
5.2.1. Handlungsansätze zur gesundheitlichen Versorgung	45
5.3. Wohnen und Wohnumfeld	47
5.3.1. Handlungsansätze zu Wohnen und Wohnumfeld	48
5.4. Weitere Themenfelder	51
5.4.1. Handlungsansätze zum Angebot an die ältere Bevölkerung	51
6. Ausblick	53
Literatur	54
Anhang	57

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Handlungsfelder des Potsdamer Seniorenplanes nach dem Siebten Altenbericht [2]	2
Abbildung 2	Gedanken, grundsätzliche Überlegungen und Handlungsfelder des Siebten Altenberichts, nach [25]	5
Abbildung 3	Auszüge aus dem Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam	12
Abbildung 4	Bevölkerung und Bevölkerungsprognose der Seniorinnen und Senioren sowie den Hochbetagten (80 Jahre und älter) in Potsdam nach Sozialräumen (SR)	18

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Kernpunkte des Pflegedossiers nach [17]	23
Tabelle 2	Pflegekennzahlen für die Landeshauptstadt Potsdam nach [18]	25

Abkürzungsverzeichnis

AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AUA	Alltagsunterstützende Angebote (im Sinne des § 45 a SGB XI)
BAGSO	Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen
bzw	beziehungsweise
FAPiQ	Fachstelle Altern und Pflege im Quartier
GeWINO	Gesundheitswissenschaftliche Institut Nordost der AOK Nordost
ggf	gegebenenfalls
GSI	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion
KVBB	Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg
LAFIM	Landesausschuss für Innere Mission
MASGF	Ministerium für Arbeits, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg
MVZ	Medizinische Versorgungszentren
SAHRA	Smart Analysis Health Research Access
SGB	Sozialgesetzbuch
SR	Sozialraum
u.a.	unter anderem
WBS	Wohnberechtigungsschein
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WoGG	Wohngeldgesetz
z.B.	zum Beispiel

1. Einleitung

Die Bevölkerungsentwicklung der Landeshauptstadt Potsdam zeigt, dass Potsdam immer älter wird. Damit die Landeshauptstadt Potsdam auf das Älterwerden ihrer Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen vorbereitet ist, entwickelte die Landeshauptstadt Potsdam den Seniorenplan 2016 [1]. Dieser bietet Orientierung, welche Ziele bis 2020 zu verfolgen sind, um ein selbstbestimmtes Älterwerden zu ermöglichen.

Im November 2016 hat die von der Bundesregierung beauftragte Expertenkommission den Siebten Altenbericht "*Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften*" veröffentlicht [2]. In diesem Bericht wird untersucht, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben im Alter möglich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat daraufhin im Jahr 2017 beschlossen, die Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts in den Potsdamer Seniorenplan mit einzuarbeiten. Außerdem soll die Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisation (BAGSO) zum Siebten Altenbericht berücksichtigt werden [3]. Der Potsdamer Seniorenplan 2018 wurde in enger Abstimmung mit dem Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam erstellt.

1.1. Aufbau des Seniorenplanes

Mit Blick auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung orientiert sich der Potsdamer Seniorenplan 2018 an den drei Handlungsfeldern aus dem *Siebten Altenbericht*: gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld. Zur besseren Orientierung im Potsdamer Seniorenplan sind die Handlungsfelder farblich gekennzeichnet.

Abbildung 1 Handlungsfelder des Potsdamer Seniorenplanes nach dem Siebten Altenbericht [2]



Im vorliegenden Seniorenplan werden die Potsdamerinnen und Potsdamer als Seniorinnen und Senioren bezeichnet, die 65 Jahre und älter sind und ihren Hauptwohnsitz in Potsdam haben.

Nach einer kurzen Einleitung in die gesetzlichen Planungsgrundlagen und die Zielstellung des Potsdamer Seniorenplanes werden im 2. Kapitel die Leitgedanken des Siebten Altenberichts dargestellt, so wie die Stellungnahme der BAGSO erörtert. Außerdem werden die drei Handlungsfelder des Siebten Altenberichtes aus theoretischer Sicht beleuchtet. Im Kapitel 3 wird eine statistische Übersicht über die Lebenswelt der Seniorinnen und Senioren gegeben; gesamtstädtisch und auf kleinräumiger Ebene in den Sozialräumen. Die Ziele und Maßnahmen aus dem *Seniorenplan 2016* werden in Kapitel 4 evaluiert.

Auf der Grundlage der theoretischen Ausarbeitung zum *Siebten Altenbericht*, der statistischen Auswertung von aktuellen Daten zu Seniorinnen und Senioren in der Stadt und der Evaluation des *Seniorenplanes 2016* werden im Kapitel 5 die aktuellen Aktivitäten der Stadt in den drei Handlungsfeldern sowie Handlungsansätze zum Angebot an die ältere Bevölkerung vorgestellt.

1.2. Planungsauftrag

In der 35. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 6.12.2017 wurde folgender Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen¹:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Erkenntnisse und Empfehlungen

- des 7. Altenberichts der Bundesregierung sowie
- Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren Organisation (BAGSO)

werden in den Potsdamer Seniorenplan eingearbeitet.“

Dieser Beschluss ist die Grundlage für die Erarbeitung des Potsdamer Seniorenplanes 2018.

1.3. Ziele des Seniorenplanes

Mit der Erstellung des Potsdamer Seniorenplanes ist das Ziel verbunden, Seniorenpolitik in Potsdam als strategisches Thema stärker in den Vordergrund zu stellen und die Leitgedanken der Kommission des Siebten Altenberichts in der Landeshauptstadt Potsdam zu diskutieren und ggf. zu etablieren. In der kommunalen Seniorenarbeit soll die Planungs- und Steuerungskompetenz ausgebaut und dadurch der Weg in eine moderne Altenhilfe-Landschaft geebnet werden. Fest steht, dass die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren von heute anders sind als noch vor zehn Jahren und sich auch gegenüber früheren Generationen weiter verändern werden. Es gilt, neue Altersbilder zuzulassen und wandelnde Lebensvorstellungen bzw. Lebensstile zu berücksichtigen.

¹ Potsdam seniorengerecht gestalten, Vorlage 17/SVV/0452

2. Theoretischer Hintergrund des Seniorenplanes

2.1. Siebte Altenbericht der Bundesregierung

Der *Siebte Altenbericht der Bundesregierung*, nachfolgend kurz genannt *Siebte Altenbericht*, vom November 2016 zeigt auf, welche Rolle die Kommunen nach Ansicht der Sachverständigenkommission für die Gestaltung des Lebens im Alter einnehmen können und einnehmen sollten [4]. In ihren Empfehlungen plädiert die Kommission für mehr Kooperation und Vernetzung in den Handlungsfeldern, die für ältere Menschen besonders wichtig sind: Gesundheit, Sorge und Pflege sowie Wohnen und Mobilität.

Mit Blick auf diese Handlungsfelder hat die zuständige Sachverständigenkommission herausgearbeitet, wie die Kommunen zu gesellschaftlicher Teilhabe und einer möglichst langen selbstständigen Lebensführung älter werdender Menschen beitragen können. Dabei hat die Kommission auch Defizite benannt und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt sowie Empfehlungen an die Politik ausgesprochen.

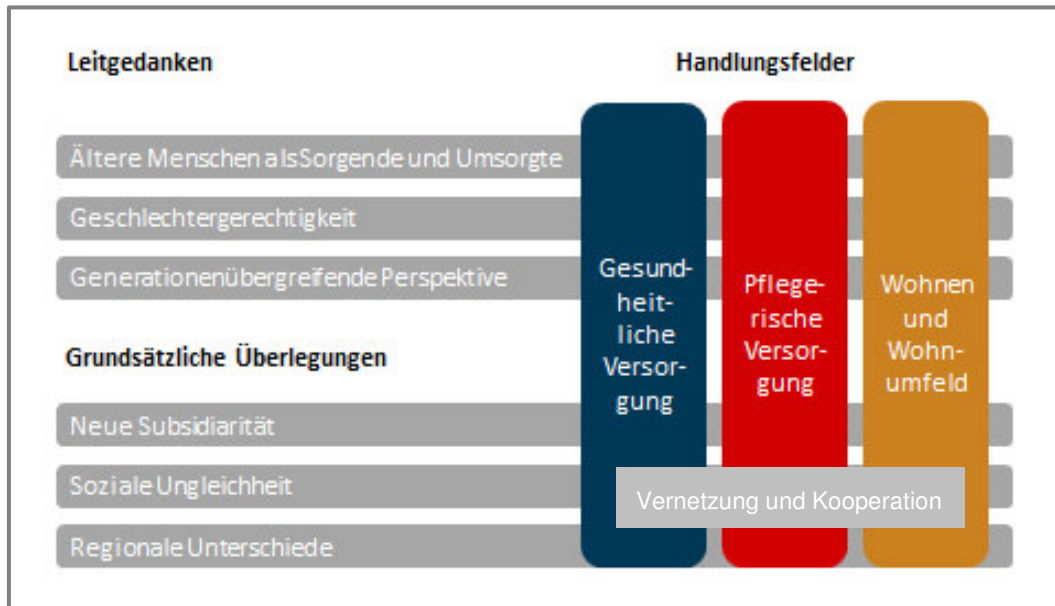
Die Kommission spricht sich für eine maßgebliche Gestaltung der örtlichen Rahmenbedingungen durch die Kommunen aus. Hierfür sollen die Gestaltungsmöglichkeiten und Kompetenzen gestärkt und ausgebaut werden, vor allem in der Pflege, im Bereich Wohnen sowie im Gesundheitswesen.

Auf lokaler Ebene können die Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels besser bewältigt werden, wenn mehr Planung, Abstimmung, Vernetzung und Koordinierung zwischen den Akteuren der lokalen Seniorenpolitik stattfindet. Lokale Projekte der Altenhilfe funktionieren besser und erreichen mehr Menschen, wenn sie von mehreren Akteuren gemeinsam initiiert und umgesetzt werden.

In solchen Akteursnetzwerken können die Kommunen wichtige Aufgaben übernehmen: sie koordinieren, sie managen, sie moderieren, sie motivieren, sie ermöglichen. Als gutes Beispiel werden die Kommunen aufgeführt, in denen es eine hauptamtliche Pflegekoordination gibt. Deren Aufgabe es ist, lokale Pflegenetzwerke aufzubauen. Dabei kooperieren die Kommunen, die Pflegekassen und andere Akteure und verbessern auf diese Weise die Pflegeinfrastruktur vor Ort. Die Herausforderung der Kommunen besteht dabei u.a. darin, neue Kompetenzen sowie ein neues Rollenverständnis zu entwickeln.

Die Themen des Siebten Altenberichts werden unterteilt in Leitgedanken, grundsätzliche Überlegungen und Handlungsfelder. Die nachfolgende Abbildung 2 zeigt die grundsätzliche Gliederung des Berichtes.

Abbildung 2 Gedanken, grundsätzliche Überlegungen und Handlungsfelder des Siebten Altenberichts, nach [25]



Die Leitgedanken, grundsätzlichen Überlegungen und die Handlungsfelder des Siebten Altenberichts werden im folgenden kurz vorgestellt.

2.1.1. Leitgedanken und grundsätzliche Überlegungen des Siebten Altenberichts

Im Folgenden werden die Kernthemen aus dem Siebten Altenbericht kurz vorgestellt [5], die sich zu den drei Leitgedanken „Ältere Menschen als Sorgende und Umsorgte“, „Geschlechtergerechtigkeit“ und „Generationenübergreifende Perspektive“ zuordnen lassen, (vgl. Abbildung 2).

Potential älterer Menschen erkennen

Im Altenbericht werden Ältere nicht nur als Menschen angesprochen, die versorgt und unterstützt werden, sondern auch als Menschen, die für andere sorgen und die andere unterstützen. Dieser Herangehensweise zeigt die Vielschichtigkeit des Alters auf. Gerade ältere Frauen übernehmen in Familie und Nachbarschaft einen großen Anteil an Sorgeaufgaben für andere Ältere, aber auch für Kinder und das Gemeinwesen. In der Regel sind bei Menschen in jedem Lebensalter sowohl ein Sorge-Geben als auch ein Sorge-Empfangen vorhanden.

Aufteilung von Sorgeaufgaben zwischen Männern und Frauen

Weitaus mehr Frauen als Männer übernehmen Sorgeaufgaben, vor allem innerhalb der Familie und im informellen sozialen Netzwerk. Daraus können den Frauen handfeste materielle Nachteile entstehen, wenn sie etwa wegen der Pflege eines Familienmitglieds ihre Arbeitszeit reduzieren oder früher in den Ruhestand gehen und deswegen im Alter eine niedrigere Rente bekommen. Ein Ausbau lokaler Sorgestrukturen ist deshalb nur dann

nachhaltig und gerecht, wenn solche Nachteile abgebaut werden und Frauen und Männer in gleichem Maße Aufgaben der Sorge und der Unterstützung übernehmen.

Generationenübergreifende Politik der Sorge und Mitverantwortung

Viele der im Altenbericht entwickelten Vorschläge betreffen nicht nur ältere Menschen, sondern alle Altersgruppen. Verbesserungen beispielsweise im Gesundheitswesen, der Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum, die Förderung von Engagement steigern die Lebensqualität aller Bevölkerungsgruppen, egal welchen Alters. Die Altersgruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im *Siebten Altenbericht* werden Elemente einer Politik mit älteren und für ältere Menschen skizziert, die in eine generationenübergreifende Politik der Sorge und Mitverantwortung eingebunden ist und als Teil einer generationenübergreifenden Demografiepolitik verstanden werden kann.

Teilhabe und Partizipation als Ziel lokaler Politik

Teilhabe drückt sich darin aus, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich in die Gemeinschaft einzubringen und sich an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Ältere Menschen sollten stärker an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Seniorenpolitik beteiligt werden. In den Kommunen sollte eine lokale Politik nicht nur für ältere Menschen, sondern auch mit älteren Menschen praktiziert werden.

Neben den vorgestellten Leitgedanken, hat die Kommission weitere grundsätzliche Überlegungen im *Siebten Altenbericht* formuliert, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Lokale Sorgestrukturen

Lokale Strukturen der Sorge und der Mitverantwortung funktionieren dann am besten, wenn sich Familienangehörige, Fachkräfte, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde sowie freiwillig Engagierte zusammen um einen Menschen kümmern. Es ist eine wichtige Aufgabe der lokalen Politik, solche Sorgestrukturen systematisch zu fördern und aufzubauen.

Ausgleich sozialer Benachteiligungen

Allerdings ist es eine Herausforderung, bestimmte Bevölkerungsgruppen in lokale Netzwerke einzubinden, etwa Menschen mit sehr niedrigen Einkommen, zurückgezogen lebende Menschen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Menschen mit Sprachbarrieren. Maßnahmen zur Stärkung von lokalen Sorgestrukturen müssen sich deshalb daran messen lassen, wie gut sie sozial benachteiligte Menschen erreichen.

2.1.2. Handlungsfelder des Siebten Altenberichts

Die Teilhabe und Lebensqualität im Alter werden vor allem durch Weichenstellungen in den drei Handlungsfeldern gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld geprägt. Diese drei Handlungsfelder werden im Siebten Altenbericht ausführlich behandelt und werden nachfolgend kurz vorgestellt. Der Potsdamer Seniorenplan orientiert sich an diesen drei Handlungsfeldern, weshalb die einzelnen Handlungsfelder farblich hervorgehoben sind.

Gesundheit im Alter

Gesundheit im Alter und gesundheitliche Versorgung umfasst im Verständnis der Kommission des *Siebten Altenberichts* mehr als medizinische Versorgung und Behandlung von Krankheit. Vielmehr sollen auch Teilhabechancen eröffnet und eine selbst- und mitverantwortliche Lebensführung bis ins hohe Alter hinein ermöglicht werden. Neben der kurativen medizinischen Versorgung werden deshalb auch die Bereiche der Gesundheitsförderung, Prävention, Rehabilitation und Palliation thematisiert, auch unter Berücksichtigung einer stärkeren Patientenorientierung [4, 6].

Aus Sicht der Kommission sind die Kernthemen für Kommunen zur gesundheitlichen Versorgung aus dem Siebten Altenbericht [4, 6]:

- **Mitwirkung der Kommune bei der Sicherstellung der Versorgungsstrukturen**
Die Kommission empfiehlt einen Ausbau der kommunalen Verantwortung. Die Kommunen sollen eine leistungsfähige, patientennahe haus- und fachärztliche sowie klinisch-stationäre Versorgung sicherstellen können. Die Kommunen sollten partnerschaftlich mit den Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen zusammenarbeiten, um die ambulante Versorgung systematisch weiterzuentwickeln.
- **Aufbau von lokalen Gesundheitszentren mit integrierten Versorgungskonzepten**
Das bestehende Gesundheitssystem muss mit dem Ziel weiterentwickelt werden, verstärkt Kooperationen und integrierte Versorgungskonzepte zu schaffen. Dafür sind Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gut geeignet.
- **Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung und primäre Prävention stärken**
Die Kommission empfiehlt regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen zu etablieren, bei denen Kommunen eine koordinierende Funktion wahrnehmen.

Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention müssen im stärkeren Maße lebensweltorientiert gestaltet werden. Dies gelingt, wenn Bildungs-, Sport-, ambulante Rehabilitationseinrichtungen, Sozialarbeit und Pflegedienste, Hausärzte und die Zielgruppen selbst enger kooperieren.

Pflege im Alter

Es ist der Wunsch der meisten Menschen, bei Hilfe- und Pflegebedarf im privaten Haushalt und von Angehörigen versorgt zu werden. Aus verschiedenen Gründen ist die familiäre Pflege jedoch immer weniger selbstverständlich.

Aus Sicht der Kommission sind die Kernthemen für Kommunen zur pflegerischen Versorgung aus dem *Siebten Altenbericht* [4, 6]:

- **Sorge- und Pflegeaufgaben müssen systematisch auf mehrere Schultern verteilt werden**
 Die Siebte Altenberichtscommission plädiert für eine systematische flächendeckende Stärkung von gemischten Pflegearrangements. Gemäß dem Leitbild einer geteilten Verantwortung für die Pflege greifen bei einem gemischten Pflegearrangement familiäre, nachbarschaftliche, freiwillige und professionelle Hilfen ineinander. Zur Förderung der gemischten Pflegearrangements empfiehlt die Kommission u.a. mehr Beratungsmöglichkeiten zu schaffen, ein Casemanagement² zu etablieren und persönliche Budgets einzuführen. Sorge und Pflege dient vor allem der Sicherung von Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe von älteren Menschen.
- **Sorgetätigkeiten müssen gleichberechtigt zwischen Frauen und Männern verteilt werden können**
 Es muss gesellschaftlich akzeptiert und selbstverständlich werden, dass beide Geschlechter Aufgaben der Sorge und Pflege übernehmen können.
- **Die Rolle der Regionen und Kommunen bei der Gewinnung von Menschen für die berufliche Altenpflege stärken**
 Für die Pflege wird ein erheblicher Beschäftigungsmangel prognostiziert. Ein breit angelegtes Berufsgruppenkonzept kann helfen, Beschäftigte zu gewinnen und zu halten.
- **Kommunen geeignete Instrumente und Kompetenzen geben, um die Pflege vor Ort zu steuern und zu gestalten**
 Aus Sicht der Siebten Altenberichtscommission sollten die Kommunen ein Care- und Casemanagement federführend koordinieren. Sie sollten wohnortnahe Strukturen der Beratung und des Casemanagements aufbauen. Die Kommission empfiehlt deshalb, den Kommunen Aufgaben der Pflegekassen unter anderem im Bereich des Care- und Casemanagements zu übertragen.

² Case Management ist eine Verfahrensweise zu dem Zweck, bedarfsentsprechend im Einzelfall eine nötige Unterstützung, Behandlung, Begleitung, Förderung und Versorgung von Menschen angemessen zu bewerkstelligen. Der Handlungsansatz ist zugleich ein Programm, nach dem Leistungsprozesse in einem System der Versorgung und in einzelnen Bereichen des Sozial- und Gesundheitswesens effektiv und effizient gesteuert werden können. (Definition nach DGCC – Deutsche Organisation für Care und Case Management).

Wohnen und Wohnumfeld im Alter

Die Wohnung ist für alte Menschen der räumliche Lebensmittelpunkt – je älter Menschen werden, desto kleiner wird ihr Bewegungsradius und desto mehr Zeit verbringen sie in der eigenen Wohnung. Eine am Ziel der Teilhabe orientierte Gestaltung der Wohnorte setzt voraus, dass die kommunale Politik Wohnung und Wohnumgebung zusammen betrachtet und ihre Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpft. Die Kernthemen für Kommunen aus dem Siebten Altenbericht zum Handlungsfeld Wohnen und Wohnumfeld sind [4, 6]:

- **Sicherstellung der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum**
 Bund, Länder und Kommunen sollten sich um eine Wiederbelebung der sozialen Wohnraumförderung bemühen. Der sozialräumlichen Polarisierung von Wohnorten soll durch beispielsweise soziale Milieuschutzsatzung³ oder die soziale Bodennutzung entgegengewirkt werden. Kommunen müssen Strategien entwickeln um im ausreichenden Umfang barrierefreien bzw. -armen Wohnraum auch für einkommensschwache Haushalte älterer Menschen zur Verfügung zu stellen. Dazu bedarf es der Wohnungsmarktbeobachtung und Entwicklung kommunaler Wohnraumversorgungskonzepte bei denen geschäftsbereichübergreifend in der kommunalen Verwaltung zusammengearbeitet wird.
- **Ausreichend altersgerechten Wohnraum schaffen**
 Es muss ein differenziertes und vielfältiges Angebot an Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen durch Umbau des Wohnungsbestands oder Neubau geschaffen werden. Die verschiedenen Wohnformen müssen sichtbar und die Zugänge dazu vereinfacht werden. Älteren Menschen sollte der Zugang zu technischen Assistenzsystemen ermöglicht werden.
- **Kommunale Mobilitätsstrategien entwickeln**
 Die soziale Teilhabe älterer Menschen setzt Mobilität und Erreichbarkeit voraus. Die Kommission empfiehlt den Kommunen kommunale Mobilitätskonzepte für ältere Menschen zu entwickeln, wie zum Beispiel einen Nahverkehrsplan oder auch ein spezielles Fußverkehrskonzept.
- **Sozialräume gestalten und nachbarschaftliche Beziehungen fördern**
 Hinsichtlich informeller nachbarschaftlicher Beziehungen ist es eine wichtige Aufgabe der Kommunen, den öffentlichen Raum in den Quartieren so zu gestalten, dass Begegnungen, Austausch und Kontakt zwischen den dort lebenden Menschen erleichtert und wahrscheinlicher werden. Dazu gehört die Schaffung einer kleinräumig verteilten Infrastruktur für Versorgung und Freizeit sowie auch die Beteiligung der Kommunen bei der Initiierung und der Förderung von organisierter Nachbarschaftshilfe. Bürger müssen in die Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Gestaltung des Sozialraums eingebunden werden.

³ Der Milieuschutz ist ein Instrument, mit dem der Anstieg des Mietniveaus in besonders gefährdeten Stadtteilen gebremst werden kann (nach www.berliner-mieterverein.de).

2.1.3. Der Begriff der ‚Sorge‘

Der Begriff der Sorge taucht im *Siebten Altenbericht* immer wieder auf in Form von ‚Sorgeaufgaben‘, ‚Sorgearbeit‘, ‚Fürsorge‘ und auch im Begriff der ‚Daseinsvorsorge‘. Der Duden definiert Sorge als das „*Bemühen um jemandes Wohlergehen, um etwas; Fürsorge*“. Im *Siebten Altenbericht* wird der Begriff der ‚sorgenden Gemeinschaft‘ verwendet. Woher dieser Begriff kommt, soll kurz anhand eines Textauszuges des Artikels „Sorgende Gemeinschaft?“ von Mike Laufenberg der TU Berlin vorgestellt werden [7]:

„Caring Communities – vom Bewegungs- zum Staatskonzept?

Die Vorstellung von einer sorgenden Gemeinschaft hat eine verzweigte Genealogie mit unterschiedlichen Entstehungskontexten und Bedeutungen (Klie 2014: 113ff.). Der angelsächsische Kommunitarismus, das christliche Gemeindeverständnis und die Debatte über die republikanische Wiederbelebung (Enquete-Kommission 2003) eines von bürgerschaftlichem Engagement getragenen „fürsorgende[n] Gemeinwesen[s]“ (Störmer 2002: 27) können als wichtige Stichwortgeber für ihre Popularisierung betrachtet werden. Seit den 1980er Jahren tauchen kommunitaristische Diskurse verstärkt im Kontext bürgerrechtlicher Bewegungen und der Inklusionsdebatte in der Sozialen Arbeit auf. Konzepte wie ‚community care‘, ‚supported living‘ und ‚enabling environment‘ gewinnen an Einfluss in der Behindertenarbeit, die sich an Enthospitalisierung, Selbstbestimmung und sozialer Teilhabe von Behinderten orientiert (Priestley 1999, Aselmeier 2007). Im Kontext der humanistisch ausgerichteten Hospiz- und Alzheimerbewegungen nimmt die Idee der sorgenden Gemeinschaften seit den 1990er Jahren in Debatten über ‚palliative care‘ und ‚compassionate cities‘ Gestalt an (Kellehear 2005, Klie 2014). Die Ansätze zielen darauf ab, Altern, Sterben und Tod zu enttabuisieren und der Dominanz des häufig als inhuman charakterisierten professionellen Versorgungsprinzips zu entziehen, das zu unflexibel sei, um adäquat auf individuelle Bedürfnisse einzugehen. Die Unterstützung und Begleitung von Menschen am Lebensende wird stattdessen als humanitäre Aufgabe von „anteilmehenden Gemeinschaften“ redefiniert (Wegleitner et al. 2015). Die Caring Community unterscheidet sich dabei konzeptuell von einer durch den Sozialversicherungsstaat konstituierten ‚nationalen Solidargemeinschaft‘. Sie „beginnt vor der Haustür, im Quartier, in der Kommune“ und setzt auf die unmittelbare „Mitverantwortlichkeit“, „Mitschwingungsfähigkeit“ und „Empathiefähigkeit“ von Nachbar_innen und Gemeindemitgliedern, die sich füreinander interessieren (Klie 2014: 118).“

2.2. Stellungnahme der BAGSO zum Siebten Altenbericht

Die BAGSO beteiligt sich mit ihrer Stellungnahme an der weiterführenden Diskussion zu den Themen und Fragestellungen des Siebten Altenberichts [3]. Es werden die Forderungen aus der Stellungnahme der BAGSO kurz vorgestellt, die sich konkret auf die lokalpolitische Ebene beziehen.

So fordert die BAGSO interessenneutrale Informations- und Beratungsangebote zu altersspezifischen Fragen. Es muss eine Bereitschaft des einzelnen Menschen geben, vorausschauend und vorbeugend, in Bezug auf Wohnen im Alter, gesunde Ernährung, Bewegung, Pflegebedürftigkeit, etc zu handeln. Die Teilhabe von älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben soll durch Sportvereine, Orte der Begegnung und Verfügbarkeit von öffentlichen Nahverkehr gefördert werden. Die Beteiligung von älteren Menschen in der Lokalpolitik durch beispielsweise Seniorenvertretungen oder Seniorenbeiräte soll unterstützt werden.

Die Lebensqualität von älteren Menschen soll durch die Nutzung von digitalen Medien verbessert werden. Die Teilhabe an der Digitalisierung und das Schaffen von Zugangsmöglichkeiten für ältere Menschen zu den neuen Medien soll unterstützt werden. Pflegeangebote müssen ambulant und stationär verfügbar sein. Niedrigschwellige Hilfen und Entlastungsangebote ermöglichen ein längeres Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit. Viele Herausforderungen in der Zukunft lassen sich nur durch interkommunale Zusammenarbeit bewältigen.

Informelle Hilfenetzwerke (bestehend aus Familien, Freunden, Nachbarschaften, Ehrenamtlichen, etc.) bilden eine wichtige Säule des Gemeinwesens und müssen gestärkt werden. Die Kommunen müssen das Engagement verlässlich und dauerhaft unterstützen. Kommunen müssen außerdem die Entwicklung von lebendigen Quartieren gemeinsam mit den dort lebenden Menschen als Prozesse anstoßen und moderieren.

Kurz zusammengefasst fordert die BAGSO für ältere Menschen:

1. Informations- und Beratungsangebote
2. Vorhandensein von ambulanter und stationärer Pflege sowie niedrigschwelligen Hilfen und Entlastungsangeboten
3. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
4. Beteiligung an der Lokalpolitik
5. Teilhabe an der Digitalisierung
6. Interkommunale Zusammenarbeit
7. Stärkung der informellen Hilfenetzwerke
8. Eigenverantwortung und Selbstfürsorge eines jeden Menschen

2.3. Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Jahr 2016 für das Zusammenleben und die Entwicklung der Stadt 26 Leitlinien entwickelt. An der Entwicklung waren die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Das Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam wird nun sukzessiv im alltäglichen Handeln umgesetzt. Viele der entwickelten Leitlinien sind maßgeblich wichtig für die ältere Bevölkerung in Potsdam. Eine Übersicht über die wichtigsten Leitlinien für die ältere Bevölkerung ist in Abbildung 3 zusammengestellt.

Mit den Leitlinien bekennt sich die Landeshauptstadt Potsdam zur Generationengerechtigkeit; zur Inklusion, Chancengleichheit und Toleranz. Allen Menschen in Potsdam sind die gleichen beruflichen, rechtlichen und sozialen Möglichkeiten zu geben, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Herkunft oder Alter einer Person.

Zur Chancengleichheit in Hinblick auf die sozialen Möglichkeiten der älteren Menschen in Potsdam gehören u.a. die Teilhabe an Bildungsangeboten und an kulturellen Angeboten, so wie sie auch in den Leitlinien in Potsdam festgehalten sind. Auch beim digitalen Wandel dürfen ältere Menschen nicht ausgeschlossen werden, ihnen muss vielmehr die Teilhabe mit spezifischen Angeboten ermöglicht werden.

Abbildung 3 Auszüge aus dem Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam

Die lebendige Stadt

- Potsdam ist eine Stadt der Kultur
- Potsdam ist eine gesunde und sichere Stadt
- Potsdam ist eine Stadt in Bewegung

Die produktive Stadt

- Potsdam bekennt sich zu einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge

Eine Stadt für ALLE

- Potsdam ist eine generationengerechte Stadt
- Potsdam profitiert von einer lebhaften und engagierten Bürgerschaft
- Potsdam setzt sich für Inklusion ein
- Potsdam ist eine Stadt der Vielfalt, Chancengleichheit und Toleranz

Die innovative Stadt

- Potsdam bekennt sich zur generationenübergreifenden Gerechtigkeit
- Potsdam setzt den digitalen Wandel aktiv für Innovationen ein

Die Wissenstadt

- Potsdam ist eine Stadt der Bildung und des Wissens

2.4. Zusammenfassung Theoretischer Hintergrund

Die Analysen im *Siebten Altenbericht* zeigen, dass die Region in der ein älterer Mensch lebt, unabhängig von der individuellen Lebenssituation, einen Einfluss auf die Gesundheit, das subjektive Wohlbefinden, die soziale Integration und das freiwillige Engagement eines älteren Menschen hat. Wie ein Mensch alt wird, hängt also auch immer damit zusammen, wo ein Mensch alt wird.

Kommunen haben eine Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Stadt oder Gemeinde. Kommunen können die gesellschaftliche Teilhabe und eine möglichst lange selbstständige Lebensführung älter werdender Menschen sicherstellen, indem sie Weichenstellungen für die Zukunft in den drei Handlungsfeldern gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld vornehmen. Der Potsdamer Seniorenplan orientiert sich in seinem Aufbau an den drei Handlungsfeldern der Kommission und leitet durch die einzelnen Kapitel anhand des vorgestellten Farbschemas.

Die BAGSO begrüßt den Siebten Altenbericht, in der es heißt, dass „starke, handlungsfähige Kommunen von zentraler Bedeutung sind, um im demografischen Wandel die Politik für ältere und mit älteren Menschen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln“. Die BAGSO dringt darauf, diese wichtigen Erkenntnisse nun zu nutzen und mit einer zielführenden Umsetzung zügig zu beginnen. Viele der aufgestellten Maßnahmen im Siebten Altenbericht sind dabei nicht auf kommunalpolitischer Ebene umsetzbar, sondern bedürfen richtungsweisender Entscheidungen auf höheren politischen Ebenen.

2.4.1. Positionierung der Landeshauptstadt Potsdam zum Siebten Altenbericht

Die Landeshauptstadt Potsdam fördert die von der Kommission aufgestellten Leitgedanken zu den oben ausgeführten Inhalten. Sie hat unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bereits eigene kommunale Leitlinien für das Zusammenleben und die Entwicklung in der Stadt beschlossen, deren Inhalte mit den Empfehlungen der Kommission übereinstimmen. Einschränkend ist jedoch festzuhalten, dass bei den beispielsweise unter Kapitel 2.1.2. (Übertragung Care- und Casemanagement von den Pflegekassen auf die Kommune) aufgeführten Handlungsfeldern, die Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch die Kommunen nur erfolgen kann, wenn ein entsprechender Ausgleich der entstehenden Finanz- und Personalkosten auf überörtlicher Ebene festgelegt wird.

Darüber hinaus bekennt sich die Landeshauptstadt Potsdam mit den aufgestellten Leitlinien zur Generationengerechtigkeit, zur Inklusion, Chancengleichheit und Toleranz in der Stadt.

Im nächsten Kapitel 3 werden aktuelle statistische Daten zur älteren Bevölkerung in der Stadt zusammengetragen und die wichtigsten Aspekte auf gesamtstädtischer Ebene sowie für die einzelnen Sozialräume zusammengefasst.

3. Daten zur älteren Bevölkerung

3.1. Datenquellen und Erläuterung

Die Zusammenstellung der statistischen Daten zu den Seniorinnen und Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam strukturiert sich in die nachfolgenden Zielgruppen: die Altersgruppe der 50 bis unter 65-Jährigen, da diese in naher Zukunft zu den Senioren gehören werden, die Altersgruppe der über 65-Jährigen bis unter 80-Jährigen, die Senioren der Landeshauptstadt Potsdam, und die Gruppe der über 80-Jährigen, die sogenannten Hochbetagten.

Eine Übersicht zu den statistischen Daten der Seniorinnen und Senioren in der Stadt Potsdam nach Sozialraum zu den Themen Soziodemografie, Gesundheit sowie Wohnen und Wohnumfeld ist im Anhang hinterlegt. Daten zur pflegerischen Versorgung in der Stadt liegen nicht auf Sozialraumebene vor und konnten demzufolge nicht in die Übersicht mit aufgenommen werden. Der Analyse der pflegerischen Versorgung wird daher ein eigenes Kapitel (3.5) gewidmet.

Nachfolgend wird eine Zusammenfassung der statistischen Daten in den Sozialräumen basierend auf der Zusammenstellung im Anhang („Daten zur älteren Bevölkerung je Sozialraum in Potsdam“) vorgestellt. Für diese Zusammenstellung wurde mit dem Bereich Statistik und Wahlen der Stadt zusammengearbeitet. Es wurden folgende Datenquellen genutzt: Datenquellen der Landeshauptstadt Potsdam aus dem Bereich Statistik und Wahlen sowie Wohnen, die Potsdamer Bürgerumfrage und Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Die verwendeten Datenquellen und ausgewiesenen Indikatoren in den Sozialräumen werden im Folgenden nach den Bereichen: Soziodemografie und Soziales, Gesundheit sowie Wohnen und Leben kurz erläutert.

Soziodemografie und Soziales

Der Bereich Statistik und Wahlen in der Landeshauptstadt Potsdam hat im Jahr 2018 eine Bevölkerungsstatistik für die Stadt herausgegeben [8]. Unter dem Bereich **Indikatoren** wird die Potsdamer Bevölkerung für das Jahr 2017 und als Prognose für das Jahr 2035 je Sozialraum angegeben. Beim **Jugendquotient** wird die jüngere, in der Regel noch nicht erwerbstätige Bevölkerung ins Verhältnis zu Personen im erwerbsfähigen gesetzt. Es wird die Bevölkerung unter 18 Jahre geteilt durch die Bevölkerung 18 bis unter 65 Jahre. Ein Jugendquotient von beispielsweise 0,4 sagt aus, dass auf 40 Menschen unter 18 Jahren 100 Menschen zwischen 18 bis unter 65 Jahren kommen ($40/100 = 0,4$). Der **Altenquotient** setzt die ältere, in der Regel nicht mehr erwerbstätige Bevölkerung in Beziehung zu den Personen im Erwerbsalter – sprich, die Bevölkerung ab 65 Jahre wird geteilt durch die Bevölkerung 18 bis unter 65 Jahre. **Unter Abweichung vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam** wird die Veränderung im Sozialraum vom Jahr 2017 auf das Jahr 2035 im Verhältnis zur Entwicklung

in Gesamt Potsdam verstanden. Es wird die prozentuale Abweichung von der Potsdamer Durchschnittsentwicklung ausgewiesen. Ein Balken in den positiven Bereich („nach rechts“) zeigt, dass die Veränderung im Sozialraum höher bzw. größer ausfällt als in der Landeshauptstadt Potsdam gesamt. Ein Balken in den negativen Bereich („nach links“) weist demzufolge eine kleinere bzw. niedrigere Veränderung im Sozialraum im Vergleich zur Landeshauptstadt Potsdam aus.

Die Daten zum Einkommen und zur materiellen Lage stammen aus der **Potsdamer Bürgerumfrage 2017** [9]. Wenn nicht anders ausgewiesen wurden dabei die 65 bis unter 80-Jährigen ausgewertet. An der Potsdamer Bürgerumfrage 2017 nahmen insgesamt 465 Personen zwischen 65 bis unter 80 Jahren teil. Damit ist die ältere Bevölkerung in der Umfrage repräsentativ vertreten. Die weitere Aufteilung nach Sozialraum (SR) weist folgende Teilnehmerzahlen (Alter 65 bis unter 80 Jahre) aus:

- | | |
|---|--------------|
| • SR 1: Nördliche Ortsteile | 30 Befragte |
| • SR 2: Potsdam Nord | 88 Befragte |
| • SR 3: Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte | 107 Befragte |
| • SR 4: Babelsberg, Zentrum Ost | 72 Befragte |
| • SR 5: Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld | 75 Befragte |
| • SR 6: Schlaatz, Waldstadt I II, Potsdam Süd | 92 Befragte |

Die Anzahl der Teilnehmenden je Sozialraum bildet dabei auch die tatsächliche Verteilung der Altersgruppen innerhalb der Stadt ab. Dadurch ergeben sich bei weiterer kleinräumiger Analyse der Fragestellungen zum Teil jedoch sehr kleine Zellen (unter 30 Teilnehmende), sodass die Ergebnisse in den Sozialräumen aufgrund der geringen Fallzahlen nicht als repräsentativ gelten können, sondern eher ein Stimmungsbild der Seniorinnen und Senioren im Sozialraum wiedergeben (dies gilt insbesondere für SR I). Eine eigenständige Befragung der Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam gibt es derzeit nicht, so dass die Auswertung der Bürgerumfrage die derzeit einzige Möglichkeit ist, ein allgemeines Bild über die Lebenssituation der älteren Bevölkerung zu bekommen.

Für die Anzahl **Wohngeldhaushalte und Wohnberechtigungsschein-Haushalte** (WBS-Haushalte) wurden statistische Daten des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg sowie der Landeshauptstadt Potsdam ausgewertet [10] [11]. Je nach Alter des Antragstellers bzw. der Antragsstellerin ist eine weitere Unterteilung der Wohngeldhaushalt bzw. WBS-Haushalte möglich.

Gesundheit

Für die **Anzahl Einrichtungen** je Sozialraum wurden für die Anzahl Dauerpflegeplätze sowie Pflegeeinrichtungen Daten aus dem Jahr 2015 verwendet [12]. Aktuellere Daten lagen zur Berichterstellung nicht vor. Die Anzahl Allgemeinmediziner/ Hausärzte, ambulante Pflegedienste und Apotheken [13] stammen aus dem Jahr 2017 sowie auch alle anderen aufgeführten Einrichtungen [14]. Eine übersichtliche Abbildung der Einrichtungen je Sozialraum in Potsdam ist im Anhang unter Kartierungen zu finden.

Im Bereich Gesundheit wird die **Lebenszufriedenheit** sowie der Anteil derjenigen, die **optimistisch in die Zukunft** blicken, aufgeführt. Hierfür wurde die Potsdamer Bürgerumfrage 2017 verwendet. Auch für die Auswertung der **Zufriedenheit mit der ärztlichen Versorgung** wurde die Bürgerumfrage herangezogen; hier wurde das arithmetische Mittel⁴ aus den 6 Kategorien von 1 = vollkommen zufrieden bis 6 = vollkommen unzufrieden gebildet (analog zu Schulnoten).

Wohnen und Wohnumfeld

Unter **alten- und behindertengerechte Wohnungen** werden barrierefreie Wohnungen, Rollstuhlfahrerwohnungen, angepasste Rollstuhlwohnungen aus der DDR-Zeit und sogenannte Einzelmaßnahmen für den behinderten Mieter zum Erhalt seines Wohnraumes gezählt [15].

Die Angaben zur Wohnart, geplanten Umzug, Lebensqualität, der Benutzung von Verkehrsmitteln und der Zufriedenheit mit diesen sowie der Nutzung der Einrichtung in der Stadt stammen aus der Bevölkerungsumfrage 2017 [9].

⁴ Arithmetisches Mittel, ugs. auch als Durchschnitt bezeichnet.

3.2. Daten zur Soziodemografie der älteren Bevölkerung

Im Jahr 2017 lebten in Potsdam 32.687 über 65-Jährige. Dies entspricht rund 19% der Potsdamer Bevölkerung. Bis zum Jahr 2035 wird die Anzahl der über 65-Jährigen auf rund 47.500 ansteigen; die Senioren werden dann ca. 22% der Potsdamer Bevölkerung ausmachen.

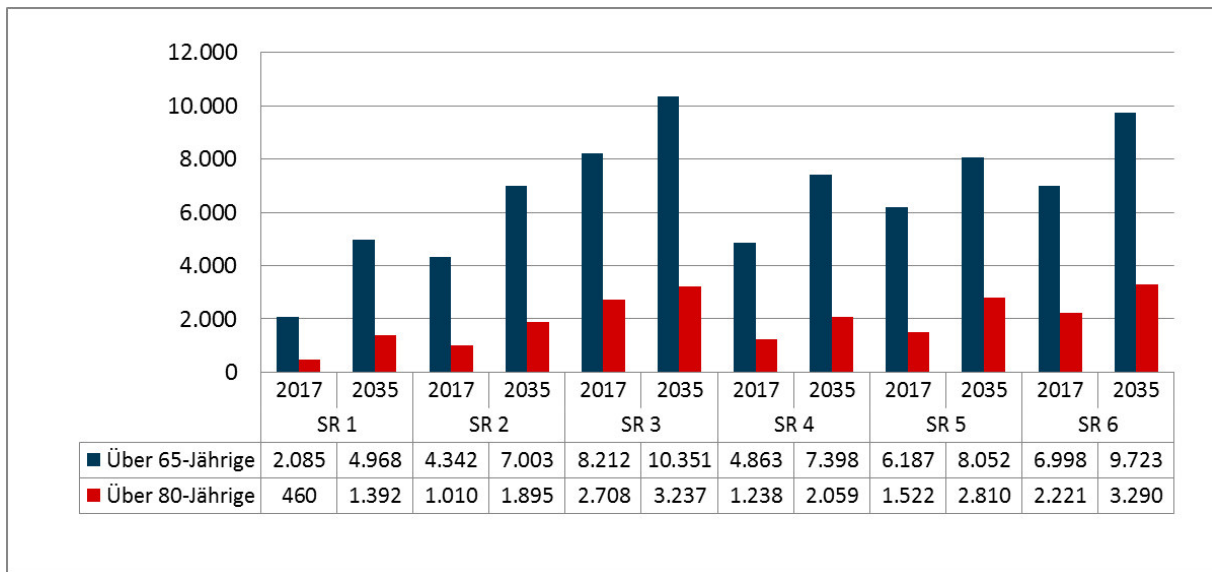
Dabei bleibt der Anteil der 65 bis unter 80-Jährigen in der Bevölkerung mit 14% im Jahr 2017, bzw. 15% im Jahr 2035 relativ konstant. Aber die Anzahl der Hochbetagten, also der über 80-Jährigen in der Stadt wird einen größeren Zuwachs erfahren. Im Jahr 2017 zählten 9.159 Menschen zu den Hochbetagten, bis zum Jahr 2035 wird die Anzahl um rund 5.500 auf ca. 14.700 Menschen anwachsen.

Derzeit leben die meisten Seniorinnen und Senioren im Sozialraum 3 – Potsdam West, Innenstadt und der Nördlichen Vorstädte. Dies wird sich auch bis zum Jahr 2035 nicht ändern. Der Sozialraum mit dem größten prozentualen Wachstum an älteren Menschen ist der Sozialraum 1 – nördliche Ortsteile und Sacrow. Hier wird sich die Anzahl der Seniorinnen und Senioren mehr als verdoppeln von rund 2.100 im Jahr 2017 auf rund 5.000 im Jahr 2035.

Die größte Anzahl an Hochbetagten ist ebenfalls im Sozialraum 3 anzutreffen. Bis zum Jahr 2035 werden die meisten Hochbetagten jedoch im Sozialraum 6 – Schlaatz, Waldstadt und Potsdam Süd zu finden sein. Die Anzahl der Hochbetagten wächst prozentual gesehen im Sozialraum 1 am stärksten – hier verdreifacht sich die Anzahl bis zum Jahr 2035 von 460 im Jahr 2017 auf 1.400 im Jahr 2035.

Der Sozialraum mit der ältesten Wohnbevölkerung ist der Sozialraum 5 – Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld. Hier liegt das Durchschnittsalter bei 44,1 Jahren. Damit ist die Bevölkerung im Sozialraum 5 im Durchschnitt ca. 2 Jahre älter im Vergleich zum Durchschnitt in Potsdam, hier liegt das Durchschnittsalter bei 42,3 Jahren. Eine Übersicht über die demografische Entwicklung der Seniorinnen und Senioren in den Sozialräumen bietet nachfolgende Abbildung 4.

Abbildung 4 Bevölkerung und Bevölkerungsprognose der Seniorinnen und Senioren sowie den Hochbetagten (80 Jahre und älter) in Potsdam nach Sozialräumen (SR)



SR 1 = Nördliche Ortsteile, Sacrow, SR 2 = Potsdam Nord, SR 3 = Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte, SR 4 = Babelsberg, Zentrum Ost, SR 5 = Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld, SR 6 = Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

In der Potsdamer Bürgerumfrage 2017 wurde das geringste Haushaltsnettoeinkommen bei den 65 bis unter 80-Jährigen im Sozialraum 6 angegeben mit rund 1.850 € (Median) und im Sozialraum 5 mit rund 2.000 € (Median⁵). Im Sozialraum 5 und 6 befinden sich laut Bürgerumfrage auch die meisten Leistungsempfänger von Grundsicherung (SGB XII).

⁵ Der Wert, der genau in der Mitte einer Datenverteilung liegt, nennt sich Median.

3.3. Daten zum Wohnen und Wohnumfeld in Potsdam

Seniorinnen und Senioren bilden eine große, vor allem aber auch stark wachsende Bedarfsgruppe unter den Wohnhaushalten in Potsdam. Sie weist hinsichtlich ihres Wohnverhaltens sowie den Anforderungen an Wohnraum und Wohnumfeld einige Besonderheiten auf.

Wohnungsgröße

Ein großer Anteil der älteren Menschen Potsdams wohnt alleine. Der Schwerpunkt der Bedarfe für wohnungssuchende Seniorenhaushalte liegt daher bei kleinen Wohnungen mit bis zu 2 Zimmern. Es gibt daneben auch einen wachsenden Bedarf nach größeren Wohnungen oder Objekten, in denen ältere Menschen gemeinsam in einem Haus oder einer Wohnung leben können. Die Zahl der kleinen Wohnungen in der Landeshauptstadt Potsdam entspricht aktuell nicht dem Bedarf. Das strukturelle Defizit liegt, gemessen an der Anzahl der 1- und 2-Personenhaushalte über alle Altersklassen und unabhängig von der Einkommenssituation bei ca. 10.000 Wohnungen [16].

Wohnungsausstattung und -grundrisse

Wohnungen für Seniorenhaushalte sowie die Zugangsbereiche in und um das Gebäude sollen möglichst wenige Barrieren aufweisen, um die Mobilität in der Wohnung auch bis ins hochbetagte Alter zu sichern, häusliche Unfallrisiken geringzuhalten und so eine weitestgehend eigenständige Lebensführung zu unterstützen. Treten in Verbindung mit dem Älterwerden Mobilitätseinschränkungen auf, ergeben sich weitere bauliche Anforderungen z.B. hinsichtlich Zuschnitt der Wohnungsgrundrisse, Türbreiten, Wende- und Rangierflächen sowie Abstellflächen für Hilfsmittel.

Wohnen und begleitende Angebote

Viele ältere Haushalte benötigen eine Begleitung und Unterstützung in der Lebensführung. Ein Teil des Wohnbedarfs von älteren Menschen zielt daher auf Sonderimmobilien wie Senioren- und Pflegeheime. Über diese Bauformen hinaus, die ein gesondertes Marktsegment mit eigenen (Bau- und Betriebs-)Vorschriften darstellen, steigen der Bedarf und die Vielfalt an Wohnformen, in denen sich das Leben in der eigenen Wohnung mit Alltagshilfen, Betreuung und/ oder Pflege kombinieren lässt.

Wohnmobilität

Seniorenhaushalte fühlen sich mit ihrer Wohnung und dem Stadtteil, den sie bewohnen, in höherem Maße verbunden als andere Bevölkerungsgruppen. Mit zunehmendem Alter nimmt daher die Umzugsneigung ab, selbst wenn die genutzte Wohnung nicht dauerhaft den objektiven Wohnbedürfnissen im Alter entspricht. Der Erhalt des vertrauten Umfeldes, aber auch der Organisationsaufwand für die Beschwerlichkeiten eines Umzugs sind dafür oft genannte Motive.

Wohnumfeld

Um eine eigenständige Lebensführung bis ins hohe Alter gewährleisten zu können, müssen auch Versorgungs-, Begegnungs- und Gesundheitseinrichtungen, auf kurzem und möglichst barrierearmem Wege erreichbar sein. Das gilt umso mehr, weil das eigene Auto mit

zunehmendem Alter für viele Menschen nicht mehr genutzt werden kann. Daher sind auch wohnortnahe Angebote zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel von großer Bedeutung.

Bei der Analyse der Sozialraumdaten aus der Bürgerumfrage der Landeshauptstadt Potsdam fällt auf, dass rund ein Viertel (28%) der Potsdamerinnen und Potsdamer zwischen 65 bis unter 80 Jahren als Eigentümer bzw. Miteigentümer in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus wohnt. In den einzelnen Sozialräumen ist die Verteilung zwischen Anteil an Eigentümern/ Miteigentümern und Mietern recht unterschiedlich ausgeprägt. Senioren, die überwiegend als Eigentümer in ihrem Wohnraum leben, sind in Sozialraum 1 (Anteil 60%) und Sozialraum 2 (54%) anzutreffen. Die meisten Seniorinnen und Senioren, die als Mieter oder Untermieter in einer Wohnung oder in einem Haus leben sind im Sozialraum 3 (82%), Sozialraum 5 (85%) und Sozialraum 6 (92%) zu finden.

Laut Bürgerumfrage überlegt rund ein Fünftel (18%) der Potsdamer zwischen 65 bis unter 80 Jahren in den nächsten zwei Jahren umzuziehen. Ein Grund für einen möglichen Umzug könnte die Barrierefreiheit der Wohnung bzw. des Hauses sein, sprich ob die Wohnung bzw. das Haus geeignet ist, um auch mit möglichen körperlichen Einschränkungen weiterhin dort zu leben. 58% der befragten Seniorinnen und Senioren in Potsdam nehmen ihre Wohnung bzw. ihr Haus als barrierearm wahr, 42% verneinen dies. In gesamt Potsdam gibt es 665 alten- und behindertengerechte Wohnungen.

Wohngeld ist in Deutschland eine Sozialleistung nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) für Bürgerinnen und Bürger, die auf Grund ihres geringen Einkommens einen Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder zu den Kosten selbst genutzten Wohneigentums (Lastenzuschuss) erhalten. Insgesamt erhielten 541 Haushalte mit einem Antragssteller über 65 Jahre in Potsdam im Jahr 2017 Wohngeld. Die meisten Senioren-Wohngeldhaushalte sind im Sozialraum 3 mit 152 Haushalten und Sozialraum 6 mit 158 Haushalten vorzufinden.

Im Jahr 2017 wurden 324 Wohnberechtigungsbescheinigungen (WBS) ausgestellt, bei denen Seniorinnen oder Senioren die Antragssteller waren. Die meisten WBS-Bescheide wurden für Senioren im Sozialraum 3 ausgestellt mit 89 Bescheiden. Die Entscheidung zu Anträgen auf Erteilung einer WBS erfolgt auf Grundlage der gesetzlichen Einkommensgrenzen und unter Berücksichtigung des Jahresbruttoeinkommens aller mitziehenden Familien- bzw. Haushaltsangehörigen Personen.

Das Fahrrad als Verkehrsmittel nutzen 22% der befragten Menschen zwischen 65 bis unter 80 Jahren für Einkäufe/ Erledigungen, 26% für Freizeitaktivitäten und 20% für den Weg in die Innenstadt. Den Zustand der Radwege bewertet diese Zielgruppe mit der Note 3,6, die Sicherheit der Radwege mit einer 3,8.

21% der Befragten zwischen 65 bis unter 80 Jahren sind zu Fuß unterwegs für Einkäufe/ Erledigungen, 16% für Freizeitaktivitäten und 15% für den Weg in die Innenstadt. Den Zustand der Gehwege bewerten sie mit 3,7, die Sicherheit der Gehwege mit 3,6 und die Straßenquerungsmöglichkeiten mit 3,1. Im Sozialraum 6 fällt die Benotung geringer aus –

hier vergeben die älteren Bürgerinnen und Bürger für den Zustand der Gehwege eine 3,9, für die Sicherheit eine 3,8 und für die Straßenquerungsmöglichkeiten eine 3,4.

Den öffentlichen Nahverkehr in Potsdam nutzen 23% für Einkäufe/ Erledigungen, 29% für Freizeitaktivitäten und 43% für den Weg in die Innenstadt der Befragten Seniorinnen und Senioren. Dabei wird das Liniennetz mit einer 2,6 bewertet und die Taktzeiten mit einer 2,8. Weniger gut wird der öffentliche Nahverkehr im Sozialraum 1 bewertet – hier erhält das Liniennetz eine 3,0 und die Taktzeiten eine 3,4.

Das Auto nutzen 35% für Einkäufe/ Erledigungen, 29% für Freizeitaktivitäten und 23% für den Weg in die Innenstadt. Dabei wird der Fahrbahnzustand der Straßen mit einer 3,7 bewertet; von den älteren befragten Bürgerinnen und Bürgern im Sozialraum 6 mit einer 4,0. Der Autoverkehr (Ampeln/ Verkehrsführung) erhält insgesamt eine 3,8.

Von den Befragten 65 bis unter 80-Jährigen nutzen über die Hälfte die Grün- und Erholungsflächen in Potsdam (Nutzer des Angebots = 71%), besuchen Museen und Ausstellungen (55%) und nehmen kulturelle Angebote wahr (51%). Weniger als ein Viertel der 65 bis unter 80-jährigen nutzt Bibliotheken (19%), Vereine (22%), Sportanlagen (13%), Weiterbildungseinrichtungen (5%), Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten (10%), und Freizeiteinrichtungen für Senioren (16%).

3.4. Daten zur Gesundheit älterer Menschen in Potsdam

Bei der Frage nach Ihrer Zufriedenheit mit der ärztlichen Versorgung vergaben die 65- bis unter 80-Jährigen Befragten der Bürgerumfrage im Durchschnitt für die Stadt Potsdam eine 2,4 und für ihren jeweiligen Stadtteil eine 2,3, wobei 1 = vollkommen zufrieden und 6 = vollkommen unzufrieden entspricht. Am unzufriedensten mit der ärztlichen Versorgung sind sie im Sozialraum 1 – hier gab es für die Stadt Potsdam eine 2,9 und für die Versorgung im Stadtteil eine 3,4.

87% der Befragten 65- bis unter 80-Jährigen Potsdamer sind sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrem Leben. 62% der 65- bis unter 80-Jährigen schätzen ihre persönliche Zukunft optimistisch oder eher optimistisch ein. Der Anteil derjenigen älteren Menschen, die ihre persönliche Zukunft optimistisch bzw. eher optimistisch sehen ist in Sozialraum 1 mit 45% am geringsten ausgeprägt, gefolgt von Sozialraum 3 mit 56% und Sozialraum 6 mit 59%.

In Potsdam gibt es eine Vielzahl an Einrichtungen für die Potsdamer Bevölkerung und für die Versorgung der Seniorinnen und Senioren in der Stadt. Eine Kartierung der Einrichtungen je Potsdamer Sozialraum ist im Anhang. Nachfolgend eine Auflistung der Anzahl Einrichtungen für die gesamte Landeshauptstadt Potsdam (Stand 07/2018).

- Ambulante Pflegedienste (Anzahl Einrichtungen in Potsdam 34)
- Begegnungsstätten (28)
- Beratungsstellen (8)
- Betreutes Wohnen (17)
- Demenz (5)
- Ehrenamt (6)
- Hospiz (1)
- Klinik (4)
- Kurzzeitpflege (11)
- Tagespflege (7)
- Vollstationäre Einrichtungen (19)
- Weiterbildungsangebote (7)

Zudem gibt es in der Landeshauptstadt Potsdam sieben Pflege-Wohngemeinschaften (Pflege-WG's). Spezifische Pflegeheime für Menschen mit psychischen Störung sowie Heime für Menschen mit Demenz und auffälligem Verhalten gibt es derzeit nicht in der Landeshauptstadt Potsdam, aber in Berlin und im Brandenburger Umland.

Zur Frage, ob die vorhandenen Angebote als bedarfsdeckend angesehen werden können, wird auf die Einschätzung des MASGF im nachfolgenden Kapitel 3.5.1 verwiesen.

3.5. Daten zur pflegerischen Versorgung älterer Menschen

3.5.1. Analyse der Pflegestatistik 2015

Auf der Grundlage der jeweils aktuellen Pflegestatistik erarbeitet das Sozialministerium des Landes Brandenburgs für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt eine zusammenfassende Darstellung mit regionalen Daten und Fakten sowie Projektionen der zukünftigen Entwicklungen in der Pflege. Diese Pflegedossiers sollen den kommunalen Verantwortlichen helfen, im Bereich der Pflege notwendige Entscheidungen herbeizuführen und Verabredungen zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen untersetzend anzustoßen [17].

Datenquelle dieses Pflegedossiers ist die amtliche Pflegestatistik aus dem Jahr 2015 nach § 109 SGB XI, Angaben der Pflegedienste (Daten zu den Empfängern von Sachleistungen (ambulant und stationär) und zu Beschäftigten im Bereich der Pflege) sowie Angaben der Pflegekassen auf Potsdam bezogen. Für die Pflegedossier wurde die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg aus dem Jahr 2014 verwendet. Neuere Daten des MASGF liegen derzeit nicht vor.

Nachfolgend eine Zusammenfassung der Kernpunkte des Pflegedossiers für die Landeshauptstadt Potsdam.

Tabelle 1 Kernpunkte des Pflegedossiers nach [17]

Zunahme der Pflegebedürftigkeit in Potsdam

- Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung liegt bei 3,2%. Die Pflegebedürftigkeit nimmt mit dem 70sten Lebensjahr deutlich zu.
- Im Jahr 2015 waren 5.300 Menschen pflegebedürftig; davon 3.402 Frauen und 1.898 Männer.
- Es ist von einer Zunahme der Pflegebedürftigkeit von rund 5.100 im Jahr 2013 auf fast 8.800 Pflegebedürftige im Jahr 2040 zu erwarten, was einem relativen Wachstum von 73 Prozent entspricht.

Ausbau der stationären Dauerpflegeplätze in Potsdam

- Hoher Auslastungsgrad der Plätze in der stationären Dauerpflege von über 95%. Dies könnte darauf hindeuten, dass die wirkliche Nachfrage nach stationärer Pflege in Potsdam über der in der Statistik ausgewiesenen Nachfrage liegt. Ggf. wirkt das eher knappe Angebot nachfragebegrenzend – bei größerem Angebot würden in Potsdam mehr Menschen diese Leistungen in Anspruch nehmen. Die Angebotsflexibilität, also die Möglichkeit auf unvorhergesehene Nachfragespitzen zu reagieren, ist eingeschränkt. In Deutschland liegt die Auslastungsquote im Vergleich bei 88%.

Angebote der Tagespflege in Potsdam unterdurchschnittlich gut ausgebaut

- Von den insgesamt 1.620 Plätzen in voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen in Potsdam sind 8% Tagespflegeplätze (Land Brandenburg = 11%)
- 3,4% der Leistungsempfänger nehmen Leistungen der Tagespflege in Potsdam in Anspruch

Angebote zur Unterstützung im Alltag (AUA) in Potsdam

- Es ist ein Rückgang der Anzahl an Nutzern in Potsdam zu verzeichnen, trotz eines stabilen Angebots und trotz starkem Zuwachs der Anzahl der Leistungsberechtigten. Ein Grund hierfür wird nicht genannt.
 - o 2010 = 331 Nutzer/innen
 - o 2015 = 305 Nutzer/innen
- Umfangreiches Ausbaupotential in Potsdam
- Angebote für nicht demenziell Erkrankte steigen im Land Brandenburg, in Potsdam stagnieren sie bzw. sind rückläufig

Beschäftigte in der Pflege in Potsdam

- Insgesamt gab es 1.670 Beschäftigte in ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen im Jahr 2015
- 3.060 Beschäftigte in der Pflege werden bis zum Jahr 2040 benötigt. Dies entspricht 1.400 zusätzlichen Beschäftigten.

Kostenzuwachs bei den Hilfen zur Pflege (nach SGB XII) in Potsdam

- Die Kosten der Hilfe zur Pflege entwickeln sich entsprechend der steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen in der Stadt in der Tendenz steigend.
 - o 2015 = 4.373.179,- EUR
 - o 2016 = 4.500.000,- EUR (Prognose)
 - o 2040 = 11.100.000,- EUR (Prognose)

3.5.2. Auswertung der Pflegekennzahlen mit SAHRA

Das Gesundheitswissenschaftliche Institut Nordost (GeWINO) der AOK Nordost widmet sich der Analyse der regionalen Gesundheitsversorgung der nordostdeutschen Bundesländer. Dabei ist die Auswertung der Pflegekennzahlen der letzten 5 Jahre im Rahmen des SAHRA Projektes möglich [18]. Die Daten ermöglichen es, gegenwärtige Bedarfe im Bereich der Pflege zu ermitteln und entsprechende Maßnahmen zu planen.

Das Projekt „SAHRA – Smart Analysis Health Research Access“ ist eines von 13 Leuchtturmprojekten innerhalb des Technologieprogramms „Smart Data – Innovationen aus Daten“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). SAHRA soll es ermöglichen, Abrechnungsdaten, Behandlungsdaten sowie Studien- und Registerdaten

rechtssicher kombinierbar und für die dazu ermächtigten Versorgungsforscher und Anwender zugänglich zu machen. Ziel des Projekts ist es, verschiedenartige versorgungsrelevante Daten analysierbar zu machen, um die daraus resultierenden Erkenntnisse in die Versorgungspraxis zu übertragen. SAHRA entwickelt für Kommunen Kennzahlenreports, um Strukturplanungen auf kleinräumiger Ebene zu ermöglichen.

Bei der AOK Nordost sind mehr als 35% aller Brandenburgerinnen und Brandenburger versichert. Als Pflegekasse erstattet sie zudem die Pflegeleistungen für mehr als 63% der Pflegebedürftigen der Landeshauptstadt Potsdam. Die AOK ist damit in der Lage, repräsentative und aktuelle Kennzahlen der Kranken- und Pflegeversorgung datenschutzgerecht bereit zu stellen.

Die nachfolgenden gerundeten Daten wurde mit Hilfe der SAHRA Plattform für die Stadt Potsdam analysiert.

Tabelle 2 Pflegekennzahlen für die Landeshauptstadt Potsdam nach [18]

	Jahr 2011	Jahr 2016	Zunahme bzw. Abnahme 2011 auf 2016
Anzahl Pflegebedürftige	4.580	5.330	750
Anzahl Demenzkranke	2.550	3.200	650
Anzahl Pflegeheimbewohner	1.100	1.430	330
Anzahl Personen in Tagespflege	110	180	70
Anzahl Personen mit Verhinderungspflege	250	450	200
Anzahl Pflegegeldempfänger/innen	1.870	2.450	580

3.6. Zusammenfassung der sozialräumlichen und gesamtstädtischen statistischen Daten zur älteren Bevölkerung

Die aktuellen Daten der Landeshauptstadt Potsdam zu den Handlungsfeldern aus dem Siebten Altenbericht – gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld, wurden einzeln vorgestellt. Die wichtigsten Aspekte für die Stadt Potsdam (gesamt) so wie für die einzelnen Sozialräume sind nachfolgend zusammengefasst und können im Einzelnen noch einmal anhand der Daten im Anhang: *Daten zur älteren Bevölkerung je Sozialraum in Potsdam* nachvollzogen werden.

Potsdam Gesamt

- Die Anzahl der Pflegebedürftigen wird auf ca. 8.800 Menschen bis zum Jahr 2040 ansteigen.
- Die Plätze in der stationären Dauerpflege hatten im Jahr 2015 einen hohen Auslastungsgrad.
- Die Angebote der Tagespflege sind laut Pflegedossier des MASGF unterdurchschnittlich gut ausgebaut.
- Es besteht Ausbaupotential für die alltagsunterstützenden Angebote (AUA).
- Für die Pflege werden 1.400 zusätzliche Beschäftigte bis zum Jahr 2040 benötigt.
- Potsdamer Seniorinnen und Senioren sind zufrieden mit der ärztlichen Versorgung in Potsdam (Note 2,4) und in ihrem jeweiligen Stadtteil (Note 2,3).
- 87% der 65- bis unter 80-Jährigen sind sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrem Leben (Anteil in den Sozialräumen zwischen 83% - 92%).
- 62% der 65- bis unter 80-Jährigen Potsdamer schätzen ihre persönliche Zukunft optimistisch oder eher optimistisch ein (Anteil in den Sozialräumen zwischen 45% - 70%).
- Rund ein Fünftel (18%) der Potsdamer zwischen 65- bis unter 80 Jahren überlegt in den nächsten zwei Jahren umzuziehen.
- 58% der Senioren in Potsdam nehmen ihre Wohnung bzw. ihr Haus als barrierearm wahr, 42% verneinen dies.
- Am wenigsten zufrieden in Hinblick auf Mobilität sind die 65- bis unter 80-Jährigen in Potsdam mit dem Zustand der Gehwege (Note 3,7), mit der Sicherheit der Radwege (3,8) und dem Autoverkehr (3,8).
- Am wenigsten zufrieden sind die 65- bis unter 80-Jährigen im eigenen Stadt-/ Ortsteil bzw. in Potsdam mit der öffentlichen Sicherheit/ Schutz vor Kriminalität (Note 3,8), der Sauberkeit auf Straßen und Plätzen (3,8 - 4,0), den Freizeiteinrichtungen für Senioren (3,4) und dem Wohnungsangebot (3,3 - 3,6).
- Weniger als ein Viertel der 65 bis unter 80-Jährigen Befragten in Potsdam nutzt die Einrichtungen: Bibliotheken (Nutzer der Einrichtung 19%), Vereine (22%), Sportanlagen (13%), Weiterbildungseinrichtungen (5%), Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten (10%), und Freizeiteinrichtungen für Senioren (16%).

Sozialraum 1 – Nördliche Ortsteile, Sacrow

- Sozialraum mit dem größten prozentualen Wachstum an Senioren. Die Anzahl der Senioren wird sich bis zum Jahr 2035 mehr als verdoppeln (Jahr 2017: 2.100 Senioren; Jahr 2035: 5.000).
- Sozialraum mit dem größten prozentualen Wachstum an Hochbetagten. Die Anzahl der Hochbetagten wird sich bis zum Jahr 2035 mehr als verdreifachen (Jahr 2017: 460 Senioren; Jahr 2035: 1.400).
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit der ärztlichen Versorgung (in Potsdam Note 2,9; im Sozialraum 3,4).
- Im Sozialraum ist die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr weniger ausgeprägt (Liniennetz Note 3,0; Taktzeiten 3,4). Zufriedenheit mit dem öffentlichem Nahverkehr (in Potsdam Note 2,4; im Sozialraum 3,5).
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit den Einkaufsmöglichkeiten/ der Nahversorgung (in Potsdam Note 2,2; im Sozialraum 3,4)
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit den Freizeiteinrichtungen für Senioren im Sozialraum (in Potsdam Note 3,4; im Sozialraum 3,8).
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit den kulturellen Einrichtungen und Angeboten im Sozialraum (in Potsdam Note 3,1; im Sozialraum 3,6).
- Sozialraum, in dem die Senioren folgende Einrichtungen wenig nutzen: Bibliotheken (Potsdam 19% Nutzer; Sozialraum 13%), Vereine (Potsdam 22%; Sozialraum 13%), Sportanlagen (Potsdam 13%; Sozialraum 7%), Weiterbildungsangebote (Potsdam 5%; Sozialraum 3%), Bürgerhäuser (Potsdam 10%; Sozialraum 3%), Freizeiteinrichtungen für Senioren (Potsdam 16%; Sozialraum 3%).

Sozialraum 2 – Potsdam Nord

- Sozialraum mit der jüngsten Wohnbevölkerung. Das Durchschnittsalter liegt bei 39,7 Jahren und damit ca. 2,5 Jahre unter dem Potsdamer Durchschnitt.
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit den Freizeiteinrichtungen für Senioren im Sozialraum (in Potsdam Note 3,4; im Sozialraum 4,0).
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit den kulturellen Einrichtungen und Angeboten im Sozialraum (Potsdam Note 3,1; im Sozialraum 3,2).
- Sozialraum, in dem die Senioren Freizeiteinrichtungen für Senioren wenig nutzen (Potsdam 16%; Sozialraum 9%).

Sozialraum 3 – Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte

- Sozialraum mit der größten Anzahl Senioren in Potsdam (Jahr 2017: 8.200 Senioren, Jahr 2035: 10.350 Senioren).
- Sozialraum mit der größten Anzahl Hochbetagter in Potsdam (Jahr 2017: 2.700 Hochbetagte, Jahr 2035: 3.200 Hochbetagte).
- Sozialraum mit der größten Anzahl an Senioren Wohngeldhaushalten in der Stadt (Jahr 2017: 152 Haushalte).
- Sozialraum mit einer hohen Anzahl an Wohnberechtigungsbescheinigungen für Senioren (Jahr 2017: 89 WBS-Bescheide).
- Die Senioren im Sozialraum leben überwiegend als Mieter oder Untermieter in einer Wohnung oder Haus.

Sozialraum 4 – Babelsberg, Zentrum Ost

- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit der Sauberkeit auf Straßen und Plätzen im Sozialraum (in Potsdam Note 3,8; im Sozialraum 4,1).
- Sozialraum, in dem die Senioren folgende Einrichtungen wenig nutzen: Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten (Potsdam 10%; Sozialraum 4%).

Sozialraum 5 – Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

- Sozialraum mit der ältesten Wohnbevölkerung. Das Durchschnittsalter liegt bei 44,1 Jahren und damit ca. 2 Jahre höher im Vergleich zu ganz Potsdam.
- Sozialraum mit einem geringen Haushaltsnettoeinkommen bei den 65- bis unter 80-Jährigen mit 2.000 € im Median und einem hohen Anteil an Empfängern von Grundsicherung (SGB XII) mit ca. 4%.
- Die Senioren im Sozialraum leben überwiegend als Mieter oder Untermieter in einer Wohnung oder Haus.
- 48% der Senioren im Sozialraum halten ihre Wohnung für nicht geeignet, um auch im Alter bzw. mit möglichen körperlichen Einschränkungen weiterhin dort zu leben.
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit der öffentlichen Sicherheit/ Schutz vor Kriminalität im Sozialraum (in Potsdam Note 3,8; im Sozialraum 4,0).
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit der Sauberkeit auf Straßen und Plätzen im Sozialraum (in Potsdam Note 3,8; im Sozialraum 4,3).
- Sozialraum, in dem die Senioren folgende Einrichtungen wenig nutzen: Bibliotheken (Potsdam 19% Nutzer; Sozialraum 13%), Sportanlagen (Potsdam 13%; Sozialraum 9%), Weiterbildungsangebote (Potsdam 5%; Sozialraum 3%), Bürgerhäuser (Potsdam 10%; Sozialraum 5%).

Sozialraum 6 – Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

- Sozialraum, der im Jahr 2035 die größte Anzahl Hochbetagter in Potsdam haben wird (Jahr 2017: 2.200 Hochbetagte, Jahr 2035: 3.300 Hochbetagte).
- Sozialraum mit einer hohen Anzahl an Seniorinnen und Senioren Haushalten in der Stadt (Jahr 2017: 158 Haushalte).
- Sozialraum mit einem geringen Haushaltsnettoeinkommen bei den 65- bis unter 80-Jährigen mit 1.850 € im Median und einem hohen Anteil an Empfängern von Grundsicherung (SGB XII) mit ca. 4%.
- Die Senioren im Sozialraum leben überwiegend als Mieter oder Untermieter in einer Wohnung oder Haus.
- 58% der Senioren im Sozialraum halten ihre Wohnung für nicht geeignet, um auch im Alter bzw. mit möglichen körperlichen Einschränkungen weiterhin dort zu leben.
- Im Sozialraum ist die Zufriedenheit mit den Gehwegen und den Straßenquerungsmöglichkeiten weniger ausgeprägt (Zustand der Gehwege Note 3,9, Sicherheit der Gehwege 3,8, Straßenquerungsmöglichkeiten 3,4).
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit der öffentlichen Sicherheit/ Schutz vor Kriminalität im Sozialraum (in Potsdam Note 3,8; im Sozialraum 4,2).
- Sozialraum, in dem die Senioren weniger zufrieden sind mit der Sauberkeit auf Straßen und Plätzen im Sozialraum (in Potsdam Note 3,8; im Sozialraum 4,0).

4. Evaluation der Ziele und Maßnahmen des Seniorenplans 2016

Im Potsdamer Seniorenplan 2016 wurden Ziele und Maßnahmen zu verschiedenen Handlungsfeldern, die relevant für Seniorinnen und Senioren sind festgelegt. Die Maßnahmen werden im Folgenden jeweils einzeln evaluiert.

4.1. Ziele 2016 – Gesundheitliche Versorgung

Ziel G1	In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es vielfältige, ausreichende und geeignete Angebote, um die Gesundheit älterer Bürgerinnen und Bürger zu fördern, zu erhalten und wiederherzustellen
<i>Maßnahme (G1.1)</i>	Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit im Themenfeld Prävention
<i>Maßnahme (G1.2)</i>	Verbesserung der Zahngesundheit bei älteren, pflegebedürftigen Menschen

Der Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst der Stadtverwaltung Potsdam hat in den vergangenen Jahren regelmäßig die Broschüre „Wegweiser Gesundheit“ herausgegeben. Hier werden die Bürgerinnen und Bürger mit umfangreichen Übersichten von niedergelassenen Ärzten, Hebammen, Apotheken und Krankenhäusern sowie interessante redaktionelle Beiträge und viel Wissenswertes zu den Themen Gesundheit, Alterspflege sowie Tipps zu gesundheitlichen Leistungen in der Landeshauptstadt Potsdam informiert.

In Zusammenarbeit mit einer Kommunikationsagentur und den ansässigen Unternehmen im gesundheitlichen Bereich ist ein informatives Nachschlagewerk für Bürgerinnen und Bürger rund um das Thema Gesundheit und Bürgerservice entstanden. Die Gesundheitsinformationen- und -angebote im "Wegweiser Gesundheit" stellen eine sinnvolle Handreichung für die Potsdamerinnen und Potsdamer da. Auch den professionell und ehrenamtlich Tätigen kann der Wegweiser eine Orientierungshilfe auf der individuellen Suche nach dem geeigneten Weg zu mehr Gesundheit sein.

Eine zeitgemäße Anpassung der Gesundheitsbroschüre in inhaltlicher und gestalterischer Form, ist gemeinsam mit dem Bereich Presse und Kommunikation in Planung.

Für die Umsetzung der zusätzlichen Maßnahme G1.2, neben den pflichtigen Aufgaben, durch den Zahnärztlichen Dienst der Landeshauptstadt Potsdam bis zum Jahr 2020 werden zusätzliche personelle Ressourcen benötigt (vgl. 5.2.2. Handlungsansätze zur gesundheitlichen Versorgung).

Ziel G2	Die Landeshauptstadt Potsdam wirkt auf eine gute medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung für die älteren Bürgerinnen und Bürger hin
<i>Maßnahme (G2.1)</i>	Stärkung des Netzwerks „Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam“
<i>Maßnahme (G2.2)</i>	Ausbau der bestehenden Unterstützungs- und Entlastungsangebote

Das Netzwerk "Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam" hat sich im Jahr 2006 mit dem Ziel gegründet, die Zusammenarbeit zwischen den Diensten und Einrichtungen zum Wohle der älteren Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Mit mittlerweile über 50 Akteuren aus den Bereichen Bildung, Seniorenvertretung, ambulante Dienste, stationäre Einrichtungen, Beratungsstellen, Wohnungsunternehmen und Stadtverwaltung ist eine gute Basis für gemeinsame Vorhaben entstanden. Ziel des Netzwerkes ist es, Potsdamerinnen und Potsdamern ein selbstbestimmtes, würdevolles Alter(n) zu ermöglichen. Das bedeutet, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen ältere Menschen ihre Kompetenzen einbringen und weiterentwickeln können. Darüber hinaus ist vereinbart, die Zusammenarbeit zwischen den Trägern, Anbietern und Einrichtungen für ältere Menschen und deren Angehörigen in sozialen, gesundheitlichen Krisensituationen nachhaltig zu verbessern. Das Netzwerk will ein qualifiziertes und bedürfnisorientiertes Versorgungsnetzwerk sein, das allen älteren Potsdamerinnen und Potsdamern gleichermaßen offen steht.

Im Jahr 2018 wurden für das Netzwerk Fördermittel für eine Netzwerkkoordination durch den Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V. bei den Pflegekassen beantragt. Die Landeshauptstadt Potsdam fördert zudem das Netzwerk durch eine Kofinanzierung.

Im Netzwerk „Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam“ gab es den Arbeitskreis „Lokale Pflegestrukturen und Bedarfe“, der sich intensiv mit der Thematik der Bereitstellung einer leistungsfähigen, wirtschaftlichen und zahlenmäßig ausreichenden pflegerischen Versorgungsstruktur auseinandergesetzt hat. Nach der Neuausrichtung des Netzwerkes in 2018 besteht dieser Arbeitskreis nicht weiter. Eine Bedarfsermittlung für Entlastungsangebote in der Stadt ist in den Handlungsansätzen (vgl. 5.1.1. Handlungsansätze zur pflegerischen Versorgung) hinterlegt.

Die Landeshauptstadt Potsdam fördert sozial- sowie gesundheitsfürsorgende Projekte mit derzeit jährlich rund 1,3 Millionen Euro über die Förderung Freier Träger und Selbsthilfegruppen. Das Ziel der Förderung ist die nachhaltige Weiterentwicklung und Erhaltung der sozialen und gesundheitsfördernden Strukturen in der Landeshauptstadt Potsdam, die Ermöglichung der sozialen Chancengleichheit und der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, der Abbau von Ausgrenzung und Benachteiligung,

die Stärkung und Mobilisierung der individuellen Ressourcen sowie der Hilfe zur Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements. Über die Förderung Freier Träger wurden in 2018 Selbsthilfegruppen für die Unterstützung von Betroffenen und ihren Angehörigen gefördert, Beratungsstellen, Netzwerke zur Begleitung von pflegenden Angehörigen, Freiwilligen- und Helferkreise sowie verschiedenen Betreuungsgruppen. Diese Angebote gelten für alle Altersgruppen in der Landeshauptstadt Potsdam und damit auch für die ältere Bevölkerung.

Ziel G3	In der Landeshauptstadt Potsdam sind Demenzerkrankungen erkannt und Menschen mit einer demenziellen Erkrankung angemessen versorgt.
<i>Maßnahme (G3.1)</i>	Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema Demenz
<i>Maßnahme (G3.2)</i>	Etablierung einer speziellen Einrichtung für Menschen mit einer schweren Demenz

In Potsdam engagieren sich die Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e.V und der Landesausschuss für Innere Mission (LAFIM) – Fachberatungsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörige für das Thema Demenz. Es werden u.a. Kurse zur Unterstützung für Angehörige von Menschen mit Demenz durchgeführt als ein Angebot der Pflegekasse bei der BARMER in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Demenz für das Land Brandenburg und dem LAFIM Dienste für Menschen im Alter gemeinnützige GmbH.

In Zusammenarbeit mit dem Museumsverband Brandenburg und durch Unterstützung des MASGF werden seit dem 1. Halbjahr 2018 Museumsbesuche für Menschen mit Demenz deren pflegende Angehörige und/oder Betreuerinnen bzw. Betreuer realisiert. Das Konzept, mit den Museumsbesuchen alle Sinne anzusprechen und Erinnerungen zu wecken ist dabei gut angenommen worden, so dass das Projekt weiter fortgeführt wird.

Als ein wichtiger Kooperationspartner für die Stadt Potsdam zur Umsetzung der Maßnahme G 3.1 fungiert das Netzwerk *Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam*. Auf Grund der Neuausrichtung des Netzwerkes wird ein Projekt der Landeshauptstadt Potsdam zum Thema Demenz in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk erst in Zukunft erarbeitet (vgl. 5.1.1. Handlungsansätze zur pflegerischen Versorgung).

Derzeit wird ein alternatives Wohnkonzept für demenzerkrankte Menschen diskutiert. Nach aktuellen Sachstand könnte dies bspw. im Potsdamer Norden etabliert werden.

4.2. Ziele 2016 – Wohnen und Zusammenleben

Im Handlungsfeld Wohnen und Zusammenleben wurden im Potsdamer Seniorenplan von 2016 folgende fünf Ziele entwickelt:

- Ziel (W 1) In der Landeshauptstadt macht die Lokalpolitik ihren Einfluss auf bezahlbare Mieten geltend.
- Ziel (W 2) In der Landeshauptstadt Potsdam wird die Anzahl der bedarfsgerechten und integrierten Projekte auf Grundlage der 2014 geschlossenen Vereinbarung zur Mietraumförderung erhöht.
- Ziel (W 3) In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es anbieterübergreifende, neutrale Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstrukturen
- Ziel (W 4) In der Landeshauptstadt Potsdam wird das Wohnumfeld generationenfreundlich und barrierearm gestaltet.
- Ziel (W 5) In der Landeshauptstadt Potsdam wird der bestehende Wohnraum sukzessive generationenfreundlich und barrierearm gestaltet.

Diese Ziele wurden in einem Aktionsplan im Jahre 2017 konkretisiert und aktualisiert. Sie sind weiterhin gültig und werden nachfolgend dargestellt.

Das erste Ziel des Handlungsfeld Wohnen und Zusammenleben beschäftigt sich mit dem Thema bezahlbare Mieten. Hierfür wurde im Potsdamer Seniorenplan folgende Maßnahme abgeleitet:

Ziel W 1	In der Landeshauptstadt macht die Lokalpolitik ihren Einfluss auf bezahlbare Mieten geltend.
<i>Maßnahme (W 1.1)</i>	Wohnungspolitische Sprecherinnen bzw. Sprecher werden etabliert

Die Maßnahme ist insoweit bereits umgesetzt, als im Zuge der Gründung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen der Landeshauptstadt Potsdam wohnungspolitische Sprecherinnen und Sprecher durch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung benannt wurden.

Zu klären war aber, wie mit den wohnungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern das Ziel, auf das sich die Maßnahme bezieht, thematisiert werden könnte. Daher wurde im Februar 2018 auf Initiative des Seniorenbeirats eine Gesprächsrunde mit den wohnungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Stadtverordnetenversammlung zum Thema Wohnraumversorgung von älteren Haushalten anlässlich der Beschlussfassung zum Aktionsplan einberufen. Der Termin diente dazu, einen einheitlichen Informationsstand zum Thema herzustellen, für die Bedarfe der Zielgruppe zu sensibilisieren und die Umsetzung von Maßnahmen vorzubereiten, die einer Beschlussfassung der Stadtverordneten bedürfen.

Mit dem zweiten Ziel des Handlungsfelds Wohnen und Zusammenleben sollen gemeinschaftliche Projekte im Bereich des bedarfsgerechten und integrierten Wohnens für Seniorinnen und Senioren gefördert werden. Hierfür wurde im Seniorenplan folgende Maßnahme abgeleitet:

Ziel (W 2)	In der Landeshauptstadt Potsdam wird die Anzahl der bedarfsgerechten und integrierten Projekte auf Grundlage der 2014 geschlossenen Vereinbarung zur Mietraumförderung erhöht.
<i>Maßnahme (W 2.1)</i>	Die Landeshauptstadt Potsdam informiert und berät umfassend über das Angebot der Mietraumförderung. Es werden Interessierte zur Inanspruchnahme der Förderung ermutigt und gemeinschaftliche Wohnprojekte realisiert.

In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es bereits seit langem Beratungen zur Wohnraumförderung. In den Geschäftsbereichen 3 und 4 führen die Bereiche Wohnen und Stadtentwicklung individuelle Beratungen von interessierten Bauherren durch, daneben wird zweimal im Jahr im Rahmen des Bündnisses für Wohnen das Investorentreffen mit dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam durchgeführt, in dem regelmäßig auch ein Austausch zur Wohnraumförderung des Landes erfolgt. Insofern wäre die Maßnahme als bereits umgesetzt zu betrachten.

In der Umsetzung des Seniorenplans wurden jedoch mit Blick auf den für die Zielerreichung festgelegten Indikator festgehalten, dass entsprechende Wohnprojekte mit Fördermitteln bislang noch nicht entstanden sind. Zwar wurde in der Vereinbarung zur Wohnraumförderung mit dem Land Brandenburg aus dem Jahr 2014 festgelegt, dass ein Anteil von 10 Prozent der Fördermittel für Wohnprojekte bereitgestellt wird. Die Förderbedingungen für die Mietwohnraumförderung sind nach Auffassung der Arbeitsgruppe jedoch nicht auf Wohnprojekte für ältere Menschen anwendbar. Schwierigkeiten bereitet insbesondere, dass Gemeinschaftsflächen nicht förderfähig sind, wenn sie über einen Träger angemietet werden. Auch die Schaffung abgeschlossener Wohneinheiten als Bedingung für die Inanspruchnahme von Fördermitteln bereitet Schwierigkeiten beim Bau von für Wohnprojekte geeigneten Objekten.

Im Bestand wiederum sind Wohnprojekte nur selten umsetzbar, auch weil die hohen Anforderungen des vorbeugenden Brandschutzes für ältere und mobilitätseingeschränkte Haushalte (Selbstrettungsmöglichkeiten) dies erschweren. Im Ergebnis der Beratung wurde deutlich, dass die Wohnraumförderung (derzeit noch) nicht das geeignete Instrument zur Schaffung von Wohnprojekten ist bzw. der Ergänzung durch weitere Fördermaßnahmen bedarf.

Intention des dritten Zieles im Handlungsfeld Wohnen und Zusammenleben ist der Aufbau einer Wohnberatungsstruktur. Hierfür wurde im Potsdamer Seniorenplan untenstehende Maßnahme formuliert:

Ziel (W 3)	In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es anbieterübergreifende, neutrale Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstrukturen
<i>Maßnahme (3.1)</i>	Einrichtung einer fachübergreifenden Wohnberatungsstelle

Die einzurichtende Beratungsstelle soll zielgruppenübergreifend arbeiten und sich insbesondere auch an die Zielgruppen des Teilhabeplans und des wohnungspolitischen Konzepts richten. Die Beratungsangebote sollen sich also nicht ausschließlich, aber auch an Seniorinnen und Senioren richten.

Die Funktionen der Beratungsstelle sollen sich konzentrieren auf die

- Erstberatung von Bürgerinnen und Bürgern,
- Übernahme einer Lotsenfunktion zur Vermittlung an die entsprechenden Fachberatungen,
- Fallbegleitung von Vorhaben,
- Vernetzung bestehender Beratungsangebote und die
- Informationsarbeit.

Es gibt verschiedene Varianten der Umsetzung, entweder verwaltungsintern oder durch Vergabe an Externe. Die Arbeitsgruppe war sich darüber einig, dass angesichts der Vielfalt an Themen, die in einer Beratungsstelle zusammengeführt werden sollen, eine entsprechende Qualifikation des Personals ein entscheidender Erfolgsfaktor sein wird. Es werden Kosten in jährlich fünfstelliger Höhe mit dieser Maßnahme verbunden sein, durch Sachkosten für Raum, Material und Veranstaltung sowie entweder durch Einrichtung zusätzlicher Personalstellen in der Landeshauptstadt Potsdam oder Übernahme der Personalkosten bei einem Auftragnehmer.

Die Maßnahme ist bislang noch nicht umgesetzt.

Ein barrierefreies und seniorenrechtliches Wohnumfeld ist Inhalt des vierten Zieles des Handlungsfeldes Wohnen und Zusammenleben. Hierfür wurde untenstehende Maßnahme abgeleitet:

Ziel (W 4)	In der Landeshauptstadt Potsdam wird das Wohnumfeld generationenfreundlich und barrierearm gestaltet.
<i>Maßnahme (4.1)</i>	Die generationenfreundliche und barrierearme Gestaltung von öffentlichen Wegen und Straßen erfolgt sukzessive.

Die Umsetzung der Maßnahme wurde begonnen, indem beispielsweise mit Fördermitteln der „Sozialen Stadt“ Gehwegabsenkungen im Programmgebiet Stern durchgeführt wurden. Die Umsetzung ist aber zum einen vom Vorhandensein von Fördergebietskulissen abhängig und zum anderen nicht in eine Gesamtstrategie zur generationenfreundlichen und barrierearmen Ausgestaltung des Wohnumfeldes in den Quartieren eingebettet.

Die Maßnahme sollte mit Maßnahme 2.F des wohnungspolitischen Konzepts zur Entwicklung von Demographiestrategien auf Quartiersebene verknüpft werden, um eine Grundlage für den bedarfsgerechten und abgestimmten Mitteleinsatz zu schaffen. Sie steht außerdem in Bezug zu den Maßnahmen des Zielbereichs 3 im Lokalen Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam, insb. von Teilziel 3.6. – Barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Wegen und Plätzen.

Die barrierefreie und seniorenfreundliche Umwandlung des Wohnbestandes wird im fünften Ziel des Handlungsfelds Wohnen und Zusammenleben fokussiert. Folgende Maßnahme wurde im Potsdamer Seniorenplan hierfür abgeleitet:

Ziel (W 5)	In der Landeshauptstadt Potsdam wird der bestehende Wohnraum sukzessive generationenfreundlich und barrierearm gestaltet.
<i>Maßnahme (5.1)</i>	Die bestehende Musterwohnung wird beibehalten.

Die Musterwohnung der ProPotsdam auf dem Kiewitt wurde baulich-technisch seit einiger Zeit nicht weiterentwickelt. Die Besucherzahlen sind gering. Sie richtet sich bislang ausschließlich an Mieterinnen und Mieter der ProPotsdam.

Über die Maßnahme hinaus sieht die Arbeitsgruppe weitere Schritte zur Zielerreichung als erforderlich an. Damit sind insbesondere die sukzessive generationengerechte Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes durch Anpassungen in den Wohnungen, hier insbesondere in den Bädern und die Suche nach (brandschutzgerechten und nutzerfreundlichen) Lösungen für den zunehmenden Bedarf an Abstellmöglichkeiten für Hilfsmittel wie Rollatoren gemeint.

4.3. Ziele 2016 – Kommunikation, Bildung, Begegnung und Arbeit im Ruhestand

Im Seniorenplan 2016 wurden neben Gesundheit und Wohnen im Alter auch Ziele für die Bereich Kommunikation, Bildung und Begegnung (K) sowie Arbeit im Ruhestand (A) festgelegt, die nachfolgend evaluiert werden.

Ziel (K 1)	Die Landeshauptstadt Potsdam schafft qualitative Anforderungen für die Angebote in den Begegnungszentren, um die Lebenswelten der Generationen zusammen zu bringen. Die Förderung freier Träger bleibt im Rahmen der Haushaltslage bestehen.
<i>Maßnahme (1.1)</i>	Die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt einheitliche Qualitätsstandards sowie einen strukturierten Sachbericht für die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser.

Die Seniorenfreizeitstätten werden u.a. über die Förderung freier Träger finanziert. Teil des Bewilligungsbescheides ist der Verwendungsnachweis in Form eines strukturierten Sachberichts, der angebotsbezogen standardisiert ist. Derzeit überarbeitet die Landeshauptstadt Potsdam die Richtlinie zur Förderung der freien Träger in der Stadt. Diese Richtlinie soll ab dem Haushaltsjahr 2020 gültig sein.

Ziel (K 2)	Die Landeshauptstadt Potsdam soll positive Anreize setzen, um die Eigeninitiative älterer Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.
<i>Maßnahme (2.1)</i>	Die Landeshauptstadt Potsdam sichert die personelle Besetzung des Seniorenbüros.

Seit Sommer 2017 wird der Beirat für Senioren der Landeshauptstadt Potsdam personell durch die Landeshauptstadt Potsdam in seiner Arbeit und Organisation unterstützt. Die personelle Unterstützung soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Ziel (K 3)	Die Landeshauptstadt Potsdam wirkt auf die Vorhaltung eines vielfältigen Bildungsangebotes für Seniorinnen und Senioren hin.
<i>Maßnahme (3.1)</i>	Übersicht und Erhaltung der Vielfalt und Qualität

Die Volkshochschule im Bildungsforum ist das kommunale Weiterbildungszentrum der Landeshauptstadt Potsdam. Sie bietet ein breites Spektrum an Bildungsmöglichkeiten für die unterschiedlichsten Zielgruppen an. Seniorinnen und Senioren können an allen Kursen (Fremdsprachen, Bewegung und Entspannung, Kultur und Gestaltung, Computer) teilnehmen. Es gibt auch eine Vielzahl von Kursen (Umgang mit Computer, Tablet und

Smartphone), die speziell auf die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren zugeschnitten sind. Ältere Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, sind als Lernhelfer bzw. Lernhelferinnen in der Lernwerkstatt Deutsch oder in unserem Grundbildungszentrum willkommen. Dort können Menschen mit Migrationshintergrund kostenlos ihre Deutschkenntnisse verbessern.

Des Weiteren bringt die Stadt halbjährlich die Broschüre „Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam“ online und in gedruckter Fassung heraus, in der auf ein breites Bildungs- und Veranstaltungsangebot für Senioren in den verschiedenen Einrichtungen der Stadt hingewiesen wird. Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt zudem über den Seniorenbeirat die Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ bei der jährlichen Herausgabe einer Anthologie.

Ziel (K 4)	In der Landeshauptstadt Potsdam nehmen ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teil. Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich mit der Isolation älterer Bürgerinnen und Bürger und deren Folgen auseinander und entwickelt Handlungsstrategien zum Umgang damit.
<i>Maßnahme (4.1)</i>	Erstellung eines Konzeptes zur Förderung der Mobilität unter der Berücksichtigung der Handlungsstrategien zum Umgang mit Isolation.
<i>Maßnahme (4.2)</i>	Begegnungsräume im Stadtteil besser bewerben und attraktiv gestalten.

Die Maßnahme 4.1. wurde bisher noch nicht begonnen umzusetzen. Die aufgeführte Maßnahme wird daher im Rahmen der aufgeführten Handlungsansätze berücksichtigt.

Die Landeshauptstadt Potsdam erstellt regelmäßig die Broschüre „Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren“ und stellt sie an geeigneten Auslagen in der Stadt zur Verfügung.

Ziel (A 1)	Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich mit den Folgen der Altersarmut auseinander und entwickelt Handlungsstrategien und Maßnahmen zum Umgang mit dieser Entwicklung.
<i>Maßnahme (1.1)</i>	Armut- und Reichtumsberichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung etablieren.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat im Jahr 2018 den Regionalen Sozialbericht für Berlin und Brandenburg 2017 herausgegeben. In diesem wird ein Indikatorensystem der Europäischen Union zum Thema soziale Sicherheit und soziale Integration genutzt um ein umfassendes Abbild der sozialen Lage der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg aufzustellen. Weitere relevante Indikatoren, beispielsweise zur sozialen Mindestsicherung, wurden ergänzt. Damit wird neben dem Konzept der relativen Armut auch das Konzept der bekämpften Armut dargestellt [19].

Im Regionalen Sozialbericht 2017 werden nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten (u.a. Potsdam) Angaben zur

- Einkommensarmut
- Einkommensverteilung
- Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen
- Qualifikationsniveau
- Erwerbsbeteiligung und zur
- Mittleren Mietbelastungsquote

für das Berichtsjahr 2016 gefertigt. Den Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt, den anderen Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten sowie den Berliner Bezirken kann die Landeshauptstadt Potsdam nutzen, um die eigenen Ergebnisse aus dem Bericht einzuordnen.

Ziel (A 2)	In der Landeshauptstadt Potsdam wird eine Erhebung zu den Erfahrungen von Unternehmen mit „Beschäftigung von Potsdamern und Potsdamern im Ruhestand“ durchgeführt. Eine Zusammenarbeit mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden wird angestrebt.
<i>Maßnahme (2.1)</i>	In der Landeshauptstadt Potsdam werden Kompetenzen von Unternehmen erhoben.

Laut Statistischem Bundesamt waren im Jahr 2016 bundesweit 11 % der 65- bis 74-Jährigen erwerbstätig [20]. Auf die Landeshauptstadt Potsdam heruntergebrochene Zahlen konnten nicht recherchiert werden.

In Potsdam fanden als erster Schritt zum Thema der Beschäftigung der älteren Menschen in Potsdam erste Recherchen statt. Im Ergebnis wurde deutlich, dass das Thema noch nicht die breite Aufmerksamkeit erreicht hat. Grund hierfür sind u.a. gesetzlich normierte Zuständigkeiten in den Sozialgesetzbüchern (SGB II und III), die beispielsweise eine Zuständigkeit der Agentur für Arbeit lediglich bis zum Eintritt ins Rentenalter festlegt. Aktuell werden alternative Zugänge und Beiträge zu diesem Thema recherchiert.

5. Handlungsansätze zum Angebot an die ältere Bevölkerung

In diesem Kapitel werden die aktuellen Aktivitäten der Landeshauptstadt Potsdam untergliedert in die drei Handlungsfelder (gesundheitliche Versorgung, pflegerische Versorgung sowie Wohnen und Wohnumfeld) kurz erläutert. Auf Grundlage des *Siebten Altenberichts*, der *Forderungen der BAGSO* sowie der Auswertung der statistischen Daten der Senioren in der Stadt werden Handlungsansätze zum Angebot zur Verbesserung der Lebenssituation der älteren Bevölkerung in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt und vorgestellt.

5.1. Pflegerische Versorgung

Die Pflegekassen sind für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung ihrer Versicherten verantwortlich, so dass die Landeshauptstadt nur bedingt Handlungsmöglichkeiten hat. Die Pflegekassen arbeiten mit allen an der pflegerischen, gesundheitlichen und sozialen Versorgung Beteiligten eng zusammen und wirken, insbesondere durch Pflegestützpunkte auf eine Vernetzung der regionalen und kommunalen Versorgungsstrukturen hin, um eine Verbesserung der wohnortnahen Versorgung pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen zu ermöglichen (§ 12 SGB XI Aufgaben der Pflegekassen). Neben den Pflegekassen initiiert die Landeshauptstadt Potsdam weitere Unternehmungen und Ideen um die pflegerische Versorgung in der Stadt sicherzustellen, die im folgenden kurz vorgestellt werden.

Pflegestützpunkt der Landeshauptstadt Potsdam (gemeinsame Einrichtung der Landeshauptstadt Potsdam und der Pflegekassen)

Der Pflegestützpunkt der Landeshauptstadt Potsdam ist eine neutrale Beratungsstelle für Menschen, die Informationen aus einer Hand rund um das komplexe Thema Pflege benötigen. Hier finden Pflegebedürftige, von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen, Behinderte, Angehörige und Professionelle, wie auch ehrenamtliche Helfer sowie alle Interessierten sachkundige Ansprechpartner. Der Pflegestützpunkt berät dabei umfassend, kostenlos und unabhängig. Ziel ist die fachliche Begleitung bei individuellen Fragen rund um das Thema Pflege [21].

Im Jahr 2017 wurde der Potsdamer Pflegestützpunkt mit zwei weiteren Mitarbeitenden aufgestockt, so dass nun insgesamt vier Ansprechpartnerinnen für Beratungen zur Verfügung stehen.

Modellprojekt: Qualitätssicherung von Beratungsbesuchen in der Landeshauptstadt Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam hat das vom MASGF geförderte Modellprojekt „Qualitätssicherung von Beratungsbesuchen nach § 37 Abs. 3 Sozialgesetzbuch XI in der Landeshauptstadt Potsdam“ in den Jahren 2016 und 2017 durchgeführt [22]. Die in dem

Gesetz festgelegten Beratungsbesuche dienen der Sicherung der Qualität der häuslichen Pflege und der regelmäßigen Hilfestellung und praktischen pflegfachlichen Unterstützung der häuslich Pflegenden [22].

Pflegebedürftige, die Pflegegeld beziehen, müssen bei Pflegegrad 2 und 3 einmal halbjährlich sowie bei Pflegegrad 4 und 5 einmal vierteljährlich eine Beratung in der eigenen Häuslichkeit in Anspruch nehmen. Pflegebedürftige, die Pflegesachleistungen in Anspruch nehmen, und Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 haben Anspruch, diese Beratungsbesuche einmal halbjährlich abzurufen. Diese Beratungsbesuche dienen der Sicherung der Qualität der häuslichen Pflege [23].

Diese Beratungsbesuche werden derzeit hauptsächlich durch Pflegefachkräfte durchgeführt, die bei ambulanten Pflegediensten beschäftigt sind und bilden damit den wichtigsten Zugang zur Gruppe der Gepflegten und den pflegenden Angehörigen. Damit kommt den Beratungsbesuchen eine Schlüsselrolle für die Information und Beratung pflegender Angehöriger und die Gestaltung und Qualitätssicherung auf Pflegegeld beruhender häuslicher Pflegearrangements zu [22].

Für die Durchführung dieser Beratungsbesuche gab es in der Vergangenheit in Potsdam keine verbindlichen Standards. Im Rahmen des Modellprojekts wurde der in Berlin entwickelte Beratungsleitfaden weiterentwickelt und auf seine Praktikabilität und den potentiellen Nutzen überprüft. Empirisch konnte belegt werden, dass der Beratungsleitfaden dazu geeignet ist, den Beratungsbesuch zu unterstützen. Eine weitergehende Überlegung des Modellprojektes wäre es, die Beratungsbesuche mittels eines solchen Beratungsleitfadens zu standardisieren [22].

Im Jahr 2018 gab es mit den Projektbeteiligten einen weiteren Austausch zu möglichen Folgeprojekten der Projektgruppe und der weiteren Vorgehensweise. Über ein konkretes Projekt kann an dieser Stelle noch nicht berichtet werden.

Runder Tisch ambulante Pflege

Der von der Landeshauptstadt Potsdam einberufene Runde Tisch ambulante Pflege dient dem Austausch und der Kooperation der Potsdamer Pflegedienste untereinander sowie den Pflegekassen mit der Landeshauptstadt Potsdam. Über eine Fortführung des Runden Tisch ambulante Pflege wird derzeit beraten.

Lauffest der Landeshauptstadt Potsdam

Die Landeshauptstadt organisiert seit 14 Jahren das Lauffest mit mehr als 3.000 Läufern zugunsten der kommunalen "Stiftung Altenhilfe Potsdam". Die Stiftung wurde mit dem Zweck gegründet, Potsdamer Senioren und Seniorinnen in schwierigen wirtschaftlichen Situationen, die durch die Sozialgesetzgebung nicht abgefangen werden, zu unterstützen.

Zusammenarbeit mit der Fachstelle Altern und Pflege im Quartier (FAPiQ)

Die Landeshauptstadt Potsdam arbeitet eng mit der Fachstelle Altern und Pflege im Quartier (FAPiQ) zusammen. FAPiQ berät beispielsweise die Landeshauptstadt Potsdam zum § 45 SGB XI Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen sowie zum § 45a SGB XI Angebote zur Unterstützung im Alltag, zur Pflegesituation in der Stadt und zu Nachbarschaftsplattformen.

FAPiQ unterstützte das Netzwerk „Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam“ und hat den interkommunalen Erfahrungsaustausch zum SAHRA Projekt mit dem GeWINO [18] initiiert.

Pflegekasse AOK Nordost

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich mit der Pflegekasse AOK Nordost über die Ziele und Pläne zur weiteren Sicherstellung der pflegerischen Versorgung ihrer Versicherten in Potsdam abgestimmt. Die Pflegekasse zeigte sich offen und kooperativ gegenüber dem Vorschlag, die Beratung für Seniorinnen und Senioren zum Thema Pflege und Wohnen in der Stadt auszuweiten (siehe auch 5.2.2. Leitgedanken zur pflegerischen Versorgung).

Zusammenarbeit Landeshauptstadt Potsdam mit dem Gesundheitswissenschaftlichen Institut Nordost (GeWINO)

Die Landeshauptstadt Potsdam arbeitet eng mit dem Gesundheitswissenschaftlichen Institut Nordost (GeWINO) der AOK Nordost zur „Bereitstellung von Pflegekennzahlen zur Entwicklung des regionalen Pflegebedarfs für die Landeshauptstadt Potsdam“ im Rahmen des SAHRA Programmes (Smart Analysis Health Research Access) zusammen. Gemeinsames Ziel ist es, die Pflegeplanung der Stadt Potsdam mit Kennzahlen der AOK zu unterstützen (siehe auch 3.5.2.).

Die Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit dem GeWINO im Rahmen des SAHRA Projektes soll auch in Zukunft fortgeführt werden. Eine Ausweitung des Projektes hin zur Analyse von einzelnen Sozialräumen in Potsdam sowie die Berechnung von Prognosen ist angedacht.

Netzwerk „Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam“

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Netzwerk und arbeitet eng mit dem Netzwerk zusammen. Die Koordination des Netzwerkes wurde von 2006 bis 2018 von der Landeshauptstadt Potsdam übernommen. Ab 2018 soll die Netzwerkkoordination über Fördermittel extern vergeben werden.

Im Netzwerk Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam gibt es derzeit vier Arbeitskreise: Ehrenamt/ Quartiersmanagement, Zuständigkeiten in Potsdam, Zusammenarbeit/ Versorgung und Netzwerkstruktur/ Kommunikation. Außerdem hat das Netzwerk eine Steuerungsgruppe, die die Arbeit im Netzwerk mit koordiniert.

Seniorenbeirat

Der Seniorenbeirat ist eine Einrichtung der ehrenamtlich tätigen Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Potsdam und wird von der Stadtverwaltung Potsdam unterstützt. Er ist die Vertretung der Interessen und gesellschaftlichen Belange der Gruppe der Seniorinnen und Senioren im Stadtgebiet Potsdams und nimmt regelmäßig am Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion teil. Der Seniorenbeirat koordiniert, informiert und berät Privatpersonen und fungiert als Ansprechpartner für alle Parteien, Organisationen, Verbände, Vereine, Gruppen und seniorenrelevante Einrichtungen der Stadt. Der Seniorenbeirat bietet zwei thematische Sprechstunden an zu den Fragen des Wohnens und sozialen Anliegen und organisiert die jährlich stattfindende Seniorenwoche in der Stadt.

Im Seniorenbeirat gibt es derzeit folgende Arbeitsgruppen: Wohnen im Alter, Gesundheit und Soziales, Mobilität und Sicherheit, Brandenburgische Seniorenwoche, Öffentlichkeitsarbeit und Gratulationen.

5.1.1. Handlungsansätze zur pflegerischen Versorgung

Die durchnummerierten BAGSO Forderungen entsprechen der Aufführung im Kapitel 2.2.

	Handlungsansätze für die Landeshauptstadt Potsdam	Umsetzung vom Altenbericht/ BAGSO Forderung
1	Initiierung des Ausbaus der Beratungen für Senioren zu den Themen Wohnen und Pflege in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen. Prüfung der Möglichkeiten der Vernetzung mit dem örtlich etablierten Pflegestützpunkt. Prüfung der Möglichkeiten der Ansprache aller Seniorinnen und Senioren in der relevanten Zielgruppe (ggf. Versand von Informations-, Einladungsschreiben über Melderegister) sowie der Möglichkeiten der aufsuchenden Beratungsleistungen.	BAGSO: Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten (1) BAGSO: Eigenverantwortung und Selbstfürsorge jedes Menschens (8)
2	Fortführung und ggf. Ausbau der Beratungsarbeit des Pflegestützpunktes in der Landeshauptstadt Potsdam in Abstimmung mit den Pflegekassen.	BAGSO: Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten (1) BAGSO: Eigenverantwortung und Selbstfürsorge jedes Menschens (8)
3	Standardisierung der Beratungsbesuche der Pflegekräfte in der Landeshauptstadt Potsdam (nach § 37 Abs. 3 Sozialgesetzbuch XI) anhand des erstellten Beratungsleitfadens aus dem Modellprojekt.	BAGSO: Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten (1)
4	Förderung des Ausbaus der alltagsunterstützenden Angebote („AUA“) in der Stadt Potsdam.	BAGSO: Vorhandensein von ambulanter und stationärer Pflege sowie

		niedrigschwelligen Hilfen und Entlastungsangeboten (2)
5	Fortführung der personellen Unterstützung des Seniorenbeirates durch die Landeshauptstadt Potsdam.	BAGSO: Beteiligung an der Lokalpolitik (4) BAGSO: Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten (1)
6	Fortführung der Brandenburgischen Seniorenwoche durch den Seniorenbeirat Aktive Bewerbung der Seniorenwoche über die Landeshauptstadt Potsdam	BAGSO: Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten (1); Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (3) Siebter Altenbericht: Aufklärungsarbeit zu den Themen: Ältere Menschen als Sorgende und Umsorgte (Empfehlung 10), Geschlechtergerechtigkeit (Empfehlungen 11)
7	Fortführung der Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit dem Gesundheitswissenschaftlichen Institut Nordost (GeWINO) bei der Auswertung von Pflegekennzahlen. Initiierung der Berechnung von Prognosen und sozialraumorientierten Auswertung für die Landshauptstadt Potsdam.	Siebter Altenbericht: Die Datenbasis für kleinere räumliche Einheiten soll verbessert werden. (Empfehlung 19)
8	Weitere Unterstützung für und enge Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit dem Netzwerk „Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam“.	Siebter Altenbericht: Vernetzte Versorgungskonzepte sind die Bedingung dafür, dass sich Sorgestrukturen im Sinne kleiner Lebenskreise (weiter-) entwickeln können (Empfehlung 9)
9	Enge Zusammenarbeit und Austausch mit den Pflegekassen in der Landeshauptstadt Potsdam. Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes zum Ausbau der Tagespflegeplätze, der stationären Dauerpflegeplätze und der Gewinnung von Beschäftigten in der Pflege.	BAGSO: Vorhandensein von ambulanter und stationärer Pflege sowie niedrigschwelligen Hilfen und Entlastungsangeboten (2)
10	Durchführung einer Bedarfsermittlung für Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegebedürftige Menschen und pflegende Angehörige in der Stadt anhand der aktuellen Bevölkerungsprognose. Bei Bedarf – Koordinierung und Initiierung von weiteren Entlastungsangeboten für die Stadt.	BAGSO: Vorhandensein von ambulanter und stationärer Pflege sowie niedrigschwelligen Hilfen und Entlastungsangeboten (2)

11	Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema Demenz in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam“, dem Kompetenzzentrum Demenz für das Land Brandenburg, dem LAFIM Dienste für Menschen im Alter und den Pflegekassen.	BAGSO: Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten (1)
----	---	---

5.2. Gesundheitliche Versorgung

Ambulante Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam, Zusammenarbeit mit der KVBB

Im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion (GSI) fand im Januar 2018 ein Vortrag zur ambulanten, ärztlichen Versorgung im Potsdamer Norden mit einem Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) statt. Darin wurden die Möglichkeiten erörtert, weitere Hausarztstze in Norden der Stadt zuzulassen auf Grund des rasanten Bevölkerungswachstums [24].

Gesunde Städte Netzwerk, WHO Projekt

Die Landeshauptstadt Potsdam ist Mitglied im Gesunde Städte Netzwerk. Das Netzwerk bietet umfassende Konzepte und Planlösungen für die gesundheitlichen Probleme in Städten. Inhaltlich geht es darum, die Art und Weise zu ändern, wie sich die einzelnen Bürger, die Gemeinden, private und gemeinnützige Organisationen und die kommunale Selbstverwaltung dem Thema Gesundheit stellen, was sie darunter verstehen und wie sie gesundheitliche Entscheidungen treffen. Letztlich geht es darum, das natürliche, psychische, soziale und umweltbedingte Wohlbefinden der Menschen, die in Städten leben und arbeiten, zu verbessern.

5.2.1. Handlungsansätze zur gesundheitlichen Versorgung

	Handlungsansätze für die Landeshauptstadt Potsdam	Umsetzung vom Altenbericht/ BAGSO Forderung
1	Enge Zusammenarbeit mit der KVBB und den Krankenkassen zur systematischen Weiterentwicklung der ambulanten Versorgung. Insbesondere für den Sozialraum I und II.	Siebte Altenbericht: Mitwirkung der Kommune bei der Sicherstellung der Versorgungsstrukturen BAGSO: Vorhandensein von ambulanter und stationärer Pflege sowie niedrigschwelligen Hilfen und Entlastungsangeboten (2)
2	Aktive Arbeit und Austausch der Landeshauptstadt Potsdam im Gesunde Städte Netzwerk.	Siebte Altenbericht: Mitwirkung der Kommune bei der Sicherstellung der

		Versorgungsstrukturen; Förderung der Mesostrukturen (gesunde Städte)
3	Förderung der Quartiersarbeit in der Stadt. Etablierung einer geschäftsbereichsübergreifenden Stadtteilarbeit.	Siebte Altenbericht: Mitwirkung der Kommune bei der Sicherstellung der Versorgungsstrukturen; Förderung der Mesostrukturen (zivilgesellschaftliche Strukturen in Quartieren) BAGSO: Interkommunale Zusammenarbeit (#6), Stärkung der informellen Hilfenetzwerke (7)
4	Etablierung einer Gesundheits- und Pflegekonferenz in der Landeshauptstadt Potsdam.	Siebte Altenbericht: Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung und primäre Prävention stärken BAGSO: Informations- und Beratungsangebote (1)
5	Prüfung der Notwendigkeit des Aufbaus eines lokalen Gesundheitszentrums mit integriertem Versorgungskonzept zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam. Erklärung: Ab dem 1. Juli 2015 dürfen Kommunen Medizinische Versorgungszentren gründen und betreiben.	Siebte Altenbericht: Aufbau von lokalen Gesundheitszentren mit integrierten Versorgungskonzepten
6	Prüfung der zur Verfügung Stellung von weiteren personellen Ressourcen für den zahnärztlichen Dienst der Landeshauptstadt Potsdam zur Umsetzung der Maßnahme „Verbesserung der Zahngesundheit bei älteren, pflegebedürftigen Menschen“ bis zum Jahr 2020.	Siebte Altenbericht: Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung und primäre Prävention stärken
7	Prüfung und ggf. Ausbau der bedarfsgerechten kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren in der LHP. Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Krankenkassen zur Finanzierung von kommunaler Gesundheitsförderung.	Siebte Altenbericht: Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung und primäre Prävention stärken

5.3. Wohnen und Wohnumfeld

Wohnungspolitisches Konzept der Landeshauptstadt Potsdam

Das Wohnungspolitische Konzept der Landeshauptstadt Potsdam wurde im Oktober 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam beschlossen. Die darin aufgeführten Maßnahmen zielen auf jene Wohnhaushalte Potsdams, die Unterstützung bei der Wohnungssuche oder bei der Sicherung einer angemessenen Wohnsituation benötigen. Unter den aufgeführten Maßnahmen sind in Bezug auf die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren die Entwicklung von Demographiestrategien auf Quartiersebene (2.F), die Einführung von Angeboten zum Wohnungstausch (3.B) und zum Wohnen für Hilfe (3.G) sowie zur Bündelung von Beratungsangeboten für besondere Wohnkonzepte und Wohnprojektinteressierte (4.D) hervorzuheben.

Investorengespräche

Der Oberbürgermeister führt regelmäßig Gespräche mit Investoren und Wohnungsunternehmen über Themen des Wohnungsbaus. Im Rahmen dieser Gespräche werden auch Bedarfe und Themen wie Pflege, Seniorenwohnen, kleine Appartments etc. erörtert. Eine aktuelle Analyse ergab einen Bestand von knapp 1.600 kleinen Appartements. Weitere 725 Wohnungen befinden sich derzeit in Planung. Sie sind allerdings für verschiedene Zielgruppen interessant, neben Senioren- insbesondere auch für Starterhaushalte. Das Angebot an solchen Appartements konzentriert sich auf die Stadtteile Babelsberg, Bornstedt und Golm. Weitere 112 kleine Wohnungen befinden sich in Gäste- und Boardinghäusern. In diesem Bereich sind weitere 292 Wohnungen derzeit in Planung. Räumlicher Schwerpunkt für diese Angebote sind die Teltower Vorstadt und Golm. Die Investorengespräche sollen fortgesetzt werden. Dabei sollen auch weiterhin die Bedarfe nach kleinen Wohnungen insgesamt und nach bezahlbarem generationengerechtem Wohnraum im Besonderen thematisiert werden.

Mit der ProPotsdam finden darüber hinaus regelmäßige Abstimmungen zu den Wohnungsbedarfen in der Landeshauptstadt Potsdam statt. Generationengerechtes Wohnen spielt in diesen Gesprächen eine wichtige Rolle. Im Wohnungsneubau und – wo dies möglich ist – auch in der Bestandsentwicklung berücksichtigt die ProPotsdam die baulichen Anforderungen an das Wohnen im Alter bereits über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus. Darüber hinaus befasst sich das Unternehmen derzeit mit der Entwicklung von Wohnkonzepten, mit denen in besonderer Weise Wohnbedarfe bestimmter Zielgruppen berücksichtigt werden können. Erste Erfahrungen wurden bereits in Drewitz mit dem Mehrgenerationenwohnen in der Rolle gesammelt. Dort entsteht auch eine Reihe von kleinen Wohnungen mit weniger als 40m². Weitere Angebote für das Wohnen im Alter in kompakten Grundrissen sind derzeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau im Bornstedter Feld in Vorbereitung.

Soziale Wohnraumversorgung

Der Bereich Wohnen nimmt in der Vorbereitung von Vorhaben des geförderten Wohnungsbaus Einfluss auf eine an den Zielgruppen der kommunalen Wohnraumversorgung orientierte Planung. Im Wohnungsneubau zählen auch auf Grund der

bau- und förderrechtlichen Vorgaben insbesondere ältere und/ oder mobilitätseingeschränkte Haushalte zu den berücksichtigten Bedarfsgruppen. Geförderter Wohnungsneubau, der hierfür baulicherseits besonders geeignet ist, entsteht derzeit an mehreren Stellen im Stadtgebiet. Voraussetzung für den Zugang zu diesen Wohnungen ist ein Wohnberechtigungsschein sowie ein nachgewiesener dringende Wohnbedarf z.B., weil das eigenständige Wohnen in der bisherigen Wohnung nicht mehr möglich ist. Die Landeshauptstadt Potsdam führt darüber hinaus regelmäßig Gespräche mit dem für die Wohnraumförderung zuständigen Fachministerium und gibt dabei regelmäßig konkrete Hinweise zur Anpassung der Förderinstrumente an die Bedarfe älterer Wohnhaushalte.

Wohngeld

Wohngeld ist ein Zuschuss zur Miete oder zu den finanziellen Lasten im Zusammenhang mit selbst genutztem Wohneigentum. Es dient zur Sicherung eines angemessenen und familiengerechten Wohnens für antragsberechtigte Personen. 57 Prozent der Potsdamer Wohngeldhaushalte sind Seniorenhaushalte⁶. Wohngeld ist damit eine wichtige öffentliche Leistung zur finanziellen Sicherung des Wohnens im Alter.

Vergabe städtischer Grundstücke

Der Seniorenbeirat fordert die Landeshauptstadt Potsdam zu einer zielgerichteten Vergabepolitik bei der Vergabe von Grundstücken auf. Städtische Grundstücke werden nur noch vereinzelt veräußert. Vergaben finden dann nicht mehr nur nach dem Höchstpreis, sondern mit Bedingungen statt. Eine wesentliche Bedingung ist regelmäßig die Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundem Wohnraum. Diese Bedingungen können sich auch an den jeweils für die Lage des Grundstücks ermittelten Wohnungsbedarfen vor Ort orientieren. Der Bedarf nach seniorengerechtem Wohnen ist dabei einer von vielen Bedarfen, der in die Analyse einbezogen wird.

5.3.1. Handlungsansätze zu Wohnen und Wohnumfeld

Mit Blick auf den vorausgegangenen Seniorenplan hat sich gezeigt, dass die aufgeführten Maßnahmen nicht ausreichen, um den demographiebedingten Anforderungen an die Wohnraumversorgung hinreichend zu begegnen. Es wurde sich daher darauf verständigt, dies in der Maßnahmenbeschreibung bei einer Weiterentwicklung des Seniorenplans zu berücksichtigen.

Wichtige Herausforderungen für die Wohnraumversorgung sind

- angesichts der wachsenden Zielgruppe die **Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl sowie bedarfsgerechter Wohnungen**, die den Wohnbedürfnissen von Seniorenhaushalten entsprechen – es fehlen insbesondere kleine Wohnungen,
- mit Blick auf die Einkommenssituation von Seniorenhaushalten eine Versorgung mit **Wohnraum, der für ältere Haushalte bezahlbar ist**; dies gilt künftig in zunehmendem Maße durch den bevorstehenden Eintritt von Haushalten mit durch

⁶ Erfasst nach „sozialer Stellung“ des im Wohngeldantrag angegebenen Haushaltsvorstands

die Nachwendezeit geprägten Erwerbsbiographien in das Rentenalter – es fehlen kleine und kostengünstige Wohnungen,

- vor dem Hintergrund der Heterogenisierung auch in der Generation älterer Potsdamer Haushalte eine stärkere **Differenzierung der Wohnungsangebote** und von damit verbundenen Unterstützungsangeboten („Service-Wohnen“ etc.) – es fehlen kleine und kostengünstige Wohnungen mit wohnungsnahen Unterstützungsangeboten,
- der Siedlungsentwicklung nachfolgend eine hohe **Konzentration von älteren Wohnhaushalten in einigen Stadt- und Ortsteilen** Potsdams sowie vorhersehbare demographische Entwicklungen in weiteren Teilräumen,
- die **rechtzeitige Sensibilisierung für die Wohnbedürfnisse im Alter** und die Anpassung der eigenen Wohnsituation daran.

Bei der Aktualisierung des Seniorenplans sollte die Maßgabe „so lange wie möglich in der eigenen Wohnung“ korrigiert werden – sie ist missverständlich und birgt die Gefahr, dass Menschen den richtigen Zeitpunkt für einen notwendigen Wohnungswechsel verpassen; „so lange wie möglich unabhängig leben“ bedeutet nämlich oft nicht, in der bisherigen Wohnung zu bleiben.

	Handlungsansätze für die Landeshauptstadt Potsdam	Umsetzung vom Altenbericht/ BAGSO Forderung
1	Erarbeitung eines Konzeptes zur Verbesserung der Mobilität für die Senioren, insbesondere dem Zustand der Gehwege, die Sicherheit der Radwege und dem Autoverkehr.	Siebter Altenbericht: Integrierte Quartiersentwicklung (Empfehlung 34), Sicherung der Mobilität (Empfehlung 38)
2	Demographiekonzepte insbesondere für Quartiere, in denen die demographische Entwicklung ein Schwerpunktthema bildet.	Siebter Altenbericht: Integrierte Quartiersentwicklung (Empfehlung 34), Sicherung der Mobilität (Empfehlung 38)
3	Definition und einheitliche Begriffsverwendung von „barrierearm“, „seniorengerecht“ etc als Grundlage für Bedarfserhebungen, Bauvorhaben und Wohnberatungen.	Siebter Altenbericht: Altersgerechter Umbau von Wohnungen (Empfehlung 36)
4	Erhebung und Fortschreibung des Bestands an „seniorengerechten“ Wohnungen	Siebter Altenbericht: Die Datenbasis für kleinere räumliche Einheiten soll verbessert werden. (Empfehlung 19)
5	Ausstattungs- und Nutzungskonzept für eine Bemusterung von Anpassungsmöglichkeiten als Baustein der Wohnberatung	Siebter Altenbericht: Verbesserung der Voraussetzung für eigenständiges Wohnen (Empfehlung 32)
6	Regelmäßiger Austausch zwischen Seniorenbeirat bzw. der dortigen Arbeitsgruppe „Wohnen“ und den wohnungspolitischen Sprechern der	

	Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der jährlich stattfindenden Seniorenwoche	
7	Vernetzungswerkstatt der Beratungsträger der Landeshauptstadt Potsdam mit dem Ziel, die vorhandenen Beratungsangebote und Beratungsbedarfe vollständig und systematisch zu erfassen	Siebter Altenbericht: Verbesserung der Voraussetzung für eigenständiges Wohnen (Empfehlung 32)
8	Regelmäßig neue Projekte für bezahlbares „Servicewohnen“ auf den Weg bringen	Siebter Altenbericht: Vermeidung von Segregtaion & soziale Wohnraumversorgung (Empfehlung 33)
9	Möglichkeiten der Projektbegleitung für gemeinschaftliche Wohnprojekte prüfen	Siebter Altenbericht: Verbesserung der Voraussetzung für eigenständiges Wohnen (Empfehlung 32)
10	Gespräche mit dem Land Brandenburg zur Aufnahme von Seniorenwohnformen in die Wohnraumförderung sowie zur modellhaften Erprobung von Wohnprojekten mit Wohnraumfördermitteln	Siebter Altenbericht: Verbesserung der Voraussetzung für eigenständiges Wohnen (Empfehlung 32)
11	Beratungen von Bauherren und Investoren sollen künftig verstärkt gezielt die Bedarfe der Zielgruppen des Seniorenplans zu thematisieren	Siebter Altenbericht: Vermeidung von Segregtaion & soziale Wohnraumversorgung (Empfehlung 33)
12	Prüfung, ob bzw. unter welchen Bedingungen die Beratung von Bauherren zur Wohnraumförderung auf ergänzende Fördermöglichkeiten von Bund, Land und sonstigen Fördergebern (z.B. Stiftungen) ausgeweitet werden kann.	Siebter Altenbericht: Vermeidung von Segregtaion & soziale Wohnraumversorgung (Empfehlung 33)
13	Gespräche mit den Hochschulen und dem Studentenwerk über die Etablierung eines Angebots „Wohnen für Hilfe“	Siebter Altenbericht: Verbesserung der Voraussetzung für eigenständiges Wohnen (Empfehlung 32)

5.4. Weitere Themenfelder

Alle weiteren Handlungsansätze für Seniorinnen und Senioren zu Themen, die nicht den drei Handlungsfeldern Gesundheit, Pflege und Wohnen zugeordnet werden können, werden nun im nachfolgenden Abschnitt aufgeführt.

5.4.1. Handlungsansätze zum Angebot an die ältere Bevölkerung

	Handlungsansätze für die Landeshauptstadt Potsdam	Umsetzung vom Altenbericht/ BAGSO Forderung
1	Regelmäßige Analyse der Bevölkerungsstatistik in Hinblick auf die Entwicklung der Seniorinnen und Senioren und Hochbetagten in der Landeshauptstadt Potsdam.	<p>Siebter Altenbericht: Kommunen sollen eine sozialraumbezogene Alter(n)politik gestalten, die auch soziale Ungleichheiten ausdrücklich berücksichtigt. (Empfehlung 14)</p> <p>Politische und gesellschaftliche Akteure sollen regionale Unterschiede bei der demografischen Alterung beachten. (Empfehlung 16)</p>
2	Spezifische Auswertung der Bürgerumfrage 2018 zu den Themen Gesundheit und Soziales für die Seniorinnen und Senioren der Stadt, gesamtstädtisch und nach Sozialräumen. Prüfung der Etablierung einer eigenen Bürgerumfrage für die Generation 55+ Jahre.	<p>Siebter Altenbericht: Die Datenbasis für kleinere räumliche Einheiten soll verbessert werden. (Empfehlung 19)</p> <p>BAGSO: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (3)</p>
3	Schaffung einer zentralen Stelle zur Koordination des Ehrenamtes in der Landeshauptstadt Potsdam.	<p>BAGSO: Stärkung der informellen Hilfenetzwerke (7), Interkommunale Zusammenarbeit (#6)</p> <p>Siebter Altenbericht Die Selbstorganisations- und Sorgefähigkeit der kleinen Lebenskreise, der Familienangehörigen, Nachbarinnen und Nachbarn, Bekannten und bürgerschaftlich engagierten Frauen und Männern ist zu würdigen, zu stärken und in neuen Formen zu initiieren. (Empfehlung 9)</p> <p>Ältere Menschen auch als „Sorgeleistende“ betrachten, die sich in einer mitverantwortlichen Haltung anderen Menschen zuwenden wollen und zuwenden. (Empfehlung 10)</p> <p>Es gilt Engagement, Nachbarschaftshilfe und</p>

		Selbsthilfepotential alter Menschen auf kommunaler Ebene zu unterstützen. (Empfehlung 18)
4	Evaluierung der Möglichkeiten zur Ansprache und Kontaktaufnahme von Seniorinnen und Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam.	BAGSO: Informations- und Beratungsangebote (1)
5	Entwicklung eines stadtweiten Konzeptes zur Einbindung von Seniorinnen und Senioren in die Digitalisierung in der Landeshauptstadt Potsdam.	BAGSO: Teilhabe an Digitalisierung (5), Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (3)
6	Prüfung der Förderung und Nutzung einer bereits etablierten, digitalen Quartiersplattform durch die Landeshauptstadt Potsdam zur weiteren Vernetzung der nachbarschaftlichen Strukturen in der Stadt und zur Bekanntmachung von Angeboten in der Stadt. Prüfung und Umsetzung der gezielten Einbindung von Seniorinnen und Senioren auf eine digitale Quartiersplattform.	Siebte Altenbericht: Subsidiarität als Ordnungsrahmen für lokale Strukturen und Netzwerke wiederentdecken (Empfehlungen 7-10). BAGSO: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (3), Teilhabe an der Digitalisierung (5), Stärkung der informellen Hilfenetzwerke (7)
7	Erhöhung der Anzahl der Nutzer von Senioreneinrichtungen, Nachbarschafts- und Begegnungshäuser und Verbesserung der Zufriedenheit mit diesen.	BAGSO: Informations- und Beratungsangebote (1), Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (3)
8	Erarbeitung eines geschäftsübergreifenden Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam für die Seniorinnen und Senioren im Sozialraum 1 - Nördliche Ortsteile, Sacrow unter Beteiligung der Bürger. Erklärung: Der Sozialraum 1 erfährt in Zukunft den größten Wachstum an Senioren und Hochbetagten in der Stadt. Die ältere Bevölkerung ist hier weniger zufrieden mit der ärztlichen Versorgung, dem öffentlichen Nahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten/ Nahversorgung sowie den Freizeiteinrichtungen. Öffentliche Einrichtungen wie Bürgerhäuser, Freizeiteinrichtungen weisen geringe Nutzungsraten durch die Senioren auf. Der Sozialraum weist nur wenige soziale bzw. gesundheitliche Einrichtungen auf.	BAGSO: Informations- und Beratungsangebote (1), Vorhandensein von ambulanter und stationärer Pflege sowie niedrigschwelligen Hilfen und Entlastungsangeboten (2), Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (3), Beteiligung an Lokalpolitik (4), Interkommunale Zusammenarbeit (6), Stärkung der informellen Hilfenetzwerke (7)

6. Ausblick

Die Landeshauptstadt Potsdam wird weiterhin die im Seniorenplan 2016 gesetzten Zielen und Maßnahmen verfolgen und umsetzen. Die im Seniorenplan 2018 aufgeführten Handlungsansätze sind Ideen, die im politischen Raum und in Fachkreisen zunächst weiter diskutiert werden. Das beinhaltet insbesondere auch eine Priorisierung der vorgestellten Handlungsansätze; nicht zuletzt auch unter den Aspekten der Finanzierung und Umsetzbarkeit.

Perspektivisch sollen sowohl die Realisierung der Ziele und Maßnahmen aus dem Seniorenplan 2016 sowie die Umsetzung der priorisierten Handlungsansätze des Planes aus 2018 zusammengeführt werden. Die Zusammenführung soll dabei

- über den Geschäftsbereich 3 der Stadtverwaltung hinaus, also geschäftsbereichsübergreifend realisiert,
- im Rahmen der strategischen Ziele der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt und
- mit dem Stadtteilkonzept⁷ abgestimmt

werden. Die Evaluierung der Wirkung des Seniorenplanes 2016 und die Diskussion der Handlungsansätze des Seniorenplanes 2018 beanspruchen einen zeitlichen Horizont von etwa drei Jahren.

⁷ Das *Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018 - Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0172* liegt den Stadtverordneten in der Beschlussfassung vor (Stand: 28.09.2018).

Literatur

- [1] Landeshauptstadt Potsdam, „Potsdamer Seniorenplan - Engagiert, selbstbestimmt und würdevoll alt werden,“ 2016. [Online]. Available: <https://www.potsdam.de/potsdamer-seniorenplan>. [Zugriff am 05 2018].
- [2] Deutscher Bundestag, „Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften,“ 2016. [Online]. Available: <https://www.siebter-altenbericht.de/>. [Zugriff am 03 2018].
- [3] Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, „Stellungnahme der BAGSO zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung,“ 2016. [Online]. Available: <https://www.siebter-altenbericht.de/stellungnahmen-zum-siebten-altenbericht/>. [Zugriff am 03 2018].
- [4] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Siebter Altenbericht, Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften,“ 2016.
- [5] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts,“ 2017.
- [6] A. Kruse, „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts,“ 2017.
- [7] Laufenberg, Mike, „Sorgende Gemeinschaft? 'Demenzfreundliche' Kommunen zwischen sozialstaatlichen Sparmodell und Emanzipationsgewinn,“ Zeitschrift Suburban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, 2018. [Online]. Available: <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/339> . [Zugriff am 09 2018].
- [8] Landeshauptstadt Potsdam, Statistik und Wahlen , „Berechnung der Prognose mit SIKURS,“ 2018.
- [9] Landeshauptstadt Potsdam, Statistik und Wahlen, „Bürgerumfrage 2017,“ 2017.
- [10] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg , „Wohngeldhaushalte nach Alter des Haushaltsvorstandes in den Sozialräumen, Zeitbezug: 31.12.2017,“ 2017.
- [11] Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Wohnen, „Wohnberechtigungsscheine (WBS) nach Alter des Antragstellers in den Sozialräumen, Zeitbezug: 31.12.2017,“ 2017.

- [12] Landeshauptstadt Potsdam, „Sozial- und Planungsräume im Blick 2015,“ 2015.
- [13] Landeshauptstadt Potsdam, Statistik und Wahlen , 2017.
- [14] Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 384 Gesundheitssoziale Dienste und Senioren, 2017.
- [15] Landeshauptstadt Potsdam, Statistik und Wahlen, „Datenquelle: Bereich Wohnen, Zeitbezug: 31.12.2017,“ 2017.
- [16] Landeshauptstadt Potsdam, „Wohnungsmarkt Potsdam. Soziale Wohnraumversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam 2013 bis 2016,“ Geschäftsbereich für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Potsdam, 2017.
- [17] Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, „Daten und Fakten zur Pflege in Potsdam, Analyse der Pflegestatistik 2015,“ 2017.
- [18] SAHRA Plattform (Smart Analysis Health Research Access), „Pflegekennzahlen. Plattform Betreiber: data experts gmbh. Datengeber: Gesundheitswissenschaftliches Institut (GeWINO) der AOK Nordost,“ 2018. [Online]. Available: <https://report.sahra-plattform.de>. [Zugriff am 07 2018].
- [19] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, „Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017,“ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam, 2017.
- [20] Statistisches Bundesamt , „Erwerbstätigkeit im Rentenalter,“ 2017. [Online]. Available: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/07/PD17_240_122.html.
- [21] Pflegestützpunkt Landeshauptstadt Potsdam, 2018. [Online]. Available: <https://www.pflegestuetzpunkte-brandenburg.de>. [Zugriff am 07 2018].
- [22] Landeshauptstadt Potsdam, „Prozessbegleitung Berlin - Modellprojekt „Qualitätssicherung von Beratungsbesuchen nach § 37 Abs. 3 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) in der Landeshauptstadt Potsdam“ 2016/2017,“ 2017. [Online]. Available: [https://prozessbegleitung-berlin.de/documents/Abschlussbericht-2017_Modellprojekt-37\(3\)SGBXI-Potsdam.pdf](https://prozessbegleitung-berlin.de/documents/Abschlussbericht-2017_Modellprojekt-37(3)SGBXI-Potsdam.pdf). [Zugriff am 25 07 2018].
- [23] Bundesministerium für Gesundheit, „Pflegestärkungsgesetz - Beratungseinsätze,“ 2018. [Online]. Available: <https://www.pflegestaerkungsgesetz.de/pflege-wissen-von-a-bis-z/pflege-details/erklaerung/beratungseinsaetze/>. [Zugriff am 08 2018].
- [24] Landeshauptstadt Potsdam , „Niederschrift des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion,“ 2018. [Online]. Available: http://svm002.potsdam/bi/___tmp/tmp/45081036164568852/164568852/01063372/72.

pdf. [Zugriff am 07 2018].

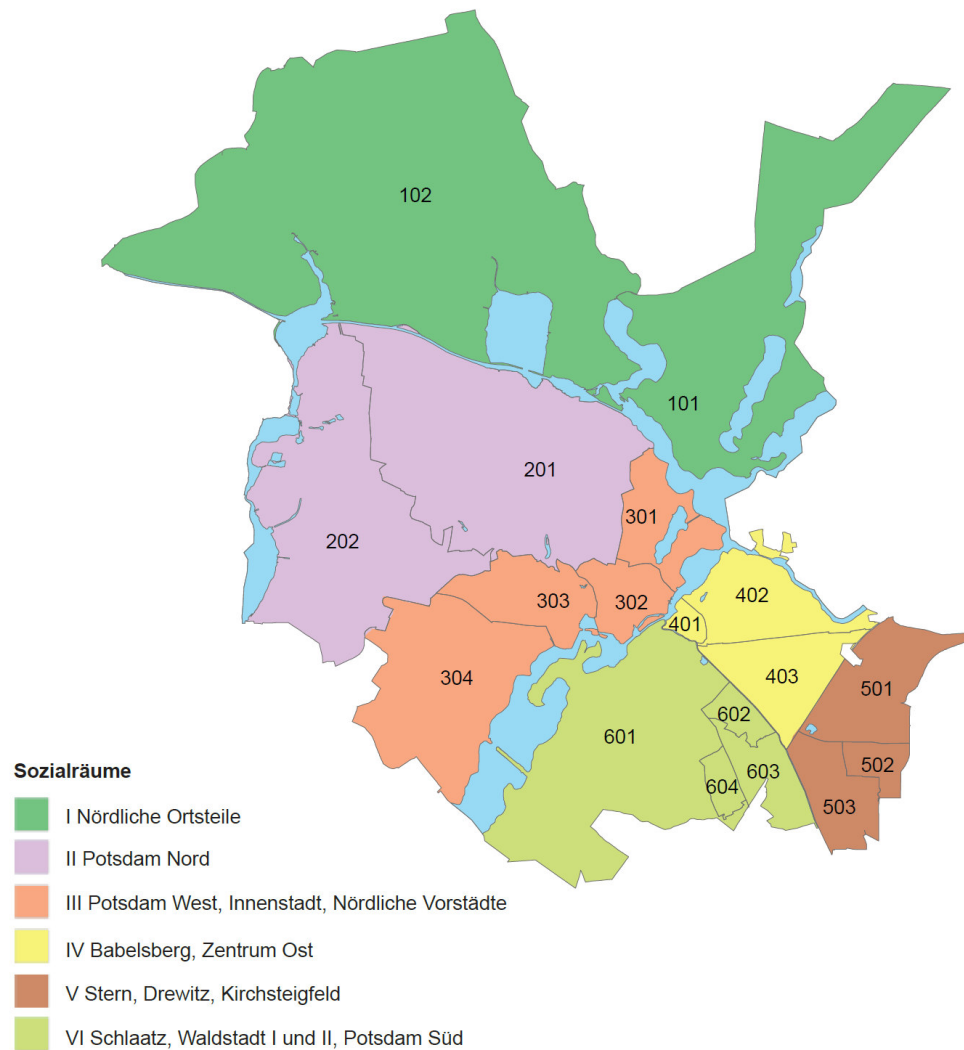
- [25] F. Berner, „Fachtag des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Hamburg-Ost zum Siebten Altenbericht. Sorgende Gemeinschaft oder Sorgestrukturen?“, 04 2016. [Online]. Available: <http://seniorenwerk-hhsh.de/wp-content/uploads/Berner-Siebter-Altenbericht-Hamburg.pdf>. [Zugriff am 04 2017].
- [26] Büro für Chancengleichheit, „Stadtverwaltung Potsdam,“ 2018. [Online]. Available: <https://www.potsdam.de/beratungsangebote-und-kontaktadressen-fuer-menschen-mit-und-ohne-behinderungen>. [Zugriff am 28 06 2018].
- [27] Büro für Chancengleichheit., „Stadtverwaltung Potsdam,“ 2018. [Online]. Available: <https://www.potsdam.de/beratungsangebote-und-kontaktadressen-fuer-menschen-mit-und-ohne-behinderungen>. [Zugriff am 28 06 2018].
- [28] Büro für Chancengleichheit., „Stadtverwaltung Potsdam,“ 2017. [Online]. Available: <https://www.potsdam.de/kategorie/inklusion-teilhabeplan>. [Zugriff am 28 06 2018].

Anhang

Daten zur älteren Bevölkerung je Sozialraum in Potsdam

Kartierungen der Einrichtungen für Senioren in der LHP

Daten zur älteren Bevölkerung je Sozialraum in Potsdam



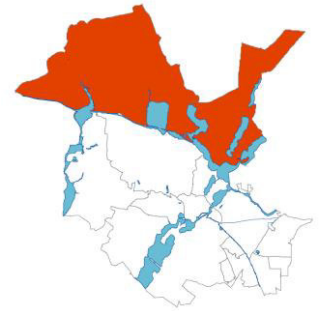
<p>Sozialraum 1 Nördliche Ortsteile, Sacrow</p> <p>Planungsraum 101 Groß Glienicke, Krampnitz, Sacrow Planungsraum 102 Neu Fahrland, Fahrland, Kartzow, Satzkorn, Marquardt, Uetz-Paaren</p>	<p>Sozialraum 2 Potsdam Nord</p> <p>Planungsraum 201 Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote Kasernen Planungsraum 202 Eiche, Grube, Golm 12</p>
<p>Sozialraum 3 Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte</p> <p>Planungsraum 301 Nauener und Berliner Vorstadt Planungsraum 302 Innenstadt, Am Weinberg Planungsraum 303 Brandenburger Vorstadt Planungsraum 304 Potsdam West</p>	<p>Sozialraum 4 Babelsberg, Zentrum Ost</p> <p>Planungsraum 401 Zentrum Ost Planungsraum 402 Babelsberg Nord, Klein Glienicke Planungsraum 403 Babelsberg Süd</p>
<p>Sozialraum 5 Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld</p> <p>Planungsraum 501 Stern Planungsraum 502 Drewitz Planungsraum 503 Alt Drewitz, Kirchsteigfeld 38</p>	<p>Sozialraum 6 Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd</p> <p>Planungsraum 601 Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt Planungsraum 602 Schlaatz Planungsraum 603 Waldstadt I, Industriegelände Planungsraum 604 Waldstadt II</p>

Sozialraum 1

Nördliche Ortsteile, Sacrow

Planungsräume

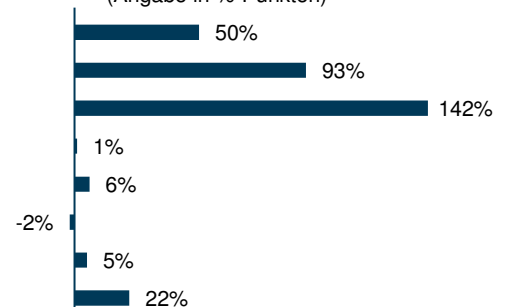
101 Groß Glienicke, Krampnitz, Sacrow
102 Neu Fahrland, Fahrland, Satzkorn, Marquardt, Uetz-Paaren



Soziodemografie und Soziales

Indikatoren ¹	2017	2035
Bevölkerungsveränderung (Gesamt)	13.402	23.552
Bevölkerungsveränderung (über 65-jährige)	2.085	4.968
Bevölkerungsveränderung (über 80-jährige)	460	1.392
Durchschnittsalter	42,1	43,5
Frauenanteil (bei den über 65-jährigen)	53,4%	54,4%
Frauenanteil (bei den über 80-jährigen)	62,6%	59,0%
Jugendquotient	0,31	0,34
Altenquotient	0,26	0,36

Abweichung vom Wert der LHP (Angabe in %-Punkten)



Einkommen/ Materielle Lage ²	Gesamt	50 bis unter 65	65 bis unter 80
Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (Median)	3.000 €	3.350 €	2.800 €
Leistungsempfänger Grundsicherung (SGB XII)	0,5%	0,3%	1,8%

Wohngeldhaushalte³/ WBS-Haushalte⁴

	Wohngeldhaushalte	WBS-Haushalte
alle Altersgruppen	40	106
65 bis unter 80 Jahre	12	3
80 Jahre und älter	-	-

Gesundheit

Anzahl der Einrichtungen⁵

Allgemeinmediziner/ Hausärzte*	3
Ambulanter Pflegedienst*	6
Apotheken*	1
Begegnungsstätten	3
Beratungsstellen	-
Betreutes Wohnen	1
Dauerpflegeplätze**	-
Demenz	-
Ehrenamt	-
Hospiz	-
Klinik	-
Pflegeeinrichtungen**	-
Weiterbildungsangebote	-

Anteil der mit Ihrem gegenwärtigen Leben sehr zufriedenen/ zufriedenen Menschen²

alle Altersgruppen	85%
50 bis unter 65 Jahre	88%
65 bis unter 80 Jahre	83%

Wie zufrieden sind Sie mit der ärztlichen Versorgung

... in Potsdam?⁶

alle Altersgruppen	2,9
50 bis unter 65 Jahre	2,9
65 bis unter 80 Jahre	2,9
Menschen mit Behinderung	2,9

... im Stadtteil?⁶

alle Altersgruppen	4,1
50 bis unter 65 Jahre	4,2
65 bis unter 80 Jahre	3,4
Menschen mit Behinderung	4,1

Anteil derjenigen, die Ihre persönliche Zukunft optimistisch und eher optimistisch sehen²

alle Altersgruppen	74%
50 bis unter 65 Jahre	75%
65 bis unter 80 Jahre	45%

1 LHP Potsdam Statistik und Wahlen, Berechnung der Prognose mit SIKURS

2 LHP Potsdam Bürgerumfrage 2017 – wenn nicht anders angegeben Auswertung der 65 bis unter 80-jährigen Befragten

3 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Wohngeldhaushalte nach Alter des Haushaltsvorstandes in den Sozialräumen, Zeitbezug: 31.12.2017

4 LHP Potsdam Bereich Wohnen, Wohnberechtigungsscheine (WBS) nach Alter des Antragstellers in den Sozialräumen, Zeitbezug: 31.12.2017

5 * Datenquelle: Statistik und Wahlen 2017; ** Datenquelle: LHP Sozial- und Planungsräume im Blick 2015; ohne Markierung - Datenquelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 384 Gesundheitssoziale Dienste und Senioren 2017

6 LHP Potsdam Bürgerumfrage 2017 – Auswertung der 65 bis unter 80-jährigen Befragten, arithmetisches Mittel: 1=vollkommen zufrieden, 6=vollkommen unzufrieden; „-“ keine Angabe bzw. wurde nicht gefragt

Wohnen und Wohnumfeld

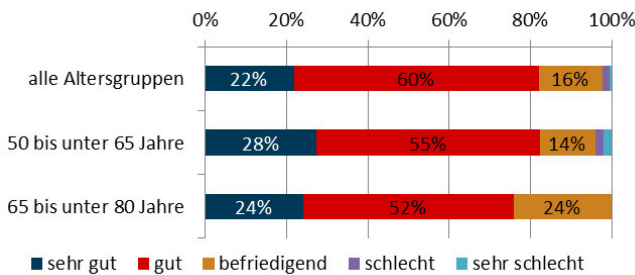
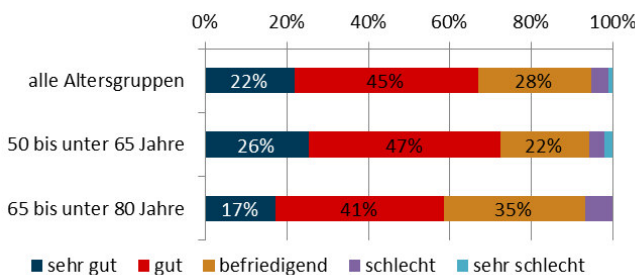
Anzahl alten- und behindertengerechte Wohnungen im Sozialraum⁷

Alten- und behindertengerechte Wohnungen	-
Wohnungen Gesamt	5.545

Wohnart ²	Eigentümer	Mieter/in oder Untermieter/in
Potsdam alle Altersgruppen	52%	48%
50 bis unter 65 Jahre	56%	44%
65 bis unter 80 Jahre	60%	40%

Leben in barrierearmer Wohnung ²	Ja	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	50%	50%
50 bis unter 65 Jahre	58%	42%
65 bis unter 80 Jahre	62%	38%

Umzug geplant ²	Ja	Möglich- erweise	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	11%	15%	74%
50 bis unter 65 Jahre	6%	8%	86%
65 bis unter 80 Jahre	7%	7%	87%

Lebensqualität in Potsdam²**Lebensqualität im Stadtteil²**

Benutzung Verkehrsmittel... ²	Auto	ÖPNV	Fahr- rad	zu Fuß
... für Einkäufe/ Erledigungen	53%	19%	23%	5%
... für Freizeit- aktivitäten	40%	20%	33%	7%
... für den Weg in die Innenstadt	51%	36%	8%	5%

Zufriedenheit mit...⁶

Zustand Gehwege	3,6
Sicherheit Gehwege	3,3
Straßenquerungsmöglichkeiten	3,1
Zustand der Radwege	3,5
Sicherheit der Radwege	3,9
Linienetz des ÖPNV	3,0
Taktzeiten des ÖPNV	3,4
Fahrbahnzustand der Straßen	3,7
Autoverkehr (Ampeln/ Verkehrsführung)	3,9

Verbundenheit mit... ²	sehr stark/ stark	weniger stark/ überhaupt nicht
der Stadt Potsdam	66%	35%
dem eigenem Ortsteil	77%	23%

Zufriedenheit im eigenen Stadtteil/ in Potsdam mit...⁶

	Im eigenen Stadtteil	In Potsdam
Angebote für Freizeitgestaltung und Erholung	-	2,3
Bibliotheken	-	2,5
Einkaufsmöglichkeiten (Nahversorgung)	3,4	-
Einzelhandel und Dienstleistungsangebot	-	2,7
Freizeiteinrichtungen für Senioren	3,8	-
Gastronomisches Angebot	-	2,5
Grün- und Erholungsflächen	2,4	2,0
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	3,6	2,6
Museen und Ausstellung	-	2,3
Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität	3,3	3,5
Sauberkeit auf Straßen und Plätzen	3,1	3,5
Schwimmbäder	-	3,0
Sportanlagen	-	3,0
Vereinsleben	-	3,3
Verkehrsbindung (Öffentlicher Nahverkehr)	3,5	-
Weiterbildungseinrichtungen/ -angebote	-	2,6
Wohnungsangebot	3,1	3,2

Nutzung der Einrichtungen...²

Bibliotheken	13%
Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten	3%
Freizeiteinrichtungen für Senioren	3%
Grün- und Erholungsflächen	73%
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	63%
Museen und Ausstellungen	60%
Schwimmbäder	27%
Sportanlagen	7%
Verein oder Sportverein	13%
Weiterbildungsangebote	3%

⁷ LHP Potsdam Statistik und Wahlen, Datenquelle: Bereich Wohnen, Zeitbezug: 31.12.2017

Sozialraum 2

Potsdam Nord

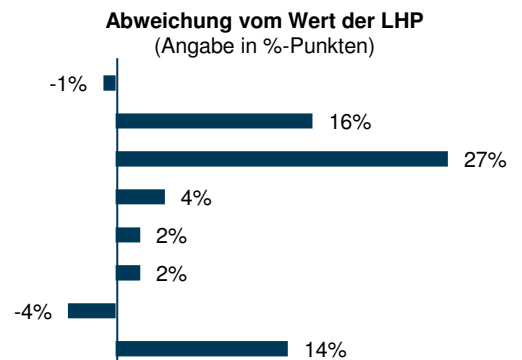
Planungsräume

201 Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote Kasernen
202 Eiche, Grube, Golm



Soziodemografie und Soziales

Indikatoren	2017	2035
Bevölkerungsveränderung (Gesamt)	28.964	35.895
Bevölkerungsveränderung (über 65-jährige)	4.342	7.003
Bevölkerungsveränderung (über 80-jährige)	1.010	1.895
Durchschnittsalter	39,7	42,5
Frauenanteil (bei den über 65-jährigen)	55,7%	54,6%
Frauenanteil (bei den über 80-jährigen)	60,8%	59,7%
Jugendquotient	0,30	0,31
Altenquotient	0,25	0,32



Einkommen/ Materielle Lage	Gesamt	50 bis unter 65	65 bis unter 80
Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (Median)	3.000 €	3.500 €	2.405 €
Leistungsempfänger Grundsicherung (SGB XII)	0,4%	0,7%	1,2%

Wohngeldhaushalte/ WBS-Haushalte

	Wohngeldhaushalte	WBS-Haushalte
alle Altersgruppen	127	443
65 bis unter 80 Jahre	30	21
80 Jahre und älter	15	1

Gesundheit

Anzahl der Einrichtungen

Allgemeinmediziner/ Hausärzte	5
Ambulanter Pflegedienst	4
Apotheken	3
Begegnungsstätten	-
Beratungsstellen	-
Betreutes Wohnen	3
Dauerpflegeplätze	132
Demenz	-
Ehrenamt	-
Hospiz	-
Klinik	-
Pflegeeinrichtungen	1
Weiterbildungsangebote	-

Wie zufrieden sind Sie mit der ärztlichen Versorgung

... in Potsdam?⁶

alle Altersgruppen	2,4
50 bis unter 65 Jahre	2,5
65 bis unter 80 Jahre	2,3
Menschen mit Behinderung	2,6

... im Stadtteil?⁶

alle Altersgruppen	3,1
50 bis unter 65 Jahre	2,8
65 bis unter 80 Jahre	2,7
Menschen mit Behinderung	3,1

Anteil der mit Ihrem gegenwärtigen Leben sehr zufriedenen/ zufriedenen Menschen

alle Altersgruppen	91%
50 bis unter 65 Jahre	92%
65 bis unter 80 Jahre	92%

Anteil derjenigen, die Ihre persönliche Zukunft optimistisch und eher optimistisch sehen

alle Altersgruppen	82%
50 bis unter 65 Jahre	79%
65 bis unter 80 Jahre	70%

Wohnen und Wohnumfeld

Anzahl alten- und behindertengerechte Wohnungen im Sozialraum

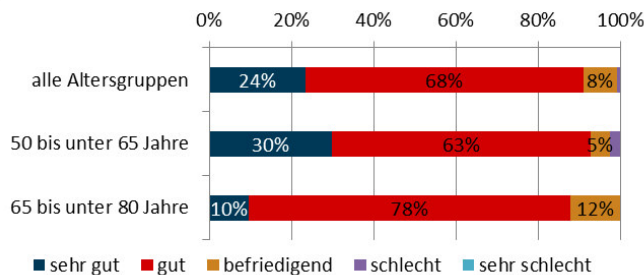
Alten- und behindertengerechte Wohnungen	63
Wohnungen Gesamt	11.416

Wohnart	Eigentümer	Mieter/in oder Untermieter/in
Potsdam alle Altersgruppen	42%	58%
50 bis unter 65 Jahre	51%	49%
65 bis unter 80 Jahre	54%	47%

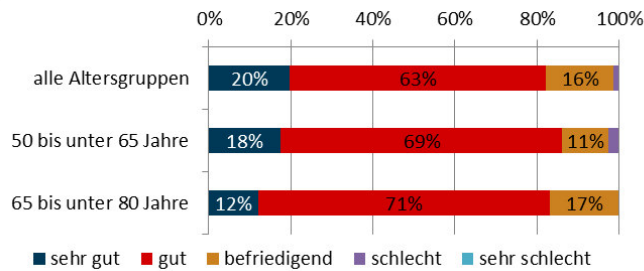
Leben in barrierearmer Wohnung	Ja	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	55%	45%
50 bis unter 65 Jahre	51%	49%
65 bis unter 80 Jahre	78%	22%

Umzug geplant	Ja	Möglich- erweise	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	11%	22%	66%
50 bis unter 65 Jahre	4%	15%	82%
65 bis unter 80 Jahre	5%	13%	83%

Lebensqualität in Potsdam



Lebensqualität im Stadtteil



Verbundenheit mit...	sehr stark/ stark	weniger stark/ überhaupt nicht
der Stadt Potsdam	72%	28%
dem eigenem Ortsteil	72%	28%

Zufriedenheit im eigenen Stadtteil/ in Potsdam mit...	Im eigenen Stadtteil	In Potsdam
Angebote für Freizeitgestaltung und Erholung	-	2,7
Bibliotheken	-	2,3
Einkaufsmöglichkeiten (Nahversorgung)	2,5	-
Einzelhandel und Dienstleistungsangebot	-	2,5
Freizeiteinrichtungen für Senioren	4,0	-
Gastronomisches Angebot	-	2,5
Grün- und Erholungsflächen	2,2	2,1
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	3,5	2,5
Museen und Ausstellung	-	2,2
Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität	3,6	3,6
Sauberkeit auf Straßen und Plätzen	3,4	3,7
Schwimmbäder	-	3,3
Sportanlagen	-	2,9
Vereinsleben	-	2,7
Verkehrsanbindung (Öffentlicher Nahverkehr)	2,6	-
Weiterbildungseinrichtungen/ -angebote	-	2,9
Wohnungsangebot	3,1	3,3

Benutzung Verkehrsmittel...	Auto	ÖPNV	Fahr- rad	zu Fuß
... für Einkäufe/ Erledigungen	41%	24%	19%	16%
... für Freizeit- aktivitäten	31%	27%	28%	13%
... für den Weg in die Innenstadt	26%	37%	25%	13%

Zufriedenheit mit...

Zustand Gehwege	3,5
Sicherheit Gehwege	3,4
Straßenquerungsmöglichkeiten	3,1
Zustand der Radwege	3,5
Sicherheit der Radwege	3,7
Linienetz des ÖPNV	2,7
Taktzeiten des ÖPNV	2,8
Fahrbahnzustand der Straßen	3,5
Autoverkehr (Ampeln/ Verkehrsführung)	3,8

Nutzung der Einrichtungen...

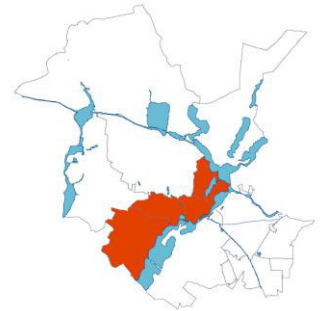
Bibliotheken	18%
Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten	11%
Freizeiteinrichtungen für Senioren	9%
Grün- und Erholungsflächen	70%
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	51%
Museen und Ausstellungen	56%
Schwimmbäder	24%
Sportanlagen	11%
Verein oder Sportverein	19%
Weiterbildungsangebote	6%

Sozialraum 3

Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte

Planungsräume

- 301 Nauener und Berliner Vorstadt
- 302 Innenstadt, Am Weinberg
- 303 Brandenburger Vorstadt
- 304 Potsdam West

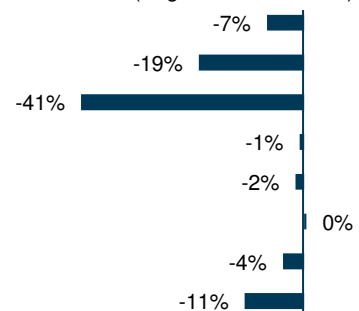


Soziodemografie und Soziales

Indikatoren	2017	2035
Bevölkerungsveränderung (Gesamt)	40.356	47.816
Bevölkerungsveränderung (über 65-jährige)	8.212	10.351
Bevölkerungsveränderung (über 80-jährige)	2.708	3.237
Durchschnittsalter	42,8	43,5
Frauenanteil (bei den über 65-jährigen)	60,3%	56,9%
Frauenanteil (bei den über 80-jährigen)	65,2%	63,2%
Jugendquotient	0,28	0,28
Altenquotient	0,35	0,35

Abweichung vom Wert der LHP

(Angabe in %-Punkten)



Einkommen/ Materielle Lage	Gesamt	50 bis unter 65	65 bis unter 80
Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (Median)	2.800 €	3.000 €	2.200 €
Leistungsempfänger Grundsicherung (SGB XII)	0,8%	0,9%	2,9%

Wohngeldhaushalte/ WBS-Haushalte

	Wohngeldhaushalte	WBS-Haushalte
alle Altersgruppen	402	828
65 bis unter 80 Jahre	106	71
80 Jahre und älter	46	18

Gesundheit

Anzahl der Einrichtungen

Allgemeinmediziner/ Hausärzte	39
Ambulanter Pflegedienst	24
Apotheken	18
Begegnungsstätten	7
Beratungsstellen	5
Betreutes Wohnen	8
Dauerpflegeplätze	587
Demenz	3
Ehrenamt	3
Hospiz	-
Klinik	3
Pflegeeinrichtungen	9
Weiterbildungsangebote	6

Anteil der mit Ihrem gegenwärtigen Leben sehr zufriedenen/ zufriedenen Menschen

alle Altersgruppen	85%
50 bis unter 65 Jahre	83%
65 bis unter 80 Jahre	86%

Wie zufrieden sind Sie mit der ärztlichen Versorgung

... in Potsdam?

alle Altersgruppen	2,5
50 bis unter 65 Jahre	2,5
65 bis unter 80 Jahre	2,2
Menschen mit Behinderung	2,5

... im Stadtteil?

alle Altersgruppen	2,4
50 bis unter 65 Jahre	2,4
65 bis unter 80 Jahre	2,1
Menschen mit Behinderung	2,4

Anteil derjenigen, die Ihre persönliche Zukunft optimistisch und eher optimistisch sehen

alle Altersgruppen	71%
50 bis unter 65 Jahre	66%
65 bis unter 80 Jahre	56%

Wohnen und Wohnumfeld

Anzahl alten- und behindertengerechte Wohnungen im Sozialraum

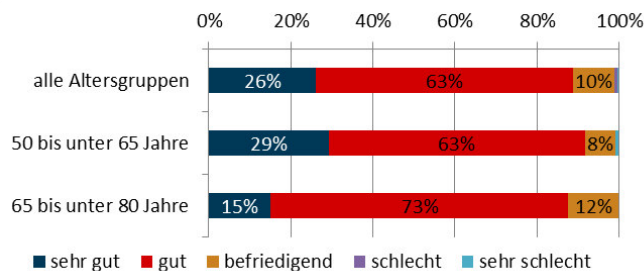
Alten- und behindertengerechte Wohnungen	145
Wohnungen Gesamt	21.558

Wohnart	Eigentümer	Mieter/in oder Untermieter/in
Potsdam alle Altersgruppen	12%	88%
50 bis unter 65 Jahre	19%	81%
65 bis unter 80 Jahre	18%	82%

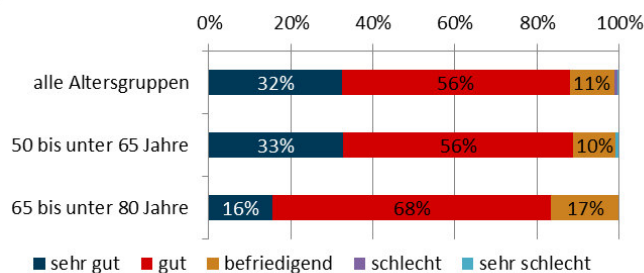
Leben in barrierearmer Wohnung	Ja	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	40%	60%
50 bis unter 65 Jahre	48%	52%
65 bis unter 80 Jahre	61%	39%

Umzug geplant	Ja	Möglich- erweise	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	13%	29%	58%
50 bis unter 65 Jahre	5%	17%	79%
65 bis unter 80 Jahre	1%	17%	82%

Lebensqualität in Potsdam



Lebensqualität im Stadtteil



Verbundenheit mit...	sehr stark/ stark	weniger stark/ überhaupt nicht
der Stadt Potsdam	86%	14%
dem eigenem Ortsteil	81%	19%

Zufriedenheit im eigenen Stadtteil/ in Potsdam mit...

	Im eigenen Stadtteil	In Potsdam
Angebote für Freizeitgestaltung und Erholung	-	2,7
Bibliotheken	-	2,4
Einkaufsmöglichkeiten (Nahversorgung)	2,1	-
Einzelhandel und Dienstleistungsangebot	-	2,3
Freizeiteinrichtungen für Senioren	3,1	-
Gastronomisches Angebot	-	2,4
Grün- und Erholungsflächen	1,9	2,0
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	2,7	2,3
Museen und Ausstellung	-	2,0
Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität	3,4	3,6
Sauberkeit auf Straßen und Plätzen	3,8	4,0
Schwimmbäder	-	2,9
Sportanlagen	-	3,0
Vereinsleben	-	2,7
Verkehrsanbindung (Öffentlicher Nahverkehr)	2,3	-
Weiterbildungseinrichtungen/ -angebote	-	2,5
Wohnungsangebot	3,7	3,8

Benutzung Verkehrsmittel...	Auto	ÖPNV	Fahr- rad	zu Fuß
... für Einkäufe/ Ereidigungen	28%	21%	25%	26%
... für Freizeit- aktivitäten	23%	25%	30%	22%
... für den Weg in die Innenstadt	9%	27%	27%	37%

Zufriedenheit mit...

Zustand Gehwege	3,8
Sicherheit Gehwege	3,6
Straßenquerungsmöglichkeiten	3,1
Zustand der Radwege	3,5
Sicherheit der Radwege	3,8
Liniennetz des ÖPNV	2,6
Taktzeiten des ÖPNV	2,9
Fahrbahnzustand der Straßen	3,7
Autoverkehr (Ampeln/ Verkehrsführung)	3,9

Nutzung der Einrichtungen...

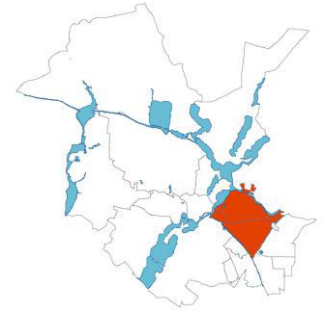
Bibliotheken	23%
Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten	9%
Freizeiteinrichtungen für Senioren	13%
Grün- und Erholungsflächen	81%
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	52%
Museen und Ausstellungen	62%
Schwimmbäder	32%
Sportanlagen	15%
Verein oder Sportverein	22%
Weiterbildungsangebote	5%

Sozialraum 4

Babelsberg, Zentrum Ost

Planungsräume

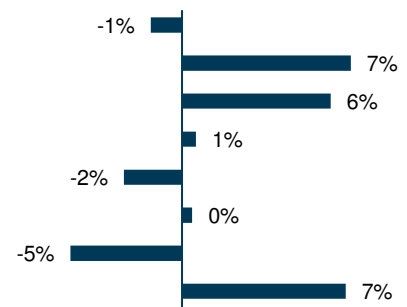
- 401 Zentrum Ost
- 402 Babelsberg Nord, Klein Glienicke
- 403 Babelsberg Süd



Soziodemografie und Soziales

Indikatoren	2017	2035
Bevölkerungsveränderung (Gesamt)	29.863	37.036
Bevölkerungsveränderung (über 65-jährige)	4.863	7.398
Bevölkerungsveränderung (über 80-jährige)	1.238	2.059
Durchschnittsalter	40,9	42,2
Frauenanteil (bei den über 65-jährigen)	58,4%	54,6%
Frauenanteil (bei den über 80-jährigen)	62,8%	61,0%
Jugendquotient	0,28	0,28
Altenquotient	0,27	0,32

Abweichung vom Wert der LHP (Angabe in %-Punkten)



Einkommen/ Materielle Lage	Gesamt	50 bis unter 65	65 bis unter 80
Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (Median)	3.000 €	3.000 €	2.100 €
Leistungsempfänger Grundsicherung (SGB XII)	0,9%	1,1%	2,6%

Wohngeldhaushalte/ WBS-Haushalte

	Wohngeldhaushalte	WBS-Haushalte
alle Altersgruppen	274	427
65 bis unter 80 Jahre	64	26
80 Jahre und älter	26	7

Gesundheit

Anzahl der Einrichtungen

Allgemeinmediziner/ Hausärzte	27
Ambulanter Pflegedienst	7
Apotheken	7
Begegnungsstätten	6
Beratungsstellen	1
Betreutes Wohnen	1
Dauerpflegeplätze	101
Demenz	1
Ehrenamt	1
Hospiz	-
Klinik	1
Pflegeeinrichtungen	2
Weiterbildungsangebote	1

Wie zufrieden sind Sie mit der ärztlichen Versorgung

... in Potsdam?

alle Altersgruppen	2,5
50 bis unter 65 Jahre	2,5
65 bis unter 80 Jahre	2,3
Menschen mit Behinderung	2,3

... im Stadtteil?

alle Altersgruppen	2,4
50 bis unter 65 Jahre	2,4
65 bis unter 80 Jahre	2,2
Menschen mit Behinderung	2,3

Anteil der mit Ihrem gegenwärtigen Leben sehr zufriedenen/ zufriedenen Menschen

alle Altersgruppen	89%
50 bis unter 65 Jahre	90%
65 bis unter 80 Jahre	86%

Anteil derjenigen, die Ihre persönliche Zukunft optimistisch und eher optimistisch sehen

alle Altersgruppen	77%
50 bis unter 65 Jahre	74%
65 bis unter 80 Jahre	68%

Wohnen und Wohnumfeld

Anzahl alten- und behindertengerechte Wohnungen im Sozialraum

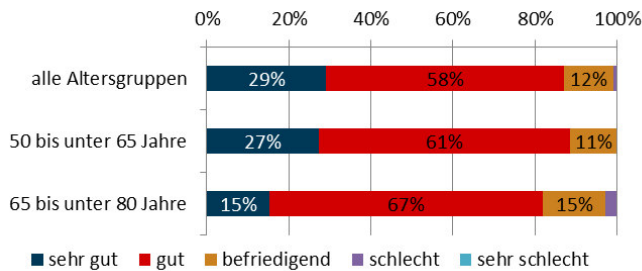
Alten- und behindertengerechte Wohnungen	63
Wohnungen Gesamt	15.872

Wohnart	Eigentümer	Mieter/in oder Untermieter/in
Potsdam alle Altersgruppen	31%	69%
50 bis unter 65 Jahre	46%	54%
65 bis unter 80 Jahre	40%	60%

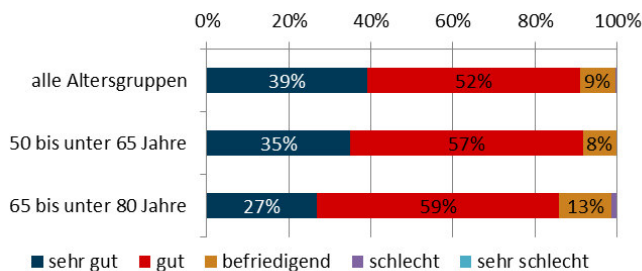
Leben in barrierearmer Wohnung	Ja	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	45%	55%
50 bis unter 65 Jahre	53%	47%
65 bis unter 80 Jahre	57%	43%

Umzug geplant	Ja	Möglich- erweise	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	14%	24%	62%
50 bis unter 65 Jahre	5%	21%	74%
65 bis unter 80 Jahre	1%	11%	87%

Lebensqualität in Potsdam



Lebensqualität im Stadtteil



Benutzung Verkehrsmittel...	Auto	ÖPNV	Fahr- rad	zu Fuß
... für Einkäufe/ Erledigungen	33%	21%	28%	18%
... für Freizeit- aktivitäten	27%	28%	29%	17%
... für den Weg in die Innenstadt	19%	45%	27%	9%

Zufriedenheit mit...

Zustand Gehwege	3,8
Sicherheit Gehwege	3,7
Straßenquerungsmöglichkeiten	3,2
Zustand der Radwege	3,8
Sicherheit der Radwege	4,0
Linienetz des ÖPNV	2,4
Taktzeiten des ÖPNV	2,7
Fahrbahnzustand der Straßen	3,6
Autoverkehr (Ampeln/ Verkehrsführung)	3,8

Verbundenheit mit...	sehr stark/ stark	weniger stark/ überhaupt nicht
der Stadt Potsdam	78%	22%
dem eigenem Ortsteil	78%	22%

Zufriedenheit im eigenen Stadtteil/ in Potsdam mit...

	Im eigenen Stadtteil	In Potsdam
Angebote für Freizeitgestaltung und Erholung	-	2,5
Bibliotheken	-	2,3
Einkaufsmöglichkeiten (Nahversorgung)	2,1	-
Einzelhandel und Dienstleistungsangebot	-	2,3
Freizeiteinrichtungen für Senioren	3,4	-
Gastronomisches Angebot	-	2,2
Grün- und Erholungsflächen	2,2	2,1
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	2,9	2,3
Museen und Ausstellung	-	2,1
Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität	3,8	3,8
Sauberkeit auf Straßen und Plätzen	4,1	4,0
Schwimmbäder	-	2,8
Sportanlagen	-	3,3
Vereinsleben	-	2,7
Verkehrsbindung (Öffentlicher Nahverkehr)	2,3	-
Weiterbildungseinrichtungen/ -angebote	-	2,5
Wohnungsangebot	3,7	3,7

Nutzung der Einrichtungen...

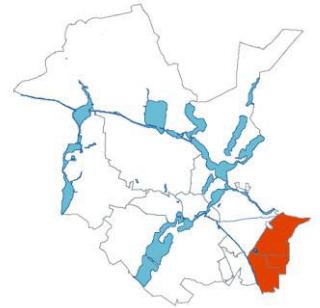
Bibliotheken	24%
Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten	4%
Freizeiteinrichtungen für Senioren	15%
Grün- und Erholungsflächen	74%
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	56%
Museen und Ausstellungen	60%
Schwimmbäder	31%
Sportanlagen	19%
Verein oder Sportverein	25%
Weiterbildungsangebote	6%

Sozialraum 5

Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

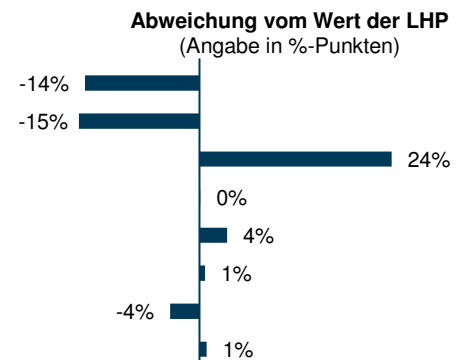
Planungsräume

- 501 Stern
- 502 Drewitz
- 503 Alt Drewitz, Kirchsteigfeld



Soziodemografie und Soziales

Indikatoren	2017	2035
Bevölkerungsveränderung (Gesamt)	28.620	31.738
Bevölkerungsveränderung (über 65-jährige)	6.187	8.052
Bevölkerungsveränderung (über 80-jährige)	1.522	2.810
Durchschnittsalter	44,1	45,3
Frauenanteil (bei den über 65-jährigen)	57,4%	57,1%
Frauenanteil (bei den über 80-jährigen)	64,1%	62,4%
Jugendquotient	0,27	0,27
Altenquotient	0,38	0,43



Einkommen/ Materielle Lage	Gesamt	50 bis unter 65	65 bis unter 80
Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (Median)	2.300 €	2.200 €	2.000 €
Leistungsempfänger Grundsicherung (SGB XII)	1,4%	1,2%	3,4%

Wohngeldhaushalte/ WBS-Haushalte

	Wohngeldhaushalte	WBS-Haushalte
alle Altersgruppen	302	710
65 bis unter 80 Jahre	65	49
80 Jahre und älter	19	17

Gesundheit

Anzahl der Einrichtungen

Allgemeinmediziner/ Hausärzte	10
Ambulanter Pflegedienst	8
Apotheken	7
Begegnungsstätten	6
Beratungsstellen	1
Betreutes Wohnen	1
Dauerpflegeplätze	133
Demenz	1
Ehrenamt	-
Hospiz	-
Klinik	-
Pflegeeinrichtungen	2
Weiterbildungsangebote	-

Wie zufrieden sind Sie mit der ärztlichen Versorgung

... in Potsdam?

alle Altersgruppen	2,5
50 bis unter 65 Jahre	2,6
65 bis unter 80 Jahre	2,4
Menschen mit Behinderung	2,3

... im Stadtteil?

alle Altersgruppen	2,4
50 bis unter 65 Jahre	2,3
65 bis unter 80 Jahre	2,1
Menschen mit Behinderung	2,1

Anteil der mit Ihrem gegenwärtigen Leben sehr zufriedenen/ zufriedenen Menschen

alle Altersgruppen	77%
50 bis unter 65 Jahre	71%
65 bis unter 80 Jahre	85%

Anteil derjenigen, die Ihre persönliche Zukunft optimistisch und eher optimistisch sehen

alle Altersgruppen	69%
50 bis unter 65 Jahre	62%
65 bis unter 80 Jahre	65%

Wohnen und Wohnumfeld

Anzahl alten- und behindertengerechte Wohnungen im Sozialraum

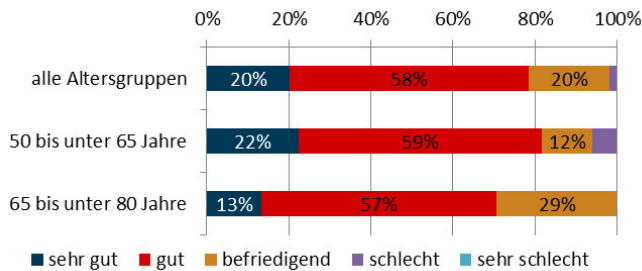
Alten- und behindertengerechte Wohnungen	138
Wohnungen Gesamt	15.610

Wohnart	Eigentümer	Mieter/in oder Untermieter/in
Potsdam alle Altersgruppen	17%	83%
50 bis unter 65 Jahre	26%	74%
65 bis unter 80 Jahre	15%	85%

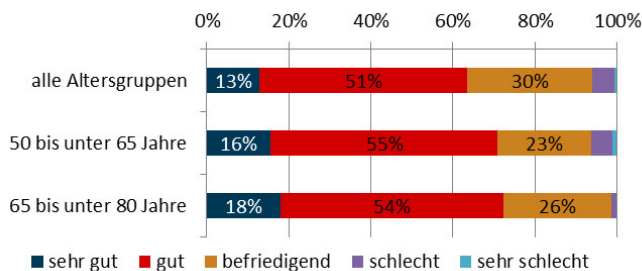
Leben in barrierearmer Wohnung	Ja	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	44%	56%
50 bis unter 65 Jahre	51%	49%
65 bis unter 80 Jahre	52%	48%

Umzug geplant	Ja	Möglich- erweise	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	13%	27%	60%
50 bis unter 65 Jahre	8%	21%	71%
65 bis unter 80 Jahre	5%	13%	81%

Lebensqualität in Potsdam



Lebensqualität im Stadtteil



Benutzung Verkehrsmittel...	Auto	ÖPNV	Fahr- rad	zu Fuß
... für Einkäufe/ Erledigungen	38%	20%	21%	22%
... für Freizeit- aktivitäten	39%	29%	19%	13%
... für den Weg in die Innenstadt	32%	61%	6%	1%

Zufriedenheit mit...

Zustand Gehwege	3,4
Sicherheit Gehwege	3,4
Straßenquerungsmöglichkeiten	2,9
Zustand der Radwege	3,6
Sicherheit der Radwege	4,0
Liniennetz des ÖPNV	2,4
Taktzeiten des ÖPNV	2,5
Fahrbahnzustand der Straßen	3,7
Autoverkehr (Ampeln/ Verkehrsführung)	3,9

Verbundenheit mit...	sehr stark/ stark	weniger stark/ überhaupt nicht
der Stadt Potsdam	81%	19%
dem eigenem Ortsteil	74%	26%

Zufriedenheit im eigenen Stadtteil/ in Potsdam mit...

	Im eigenen Stadtteil	In Potsdam
Angebote für Freizeitgestaltung und Erholung	-	2,7
Bibliotheken	-	2,2
Einkaufsmöglichkeiten (Nahversorgung)	2,0	-
Einzelhandel und Dienstleistungsangebot	-	2,2
Freizeiteinrichtungen für Senioren	3,4	-
Gastronomisches Angebot	-	2,5
Grün- und Erholungsflächen	2,7	2,4
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	3,1	2,5
Museen und Ausstellung	-	2,2
Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität	4,0	4,1
Sauberkeit auf Straßen und Plätzen	4,3	4,4
Schwimmbäder	-	2,6
Sportanlagen	-	3,0
Vereinsleben	-	2,9
Verkehrsbindung (Öffentlicher Nahverkehr)	2,0	-
Weiterbildungseinrichtungen/ -angebote	-	2,8
Wohnungsangebot	3,3	3,7

Nutzung der Einrichtungen...

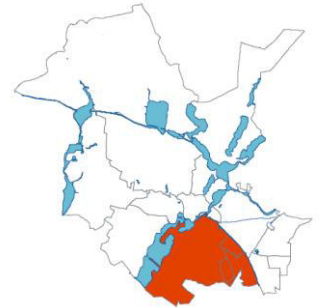
Bibliotheken	13%
Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten	5%
Freizeiteinrichtungen für Senioren	20%
Grün- und Erholungsflächen	65%
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	45%
Museen und Ausstellungen	48%
Schwimmbäder	33%
Sportanlagen	9%
Verein oder Sportverein	24%
Weiterbildungsangebote	3%

Sozialraum 6

Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Planungsräume

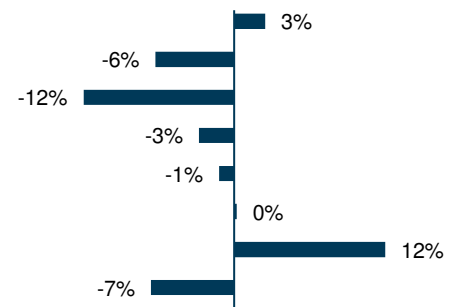
- 601 Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt
- 602 Schlaatz
- 603 Waldstadt I, Industriegelände
- 604 Waldstadt II



Soziodemografie und Soziales

Indikatoren	2017	2035
Bevölkerungsveränderung (Gesamt)	34.497	44.086
Bevölkerungsveränderung (über 65-jährige)	6.998	9.723
Bevölkerungsveränderung (über 80-jährige)	2.221	3.290
Durchschnittsalter	43,8	43,7
Frauenanteil (bei den über 65-jährigen)	59,5%	56,3%
Frauenanteil (bei den über 80-jährigen)	64,0%	62,0%
Jugendquotient	0,24	0,28
Altenquotient	0,34	0,36

Abweichung vom Wert der LHP
(Angabe in %-Punkten)



Einkommen/ Materielle Lage	Gesamt	50 bis unter 65	65 bis unter 80
Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (Median)	2.200 €	2.500 €	1.854 €
Leistungsempfänger Grundsicherung (SGB XII)	1,6%	1,9%	4,1%

Wohngeldhaushalte/ WBS-Haushalte

	Wohngeldhaushalte	WBS-Haushalte
alle Altersgruppen	461	1.132
65 bis unter 80 Jahre	118	54
80 Jahre und älter	40	9

Gesundheit

Anzahl der Einrichtungen

Allgemeinmediziner/ Hausärzte	10
Ambulanter Pflegedienst	11
Apotheken	6
Begegnungsstätten	6
Beratungsstellen	1
Betreutes Wohnen	3
Dauerpflegeplätze	275
Demenz	-
Ehrenamt	2
Hospiz	1
Klinik	-
Pflegeeinrichtungen	4
Weiterbildungsangebote	-

Anteil der mit Ihrem gegenwärtigen Leben sehr zufriedenen/ zufriedenen Menschen

alle Altersgruppen	79%
50 bis unter 65 Jahre	72%
65 bis unter 80 Jahre	85%

Wie zufrieden sind Sie mit der ärztlichen Versorgung

... in Potsdam?

alle Altersgruppen	2,5
50 bis unter 65 Jahre	2,5
65 bis unter 80 Jahre	2,4
Menschen mit Behinderung	2,5

... im Stadtteil?

alle Altersgruppen	2,7
50 bis unter 65 Jahre	2,4
65 bis unter 80 Jahre	2,2
Menschen mit Behinderung	2,3

Anteil derjenigen, die Ihre persönliche Zukunft optimistisch und eher optimistisch sehen²

alle Altersgruppen	64%
50 bis unter 65 Jahre	50%
65 bis unter 80 Jahre	59%

Wohnen und Wohnumfeld

Anzahl alten- und behindertengerechte Wohnungen im Sozialraum

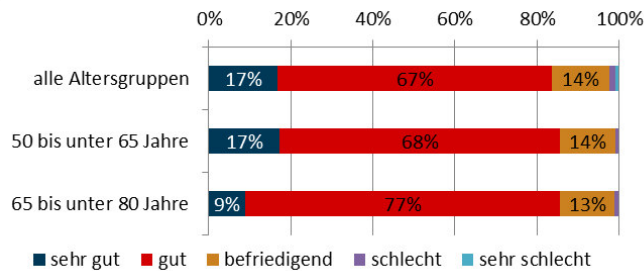
Alten- und behindertengerechte Wohnungen	256
Wohnungen Gesamt	19.213

Wohnart	Eigentümer	Mieter/in oder Untermieter/in
Potsdam alle Altersgruppen	12%	88%
50 bis unter 65 Jahre	18%	82%
65 bis unter 80 Jahre	8%	92%

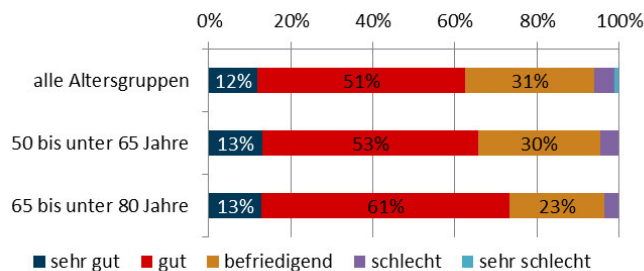
Leben in barrierearmer Wohnung	Ja	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	36%	64%
50 bis unter 65 Jahre	42%	58%
65 bis unter 80 Jahre	43%	57%

Umzug geplant	Ja	Möglich- erweise	Nein
Potsdam alle Altersgruppen	14%	25%	61%
50 bis unter 65 Jahre	4%	20%	77%
65 bis unter 80 Jahre	6%	20%	75%

Lebensqualität in Potsdam



Lebensqualität im Stadtteil



Verbundenheit mit...	sehr stark/ stark	weniger stark/ überhaupt nicht
der Stadt Potsdam	81%	19%
dem eigenem Ortsteil	76%	24%

Zufriedenheit im eigenen Stadtteil/ in Potsdam mit...	Im eigenen Stadtteil	In Potsdam
Angebote für Freizeitgestaltung und Erholung	-	2,7
Bibliotheken	-	2,5
Einkaufsmöglichkeiten (Nahversorgung)	2,1	-
Einzelhandel und Dienstleistungsangebot	-	2,3
Freizeiteinrichtungen für Senioren	3,1	-
Gastronomisches Angebot	-	2,3
Grün- und Erholungsflächen	2,5	2,3
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	3,2	2,6
Museen und Ausstellung	-	2,2
Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität	4,2	4,0
Sauberkeit auf Straßen und Plätzen	4,0	4,2
Schwimmbäder	-	2,8
Sportanlagen	-	3,0
Vereinsleben	-	3,1
Verkehrsbindung (Öffentlicher Nahverkehr)	2,2	-
Weiterbildungseinrichtungen/ -angebote	-	3,0
Wohnungsangebot	2,9	3,5

Benutzung Verkehrsmittel...	Auto	ÖPNV	Fahr- rad	zu Fuß
... für Einkäufe/ Erledigungen	32%	28%	16%	24%
... für Freizeit- aktivitäten	26%	37%	20%	18%
... für den Weg in die Innenstadt	23%	53%	15%	9%

Zufriedenheit mit...

Zustand Gehwege	3,9
Sicherheit Gehwege	3,8
Straßenquerungsmöglichkeiten	3,4
Zustand der Radwege	3,6
Sicherheit der Radwege	3,8
Linienetz des ÖPNV	2,7
Taktzeiten des ÖPNV	2,9
Fahrbahnzustand der Straßen	4,0
Autoverkehr (Ampeln/ Verkehrsführung)	3,8

Nutzung der Einrichtungen...

Bibliotheken	18%
Bürgerhäuser/ Begegnungsstätten	18%
Freizeiteinrichtungen für Senioren	26%
Grün- und Erholungsflächen	62%
Kulturelle Einrichtungen und Angebote	47%
Museen und Ausstellungen	49%
Schwimmbäder	28%
Sportanlagen	12%
Verein oder Sportverein	21%
Weiterbildungsangebote	5%

Übersicht der Einrichtungen für Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam

Stand 31.12.2017

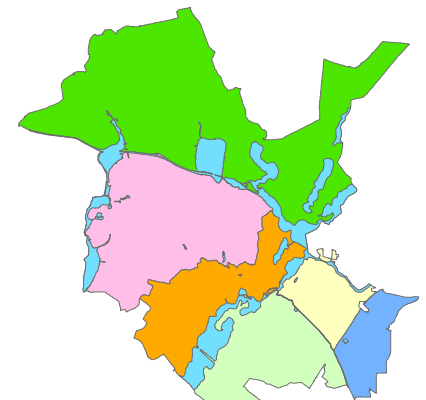


Landeshauptstadt
Potsdam

Legende

Einrichtungen

- Begegnungsstätten
- Beratungsstellen
- Demenz
- Ehrenamt
- Weiterbildungsangebote
- ★ Ambulanter Pflegedienst
- ◆ Betreutes Wohnen
- ◆ Tagespflege
- Hospiz
- Klinik
- Kurzzeitpflege
- Vollstationäre Einrichtung
- Sozialraum

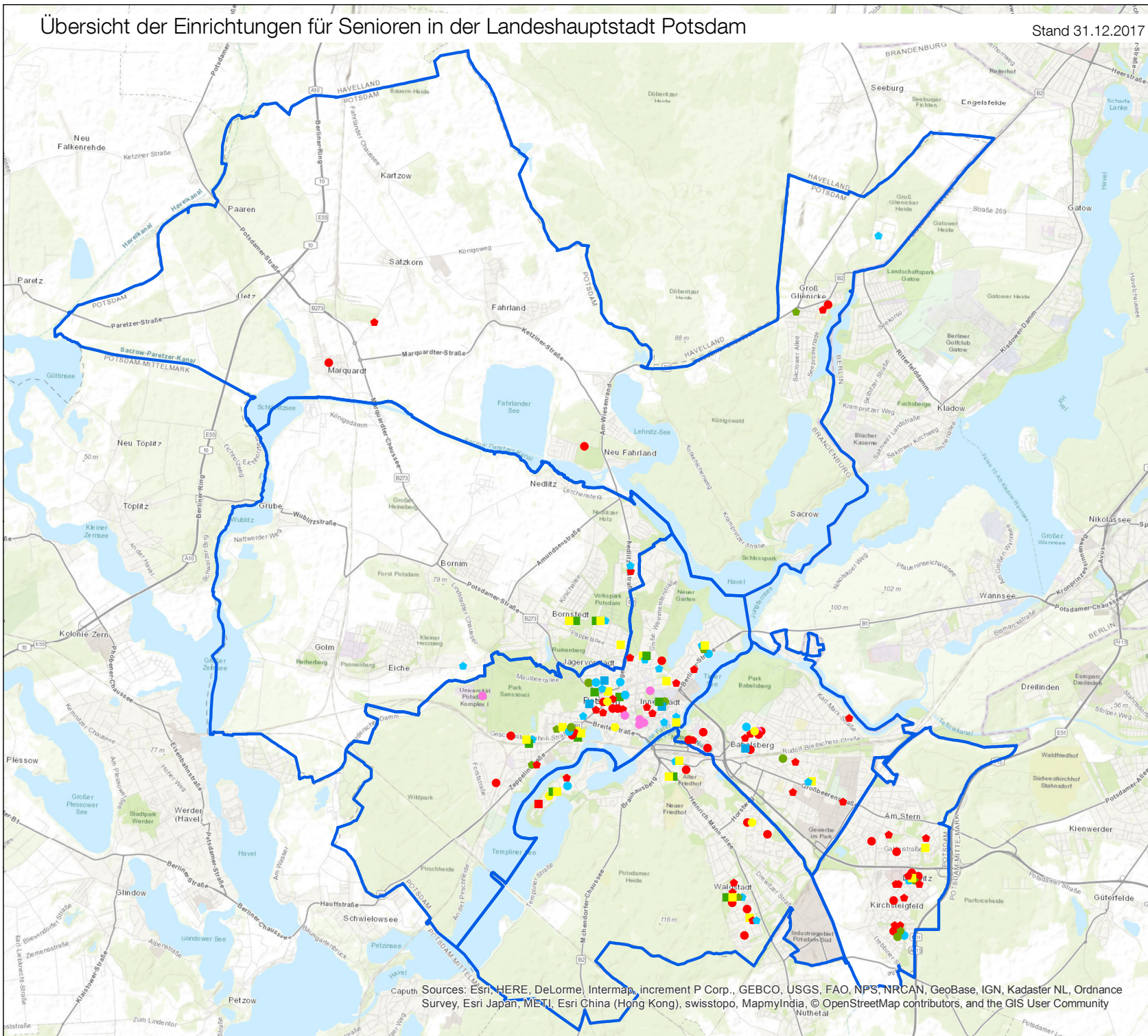


Sozialräume

- I Nördliche Ortsteile
- II Potsdam Nord
- III Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV Babelsberg, Zentrum Ost
- V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Bereich Statistik und Wahlen
14461 Potsdam
E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/statistik

0 0,5 1 2 3 4 Kilometer



Sources: Esri, HERE, DeLorme, Intermap, increment P Corp., GEBCO, USGS, FAO, NPS, NRCAN, GeoBase, IGN, Kadaster NL, Ordnance Survey, Esri Japan, METI, Esri China (Hong Kong), swisstopo, MapmyIndia, © OpenStreetMap contributors, and the GIS User Community

Übersicht der Einrichtungen für Senioren - Sozialraum Nördliche Ortsteile

Stand 31.12.2017

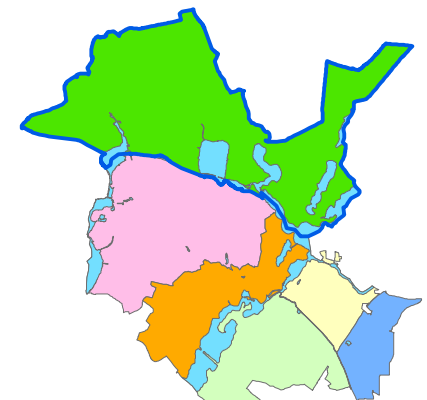


Landeshauptstadt
Potsdam

Legende

Einrichtungen

- Begegnungsstätten
- Beratungsstellen
- Demenz
- Ehrenamt
- Weiterbildungsangebote
- ♦ Ambulanter Pflegedienst
- ◆ Betreutes Wohnen
- ◆ Tagespflege
- Hospiz
- Klinik
- Kurzzeitpflege
- Vollstationäre Einrichtung
- Sozialraum



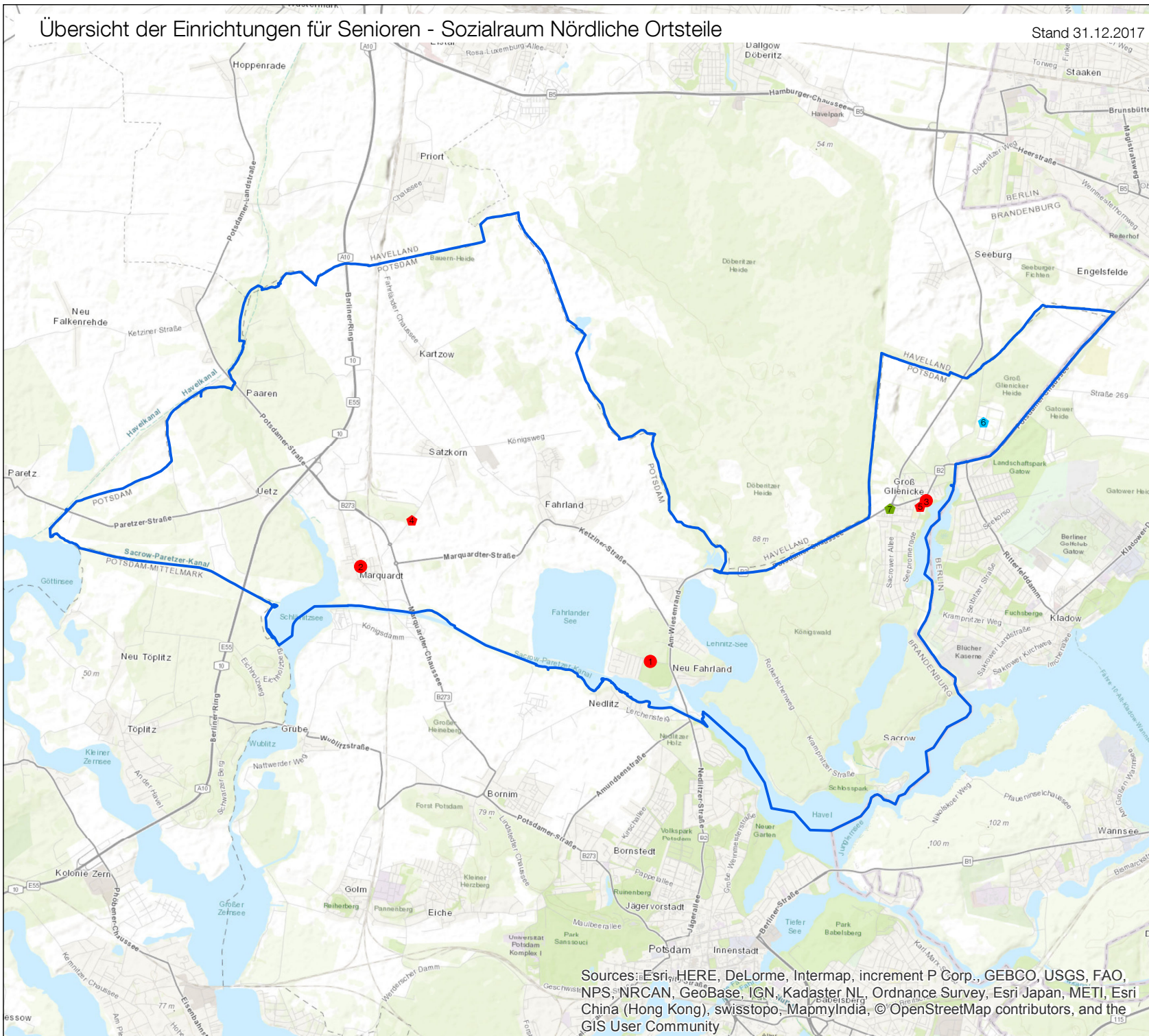
Sozialräume

- I Nördliche Ortsteile
- II Potsdam Nord
- III Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV Babelsberg, Zentrum Ost
- V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Sources: Esri, HERE, DeLorme, Intermap, increment P Corp., GEBCO, USGS, FAO, NPS, NRCAN, GeoBase, IGN, Kadaster NL, Ordnance Survey, Esri Japan, METI, Esri China (Hong Kong), swisstopo, MapmyIndia, © OpenStreetMap contributors, and the GIS User Community

Bereich Statistik und Wahlen
14461 Potsdam
E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/statistik

0 0,5 1 2 3 4 Kilometer



Sozialraum 1 Nördliche Ortsteile - Übersicht der Einrichtungen für Senioren

Begegnungsstätten

- 1 Bürgertreff Neu Fahrland Kultur- und Sportclub 2000 e.V., Am Kirchberg 51, 14476 Potsdam
- 2 Kulturscheune Marquardt, Fahrländer Str. 1c, 14476 Potsdam
- 3 Groß Glienicker Begegnungshaus e.V., Glienicker Dorfstr. 2, 14476 Potsdam

Ambulanter Pflegedienst/ Intensivpflege

- 4 Hauskrankenpflege Doris Hoffie, Satzkorner Bergstr. 2, 14476 Potsdam, OT Satzkorn
- 5 Pflegedienst am See GmbH, Glienicker Dorfstr. 15, 14476 Potsdam, OT Groß Glienicke

Betreutes Wohnen

- 6 Waldhaus - Seniorengerechtes Wohnen, Seeburger Chaussee 2, Haus 1, 14476 Potsdam

Tagespflege

- 7 Tagespflege Albrechtshof, Potsdamer Chaussee 104, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke

Übersicht der Einrichtungen für Senioren - Sozialraum Potsdam Nord

Stand 31.12.2017

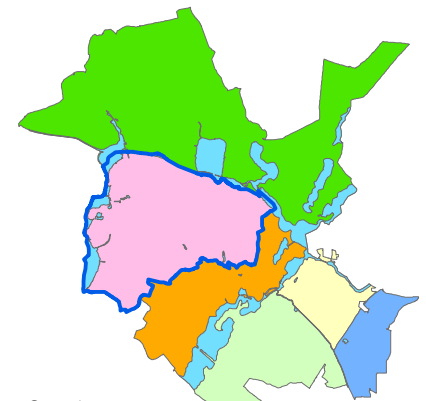


Landeshauptstadt
Potsdam

Legende

Einrichtungen

- Begegnungsstätten
- Beratungsstellen
- Demenz
- Ehrenamt
- Weiterbildungsangebote
- ★ Ambulanter Pflegedienst
- ★ Betreutes Wohnen
- ★ Tagespflege
- Hospiz
- Klinik
- Kurzzeitpflege
- Vollstationäre Einrichtung
- Sozialraum

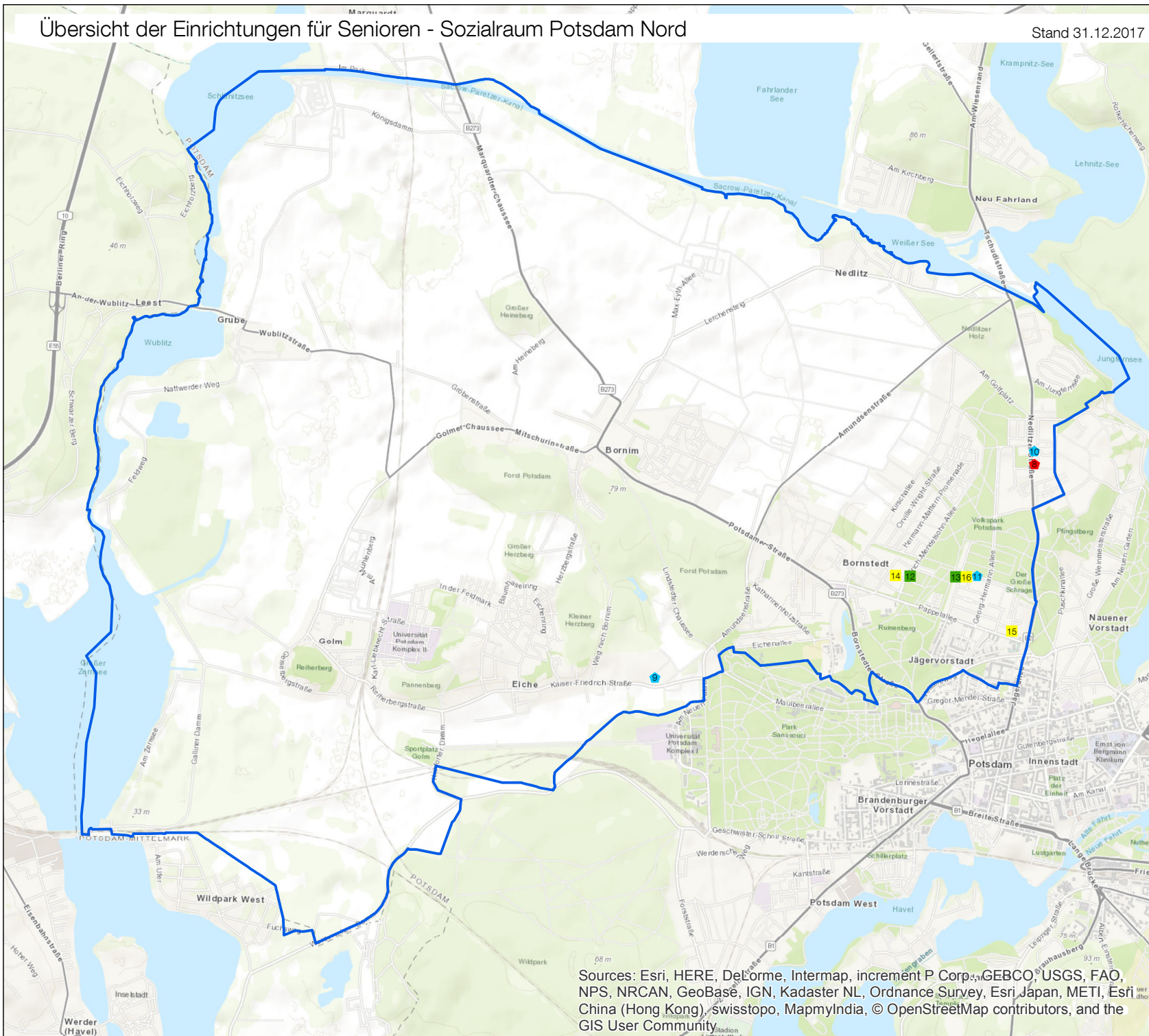


Sozialräume

- I Nördliche Ortsteile
- II Potsdam Nord
- III Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV Babelsberg, Zentrum Ost
- V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Bereich Statistik und Wahlen
14461 Potsdam
E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/statistik

0 0,5 1 2 Kilometer



Sources: Esri, HERE, DeLorme, Intermap, increment P Corp., GEBCO, USGS, FAO, NPS, NRCAN, GeoBase, IGN, Kadaster NL, Ordnance Survey, Esri Japan, METI, Esri China (Hong Kong), Swisstopo, MapmyIndia, © OpenStreetMap contributors, and the GIS User Community

Sozialraum 2 Potsdam Nord - Übersicht der Einrichtungen für Senioren

Ambulanter Pflegedienst/ Intensivpflege

8 Häusliche Krankenpflege und Seniorenbetreuung Backschieß, Graf-von-Schwerin-Str. 1, 14469 Potsdam

Betreutes Wohnen

9 Deutsche Seniorenstiftgesellschaft mbH & Co.KG Service Wohnen Am Schlosspark, Carl-Dähne-Str. 3, 14469 Potsdam

10 Kurfürstenstift GmbH; Haus am Pfingstberg, Graf-von-Schwerin-Str. 3, 14469 Potsdam

11 Seniorenpflegeheim St. Franziskus, Kiepenheuerallee 21, 14469 Potsdam

Kurzzeitpflege

12 LAFIM Dienste für Menschen im Alter gGmbH; Evangelische Seniorenresidenz Luisengarten, Alexander-Klein-Str. 4, 14469 Potsdam

13 Seniorenpflegeheim St. Franziskus, Kiepenheuerallee 21, 14469 Potsdam

Vollstationäre Einrichtung

14 LAFIM - Dienste für Menschen im Alter gGmbH; Evangelische Seniorenresidenz Luisengarten, Alexander-Klein-Str. 4, 14469 Potsdam

15 Vitanas Senioren Centrum Am Volkspark, Johannes-Lepsius-Str. 31, 14469 Potsdam

16 Seniorenpflegeheim St. Franziskus, Kiepenheuerallee 21, 14469 Potsdam

Übersicht der Einrichtungen für Senioren - Sozialraum Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte

Stand 31.12.2017

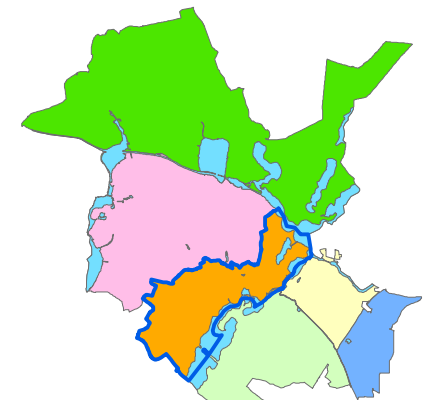


Landeshauptstadt
Potsdam

Legende

Einrichtungen

- Begegnungsstätten
- Beratungsstellen
- Demenz
- Ehrenamt
- Weiterbildungsangebote
- ★ Ambulanter Pflegedienst
- ★ Betreutes Wohnen
- ★ Tagespflege
- ★ Hospiz
- ★ Klinik
- ★ Kurzzeitpflege
- ★ Vollstationäre Einrichtung
- Sozialraum

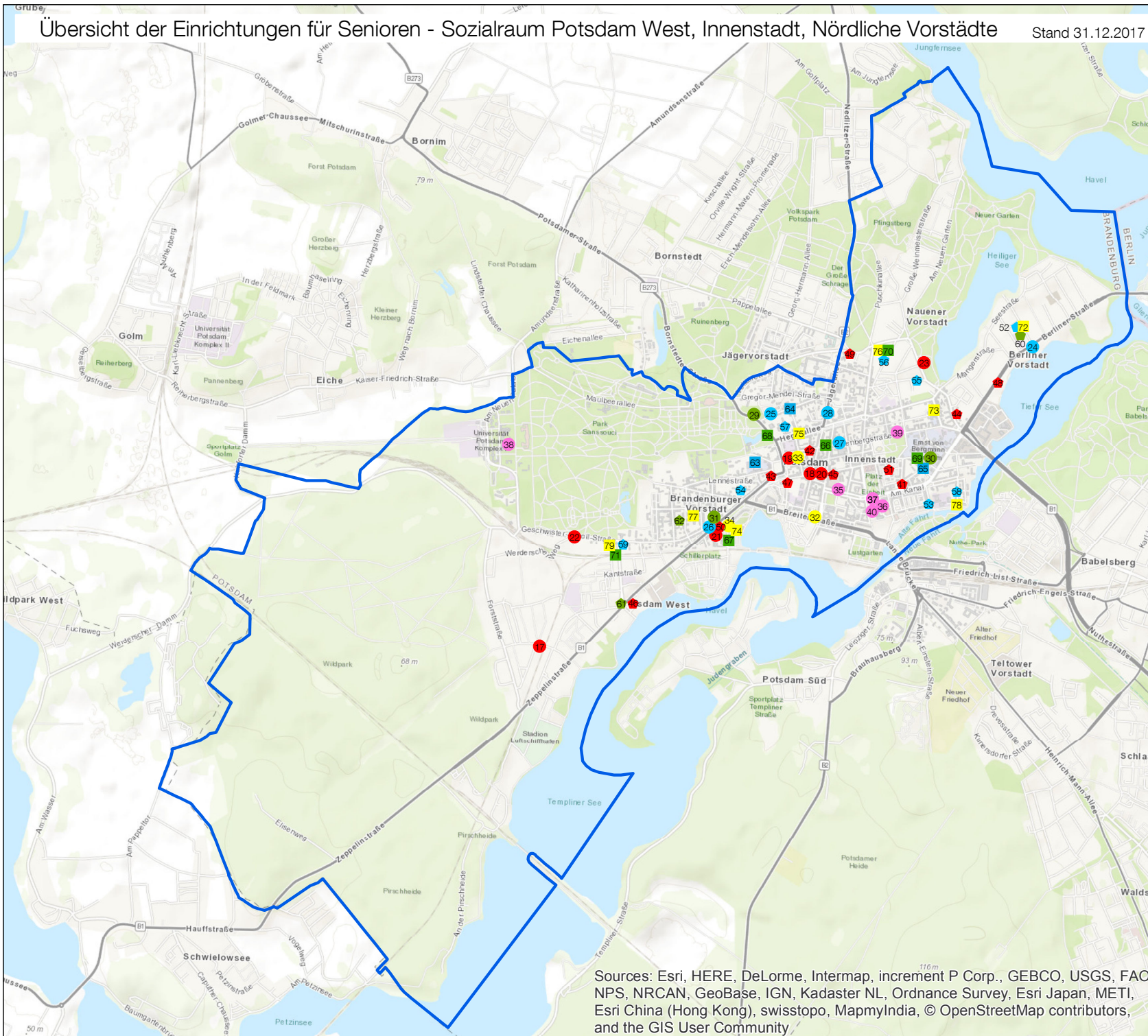


Sozialräume

- I Nördliche Ortsteile
- II Potsdam Nord
- III Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV Babelsberg, Zentrum Ost
- V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Sources: Esri, HERE, DeLorme, Intermap, increment P Corp., GEBCO, USGS, FAO, NPS, NRCAN, GeoBase, IGN, Kadaster NL, Ordnance Survey, Esri Japan, METI, Esri China (Hong Kong), swisstopo, MapmyIndia, © OpenStreetMap contributors, and the GIS User Community

Bereich Statistik und Wahlen
14461 Potsdam
E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/statistik



Sozialraum 3 Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte - Übersicht der Einrichtungen für Senioren

Begegnungsstätten

- 17 Brückenbogen 5, Im Bogen 5, 14471 Potsdam
- 18 Schickes Altern, Charlottenstr. 19, 14467 Potsdam
- 19 SEKIZ - Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum e.V., Hermann- Elflein- Str. 11, 14467 Potsdam
- 20 Selbstbewusst altern in Europa e.V., Charlottenstr. 19, 14467 Potsdam
- 21 Seniorenbegegnungsstätte der Volkssolidarität "Auf dem Kiewitt", Zeppelinstr. 163a, 14471 Potsdam
- 22 Stadtteilnetzwerk Potsdam West e.V., Geschwister-Scholl-Str. 51, 14471 Potsdam
- 23 Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Beratungsstellen

- 24 Caritas Betreuungsverein Potsdam, Berliner Str. 49, 14467 Potsdam
- 25 Evangelisches Zentrum für Altersmedizin Beratungsstelle Rund ums Alter, Weinbergstr. 18-19, 14469 Potsdam
- 26 Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörigen bei der Volkssolidarität, Zeppelinstr. 163a, 14471 Potsdam
- 27 Pflege in Not, Gutenbergstr. 96, 14467 Potsdam
- 28 Pflegestützpunkt Potsdam, Jägerallee 2-4, 14467 Potsdam

Demenz

- 29 Evangelisches Zentrum für Altersmedizin Fachklinik und Tagesklinik am Weinberg Kostenlose Demenzsprechstunde, Weinbergstr. 18 - 19, 14469 Potsdam
- 30 Gedächtnissprechstunde am Klinikum Ernst von Bergmann, Charlottenstr. 72, 14467 Potsdam
- 31 Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörige bei der Volkssolidarität, Zeppelinstr. 163a, 14471 Potsdam

Ehrenamt

- 32 AWO Ehrenamtsagentur Potsdam, Breite Str. 7A, 14467 Potsdam
- 33 SEKIZ - Selbsthilfe-, Kontakt und Informationszentrum e.V. Freiwilligenagentur, Hermann-Elflein-Str.11, 14467 Potsdam
- 34 Volkssolidarität Verbandsverein Mittelmark Bereich Ehrenamt, Zeppelinstr. 163, 14471 Potsdam

Weiterbildungsangebote

- 35 Jüdische Volkshochschule Potsdam, Yorckstr. 9, 14467 Potsdam
- 36 proWissen Potsdam e. V.; Wissenschaftsetage (WIS) im Bildungsforum, Am Kanal 47, 14467 Potsdam
- 37 Stadt- und Landesbibliothek Potsdam im Bildungsforum Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam
- 38 Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

- 39 URANIA „Wilhelm Foerster“ Potsdam e.V., Gutenbergstr. 71/72, 14467 Potsdam
40 Volkshochschule im Bildungsforum, Am Kanal 47, 14467 Potsdam

Ambulanter Pflegedienst/ Intensivpflege

- 41 3Wkonzepter GmbH, Französische Str. 19, 14467 Potsdam
42 Advoco Pflegedienst GmbH, Gutenbergstr. 12, 14467 Potsdam
43 Ambulanter Pflegedienst Wiku, Zeppelinstr. 1, 14471 Potsdam
44 HAKA Ambulante Intensivpflege GbR, Behlertstr. 3a Haus B2, 14467 Potsdam
45 Hauskrankenpflege Schneider, Dortustr. 50, 14467 Potsdam
46 Johanniter Unfallhilfe; Ambulanter Pflegedienst, Zeppelinstr. 131, 14471 Potsdam
47 Pflegestation "Am Luisenplatz" GmbH, Schopenhauerstr. 9, 14467 Potsdam
48 Seniorenbetreuung Lehmann, Berliner Str. 32, 14467 Potsdam
49 Veritas Pflegedienst Brandenburg GmbH, Reiterweg 3, 14469 Potsdam
50 Volkssolidarität – Verbandsbereich Mittelmark; Sozialstation Potsdam, Zeppelinstr. 163, 14471 Potsdam
51 Wallow & Schneider GmbH; Häusliche Krankenpflege, Im Französischen Quartier, Haus 7, 14467 Potsdam

Betreutes Wohnen

- 52 Bürgerstift am Heiligen See; Evangelisches Zentrum für Altersmedizin; Service Wohnen, Ludwig-Richter-Str. 6-7, 14467 Potsdam
53 Josephinen - Wohnanlage, Burgstr. 6a, 14467 Potsdam
54 Kurfürstentstift GmbH; Haus Lenné, Zeppelinstr. 12 a, 14471 Potsdam
55 Kurfürstentstift GmbH; Seniorenresidenz Kurfürstentstift, Behlertstr. 29, 14469 Potsdam
56 LAFIM Dienste für Menschen im Alter gGmbH; Evangelisches Seniorenzentrum Emmaus-Haus, Eisenhartstr. 14-17, 14469 Potsdam
57 Pro Curand Seniorenresidenz Park Sanssouci; Service Wohnen, Hegelallee 22-24, 14467 Potsdam
58 Residenz Heilig Geist Park, Burgstr. 31, 14467 Potsdam
59 Seniorenpflege am Charlottenhof, Geschwister-Scholl-Str. 60, 14471 Potsdam

Tagespflege

- 60 Bürgerstift am Heiligen See, Ludwig-Richter-Str. 6-7, 14467 Potsdam
61 Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.; Regionalverband Potsdam-Mittelmark-Fläming; Tagespflege im Johanniter Quartier, Zeppelinstr. 131, 14471 Potsdam
62 LAFIM Dienste für Menschen im Alter gGmbH; Gerontopsychiatrische Tagespflege "Abendsonne", Meistersingerstr. 20, 14471 Potsdam

Klinik

- 63 Alexianer St. Josefs-Krankenhaus Potsdam-Sanssouci, Allee nach Sanssouci 7, 14471 Potsdam
64 Evangelisches Zentrum für Altersmedizin; Krankenhaus und Tagespflege, Weinbergstr. 18/19, 14469 Potsdam

65 Klinikum Ernst von Bergmann, Charlottenstr. 72, 14467 Potsdam

Kurzzeitpflege

66 Evangelisches Zentrum für Altersmedizin; Bürgerstift City, Gutenbergstr. 100 – 102, 14469 Potsdam

67 Gemeinnützige ProCurand; Seniorenresidenz Havelpalais, Auf dem Kiewitt 39, 14471 Potsdam

68 Gemeinnützige ProCurand; Seniorenresidenz Sanssouci, Hegelallee 22, 14467 Potsdam

69 Kurzzeitpflege im Gesundheitspark Ernst von Bergmann Potsdam, Charlottenstr. 72, 14467 Potsdam

70 LAFIM Dienste für Menschen im Alter gGmbH; Evangelisches Seniorenzentrum Emmaus-Haus, Eisenhartstr. 14-17, 14469 Potsdam

71 Seniorenpflege am Charlottenhof, Geschwister-Scholl-Str. 60, 14471 Potsdam

Vollstationäre Einrichtung

72 Evangelisches Zentrum für Altersmedizin; Bürgerstift am Heiligen See, Ludwig-Richter-Str. 6-7, 14467 Potsdam

73 Fontiva "Haus Katharina", Leiblstr. 14-17, 14467 Potsdam

74 Gemeinnützige ProCurand; Seniorenresidenz Havelpalais, Auf dem Kiewitt 39, 14471 Potsdam

75 Gemeinnützige ProCurand; Seniorenresidenz Potsdam - Park Sanssouci *, Hegelallee 22/24, 14467 Potsdam

76 LAFIM - Dienste für Menschen im Alter gGmbH; Evangelisches Seniorenzentrum "Emmaus-Haus", Eisenhartstr. 14/17, 14469 Potsdam

77 LAFIM - Dienste für Menschen im Alter gGmbH; Evangelisches Seniorenzentrum "Hasenheyer-Stift", Meistersingerstr. 20, 14471 Potsdam

78 Residenz Heilig Geist Park*, Burgstr.31, 14467 Potsdam

79 Seniorenpflege am Charlottenhof, Geschwister-Scholl-Str. 60, 14471 Potsdam

Übersicht der Einrichtungen für Senioren - Sozialraum Babelsberg, Zentrum Ost

Stand 31.12.2017

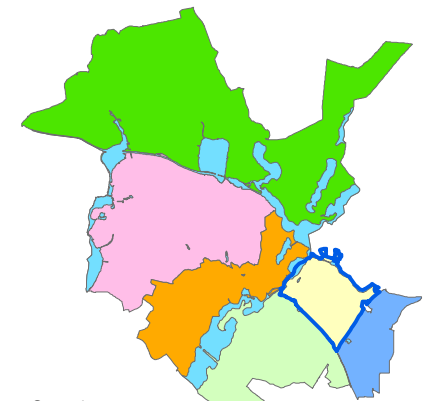


Landeshauptstadt
Potsdam

Legende

Einrichtungen

- Begegnungsstätten
- Beratungsstellen
- Demenz
- Ehrenamt
- Weiterbildungsangebote
- ★ Ambulanter Pflegedienst
- ★ Betreutes Wohnen
- ★ Tagespflege
- Hospiz
- Klinik
- Kurzzeitpflege
- Vollstationäre Einrichtung
- Sozialraum



Sozialräume

- I Nördliche Ortsteile
- II Potsdam Nord
- III Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV Babelsberg, Zentrum Ost
- V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Sources: Esri, HERE, DeLorme, Intermap, increment P Corp., GEBCO, USGS, FAO, NPS, NRCAN, GeoBase, IGN, Kadaster NL, Ordnance Survey, Esri Japan, METI, Esri China (Hong Kong), swisstopo, MapmyIndia, © OpenStreetMap contributors, and the GIS User Community

Bereich Statistik und Wahlen
14461 Potsdam
E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/statistik

0 0,25 0,5 1 Kilometer

Sozialraum 4 Babelsberg, Zentrum Ost - Übersicht der Einrichtungen für Senioren

Begegnungsstätten

- 80 Alfred und Toni Dahlweid Stiftung im Wohngebiet "Zentrum- Ost", Max-Volmer-Str. 9, 14473 Potsdam
- 81 AWO Begegnungsstätte, Hans- Marchwitza-Ring 1-3, 14473 Potsdam
- 82 AWO Kulturhaus Babelsberg, Karl-Liebknecht-Str. 135, 14482 Potsdam
- 83 Evangelische Kirchengemeinde Babelsberg; Seniorentreff "Weberhäuschen", Karl- Liebknecht- Str. 28, 14482 Potsdam
- 84 Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte Im Land Brandenburg e.V., Karl- Liebknecht- Str. 111 a, 14482 Potsdam
- 85 Kunstwerkstatt Ost, Humboldtring 11, 14473 Potsdam

Beratungsstellen

- 86 Malteser Hilfsdienst, Alt Nowawes 67, 14482 Potsdam

Demenz

- 87 Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e.V. Selbsthilfe Demenz, Stephensonstr. 24, 14482 Potsdam

Ehrenamt

- 88 Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V., Karl-Liebknecht-Str. 111a, 14482 Potsdam

Weiterbildungsangebote

- 89 Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte Im Land Brandenburg e.V., Karl- Liebknecht- Str. 111 a, 14482 Potsdam

Ambulanter Pflegedienst/ Intensivpflege

- 90 Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH, Humboldtring 13, 14473 Potsdam
- 91 Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus, Landesverband Brandenburg e.V. Krankenpflege, Fritz-Zubeil-Str.14, 14482 Potsdam
- 92 Häusliche Krankenpflege "Schwester Eva", Großbeerstr. 181-183, 14482 Potsdam
- 93 Pflegedienst Eva Kohl GmbH, Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam
- 94 Senioren- und Familienpflege Daniela Kühn-Konradi, Virchowstr.11, 14482 Potsdam
- 95 Sozialstation City; Hauskrankenpflege GbR Altenburg & Schramm, Paul-Neumann-Str. 15, 14482 Potsdam
- 96 Sozialstation Potsdam; Gemeinschaftswerk Wohnen und Pflege GmbH; Niederlassung Potsdam, Garnstr. 34, 14482 Potsdam

Betreutes Wohnen

- 97 DSG Service Wohnen „Babelsberg“, Paul-Neumann-Str. 59, 14482 Potsdam

Klinik

98 Oberlinklinik gGmbH, Rudolf-Breitscheid-Str. 24, 14482 Potsdam

Vollstationäre Einrichtung

99 DSG - Deutsche Seniorenstift GmbH & CO.KG; Pflegewohnstift Babelsberg, Paul-Neumann-Str. 59, 14482 Potsdam

Nicht in der Karte**Ambulanter Pflegedienst**

Pflegedienst Marcel Krönert, Großbeerenstraße 10, 14482 Potsdam

Übersicht der Einrichtungen für Senioren - Sozialraum Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

Stand 31.12.2017

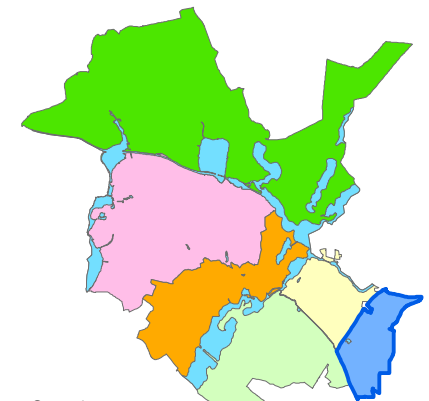


Landeshauptstadt
Potsdam

Legende

Einrichtungen

- Begegnungsstätten
- Beratungsstellen
- Demenz
- Ehrenamt
- Weiterbildungsangebote
- ★ Ambulanter Pflegedienst
- ★ Betreutes Wohnen
- ★ Tagespflege
- Hospiz
- Klinik
- Kurzzeitpflege
- Vollstationäre Einrichtung
- Sozialraum

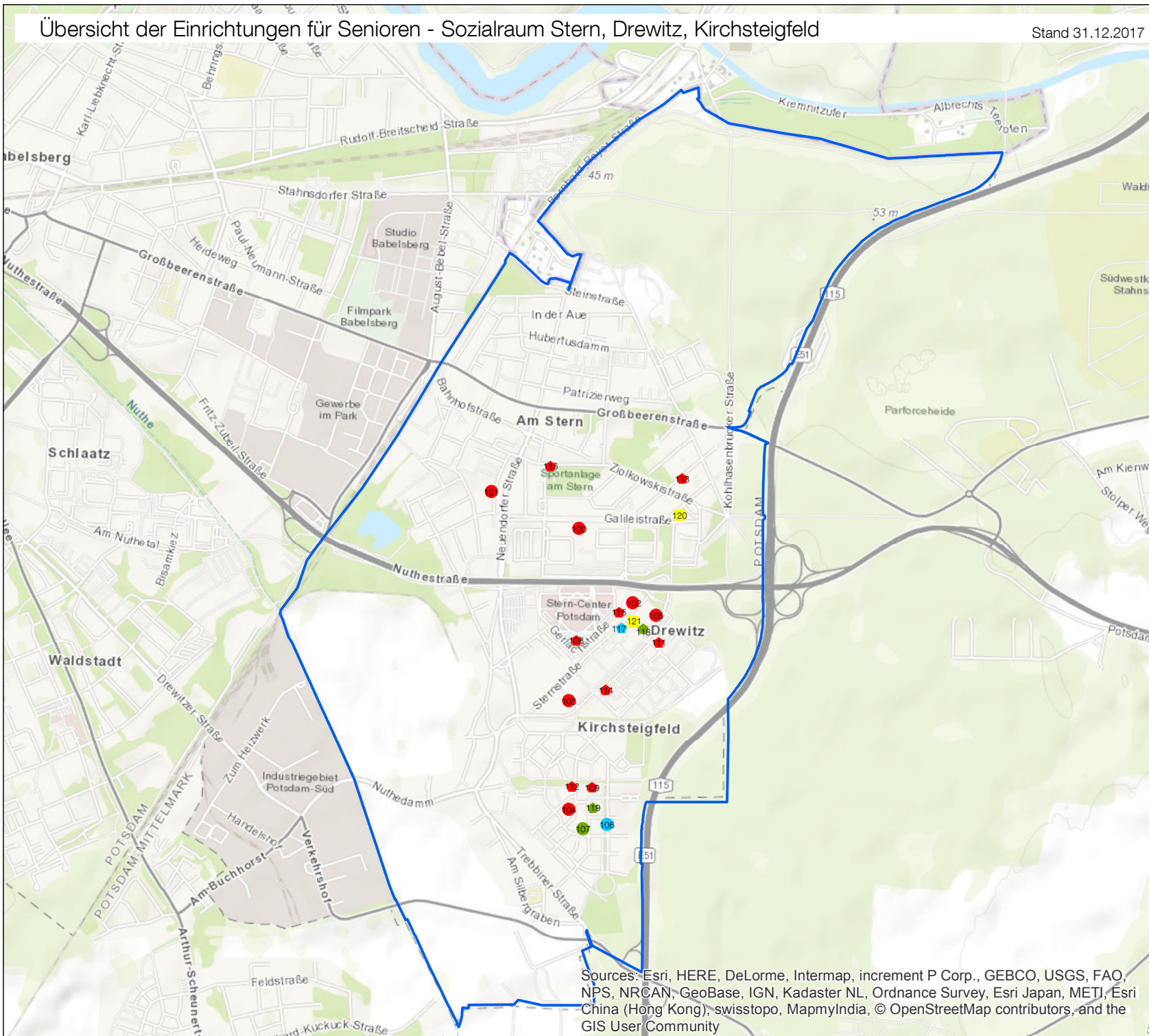
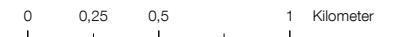


Sozialräume

- I Nördliche Ortsteile
- II Potsdam Nord
- III Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV Babelsberg, Zentrum Ost
- V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Sources: Esri, HERE, DeLorme, Intermap, increment P Corp., GEBCO, USGS, FAO, NPS, NRCAN, GeoBase, IGN, Kadaster NL, Ordnance Survey, Esri Japan, METI, Esri China (Hong Kong), swisstopo, MapmyIndia, © OpenStreetMap contributors, and the GIS User Community

Bereich Statistik und Wahlen
14461 Potsdam
E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/statistik



Sozialraum 5 Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld - Übersicht der Einrichtungen für Senioren

Begegnungsstätten

- 100 Bürgerhaus "Stern*Zeichen" Freizeittreff und Café, Galileistr. 37 - 39, 14480 Potsdam
- 101 Club 18, Pietschkerstr. 50, 14480 Potsdam
- 102 Katharinenhof Wohnpark Am Stern; Haus Abendstern-Pflegewohnanlage, Hans- Albers- Str. 3, 14480 Potsdam
- 103 oskar. Das Begegnungszentrum in der Gartenstadt Drewitz, Oskar-Meißter-Str. 4-6, 14480 Potsdam
- 104 StadtteilLaden im Kirchsteigfeld e.V., Anni-von-Gottberg-Str. 14, 14480 Potsdam
- 105 Wir für uns - Verein Zur Förderung des Zusammenlebens e.V., Asta- Nielsen- Str. 1, 14480 Potsdam

Beratungsstellen

- 106 LAFIM Dienste für Menschen im Alter gemeinnützige GmbH; Fachberatungsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörige, Anni-von-Gottberg-Str. 7, 14480 Potsdam

Demenz

- 107 LAFIM Dienste für Menschen im Alter gemeinnützige GmbH; Fachberatungsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörige, Anni-von-Gottberg-Str. 7, 14480 Potsdam

Ambulanter Pflegedienst/ Intensivpflege

- 108 Fiato-Pflegedienst UG, Gerlachstr. 39, 14480 Potsdam
- 109 H.L.S.E. Private Hauskrankenpflege UG, Anni-von Gottberg-Str. 8a, 14480 Potsdam
- 111 Pflegedienst Herbstzeit GmbH, Konrad-Wolf-Allee 1-3, 14480 Potsdam
- 112 Potsdamer Diakonie Sozialstation, Anni-von Gottberg-Str. 10, 14480 Potsdam
- 113 RIVA 24-7 Intensivpflege, Waldhornweg 17, 14480 Potsdam
- 114 Sozialstation Behrendt Potsdam, Konrad-Wolf-Allee 57, 14480 Potsdam
- 115 Sozialstation Sternidyll, Sternstr. 29 A, 14480 Potsdam
- 116 St. Josef Sozialstation, Ziolkowskistr. 1, 14480 Potsdam

Betreutes Wohnen

- 117 Katharinenhof Wohnpark Am Stern Service Wohnen, Hans-Albers-Str. 3, 14480 Potsdam

Tagespflege

- 118 Katharinenhof Tagespflege Haus Abendstern, Hans-Albers-Str. 3, 14480 Potsdam
- 119 LAFIM Geriatriische Tagespflege "Herbstsonne", Anni-von-Gottberg-Str. 9, 14480 Potsdam

Vollstationäre Einrichtung

120 AZURIT Seniorenzentrum *, Otto-Haseloff-Str. 13, 14480 Potsdam

121 KATHARINENHOF® Wohnpark am Stern; Haus Abendstern - Pflegewohnanlage, Hans-Albers-Str. 3, 14480 Potsdam

Übersicht der Einrichtungen für Senioren - Sozialraum Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Stand 31.12.2017

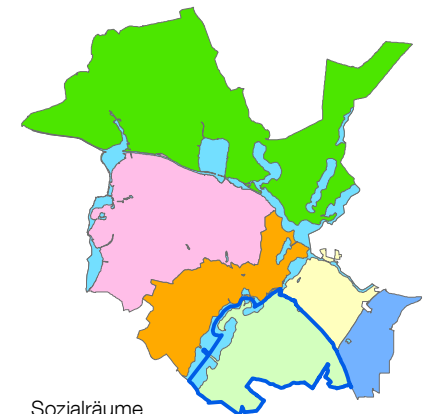


Landeshauptstadt
Potsdam

Legende

Einrichtungen

- Begegnungsstätten
- Beratungsstellen
- Demenz
- Ehrenamt
- Weiterbildungsangebote
- ★ Ambulanter Pflegedienst
- ★ Betreutes Wohnen
- ★ Tagespflege
- Hospiz
- Klinik
- Kurzzeitpflege
- Vollstationäre Einrichtung
- Sozialraum



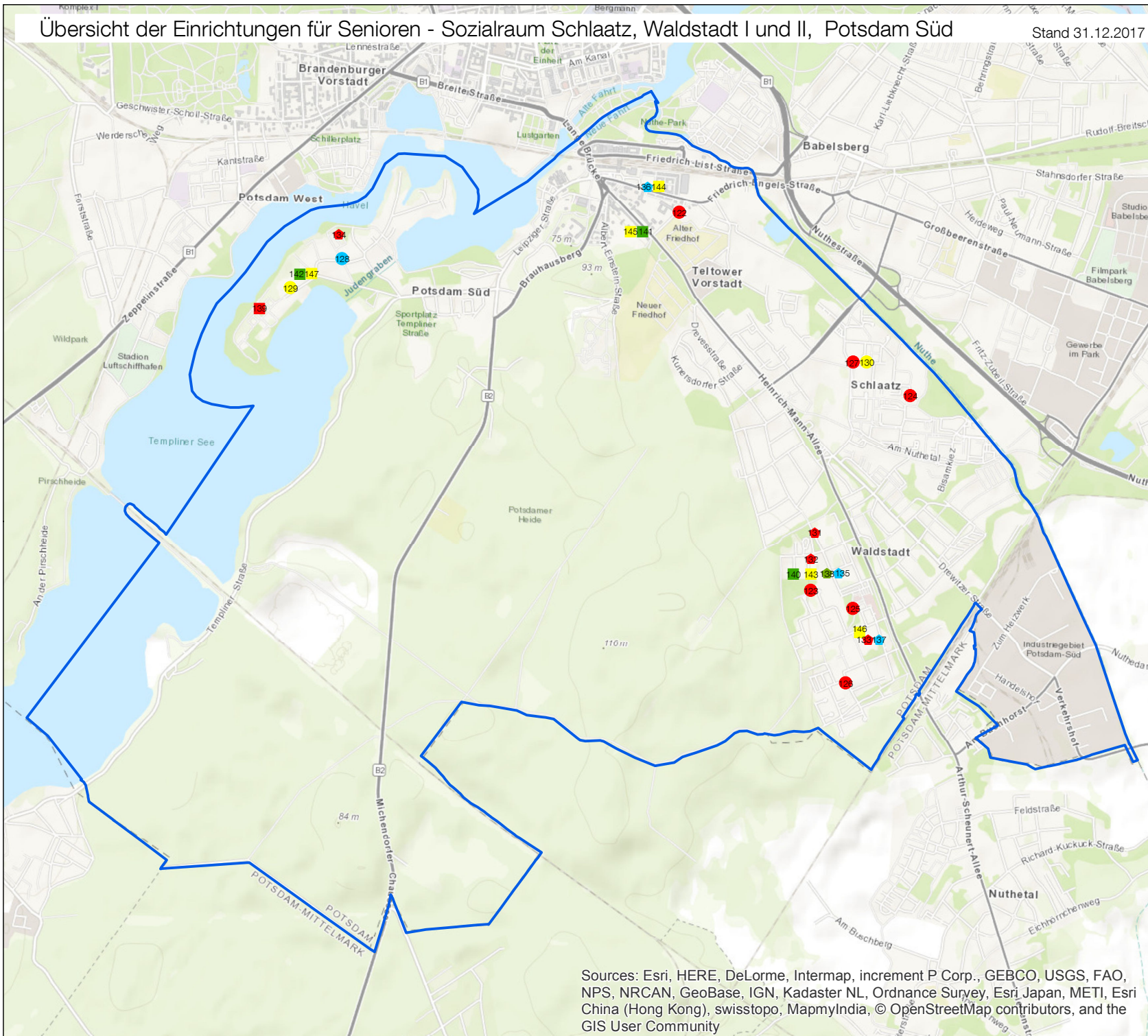
Sozialräume

- I Nördliche Ortsteile
- II Potsdam Nord
- III Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte
- IV Babelsberg, Zentrum Ost
- V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
- VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd

Sources: Esri, HERE, DeLorme, Intermap, increment P Corp., GEBCO, USGS, FAO, NPS, NRCAN, GeoBase, IGN, Kadaster NL, Ordnance Survey, Esri Japan, METI, Esri China (Hong Kong), swisstopo, MapmyIndia, © OpenStreetMap contributors, and the GIS User Community

Bereich Statistik und Wahlen
14461 Potsdam
E-Mail: Statistik@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/statistik

0 0,25 0,5 1 1,5 Kilometer



Sozialraum 6 Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd - Übersicht der Einrichtungen für Senioren

Begegnungsstätten

- 122 AWO Café Integra, Friedhofsgasse 6, 14473 Potsdam
- 123 AWO Seniorenfreizeitstätte im Käthe- Kollwitz- Haus, Zum Kahleberg 23 a, 14478 Potsdam
- 124 Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, 14478 Potsdam
- 125 Bürgertreff Waldstadt, Saarmunder Str. 44, 14478 Potsdam
- 126 Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, 14478 Potsdam
- 127 Soziale Stadt Potsdam; Friedrich Reinsch Haus, Milanhorst 9, 14478 Potsdam

Beratungsstellen

- 128 Hospiz- und Palliativberatungsdienst Potsdam und Ansprechstelle für Trauernde, Hermannswerder 2, 14473 Potsdam

Ehrenamt

- 129 Diakonisches Werk Potsdam e.V., Hermannswerder 7, 14473 Potsdam
- 130 Soziale Stadt e.V., Milanhorst 9, 14478 Potsdam

Ambulanter Pflegedienst/ Intensivpflege

- 131 Ambulante Pflege mit Herz GbR, Zum Jagenstein 1, 14478 Potsdam
- 132 AWO Sozialstation Potsdam, Zum Kahleberg 23a, 14478 Potsdam
- 133 DSG mobil Potsdam, Saarmunder Str. 60, 14478 Potsdam
- 134 Ernst von Bergmann Care; Ambulanter Pflegedienst, An der Fährwiese 17, 14473 Potsdam

Betreutes Wohnen

- 135 AWO-Seniorenzentrum; Betreutes Wohnen „Käthe-Kollwitz-Haus“, Zum Jagenstein 20, 14478 Potsdam
- 136 Deutsche Seniorenstiftgesellschaft mbH & Co.KG Service Wohnen City-Quartier, Friedrich-Engels-Str. 92, 14473 Potsdam
- 137 Deutsche Seniorenstiftgesellschaft mbH & Co.KG; Service-Wohnen in der Waldstadt, Saarmunder Strasse 60, 14478 Potsdam

Tagespflege

- 138 AWO Seniorenzentrum "Käthe-Kollwitz-Haus", Zum Jagenstein 20, 14478 Potsdam

Hospiz

- 139 Evangelisches Hospiz Potsdam gGmbH, Hermannswerder 13, 14473 Potsdam

Kurzzeitpflege

- 140 AWO Seniorenzentrum; Käthe-Kollwitz-Haus Tagespflege, Zum Kahleberg 23a, 14478 Potsdam
- 141 Kursana Domizil Potsdam; Haus Gabriel, Heinrich-Mann-Allee 21-22, 14473 Potsdam
- 142 Seniorenpflege auf Hermannswerder, Hermannswerder 8, 14473 Potsdam

Vollstationäre Einrichtung

- 143 AWO Seniorenzentrum; "Käthe-Kollwitz-Haus", Zum Kahleberg 23a, 14478 Potsdam
- 144 DSG - Deutsche Seniorenstift GmbH & CO.KG; Pflegewohnstift City-Quartier, Friedrich-Engels-Str. 92, 14473 Potsdam
- 145 Kursana Domizil Potsdam; Haus Gabriel, Heinrich-Mann-Allee 21-22, 14473 Potsdam
- 146 Pflegewohnstift Waldstadt, Am Moosfenn 3, 14478 Potsdam
- 147 Seniorenpflege auf Hermannswerder, Hermannswerder 8, 14473 Potsdam

Nicht in der Karte

Begegnungsstätten

pbg Servicepunkt "K2", Kuckucksruf 9 - 12, 14478 Potsdam

Ambulanter Pflegedienst/ Intensivpflege

Ambulante Krankenpflege Prima-Welt, Am Bürohochhaus 2-4, 14478 Potsdam

Häusliche Senioren- und Krankenpflege Potsdam, Zum Jagenstein 1, 14478 Potsdam.



Landeshauptstadt

Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0882**Betreff:**

öffentlich

Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Einreicher: Fachbereich Soziales und Gesundheit

Erstellungsdatum 20.11.2018

Eingang 922: 20.11.2018

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.12.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 gemäß Anlage.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

 Nein Ja, in folgende OBR: Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf zur Information

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen wird auf die Anlage verwiesen.

Die Ziele 1.2, 1.8, 2.5, 3.2, 6.1 und 6.2 haben keine finanziellen Auswirkungen.

Das Ziel 2.2 wird im Produkt 4140000 (Verwaltungsaufgaben/ Gesundheitsschutz/ Gesundheitspflege) geplant und wird in dieser Beschlussvorlage mit keinen finanziellen Mitteln untersetzt.

Das Ziel 3.1 wird aktuell im Rahmen der Eingliederungshilfe finanziert.

Die Umsetzung des Ziels 4.1 ist ab dem 01.01.2022 vorgesehen. Da derzeitig die tatsächliche Finanzierung und die Finanzierungsgrundlage noch unklar sind, wird für die Maßnahme ein separater Beschluss herbeigeführt. Die finanzielle Auswirkung dieser Maßnahme ist daher in der vorliegenden Beschlussvorlage nicht enthalten.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
	1		1	1	50	mittlere

Begründung:

Grundlage für den Maßnahmenplan ist das *Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018* (Drucksache-Nr. 17/SVV/0810). Das *Psychatriekonzept* dient der Gesundheitsberichterstattung zur Erhebung der Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Störungen und ist Grundlage für die Gesundheitsplanung und bedarfsgerechten Steuerung in Bezug auf die seelische Gesundheit und psychiatrische sowie psychosoziale Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam. Im November 2017 wurde das *Psychatriekonzept* der Stadtverordnetenversammlung als Mitteilung vorgelegt und an den entsprechenden Fachausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion (GSI) verwiesen. Der GSI hat die Mitteilungsvorlage am 21. November 2017 zur Kenntnis genommen.

Laut § 6 Abs. 3 Satz 1 *Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz - BbgPsychKG* wirkt die kreisfreie Stadt darauf hin, „dass die für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung erforderlichen Angebote im ambulanten, stationären, teilstationären und rehabilitativen Bereich in erreichbarer Nähe zu ihrem jeweiligen örtlichen Zuständigkeitsbereich vorhanden sind.“ Dabei hat die Landeshauptstadt Potsdam die koordinierende und steuernde Aufgabe in der Versorgung von Menschen mit einer psychischen Störung und von Menschen mit einer seelischen Behinderung in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich sicherzustellen (§ 7 Abs. 1 BbgPsychKG).

Die LHP hat entsprechend § 7 Abs. 4 Satz 2 (*BbgPsychKG*) das Votum der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) bei Entscheidungen für eine gemeindenahere und bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung zu hören. Es fanden zwei Kick-off-Veranstaltungen mit der PSAG im Februar und April 2018 statt. Dabei wurde von Seiten des Sprecher*innenrates der PSAG in Zusammenarbeit mit der *WerkStadt für Beteiligung* der PSAG ein Vorschlag zur Weiterbearbeitung von Themen anhand von temporären Arbeitsgruppen vorgestellt. Die Aufgabe der temporären Arbeitsgruppen bestand darin, die Empfehlungen aus dem Psychatriekonzept zu diskutieren, anzupassen und ggf. neue Maßnahmen zum jeweiligen (Lebens-) Bereich zu entwickeln. Über dieses Vorgehen wurde am 15. Mai im GSI berichtet. Die Psychiatriekoordination fasste die Ergebnisse der temporären Arbeitsgruppen im Maßnahmenplan zusammen. Am 19.09.2018 wurde in der PSAG von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern das Votum eingeholt. Von insgesamt 18 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern stimmten insgesamt 14 stimmberechtigte Mitglieder dafür, dass der Maßnahmenplan in den weiteren Verwaltungsgang gegeben wird. Vier stimmberechtigte Mitglieder enthielten sich.

Anlagen:

Finanzielle Auswirkungen

Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage

Betreff: Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen? Nein Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe? Nein Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten? Nein Ja Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 4140100 Bezeichnung: Gesunde Landeshauptstadt.

5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
Ertrag laut Plan	0	73.500	73.500	117.000	117.000		381.000
Ertrag neu		73.500	73.500	117.000	117.000		381.000
Aufwand laut Plan	37.784,15	981.300	978.800	1.005.100	1.005.100		3.640.300
Aufwand neu		944.709	1.011.300	1.101.600	1.163.600		4.221.209
Saldo Ergebnishaushalt laut Plan		-907.800	-905.300	-888.100	-888.100		-3.589.300
Saldo Ergebnishaushalt neu		-871.209	-937.800	-984.600	-1.046.600		-3.840.209
Abweichung zum Planansatz		36.591	-32.500	-96.500	-158.500		-250.909

5. a Durch die Maßnahme entsteht keine Ent- oder Belastung über den Planungszeitraum hinaus bis in der Höhe von insgesamt Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
Investive Einzahlungen laut Plan								
Investive Einzahlungen neu								
Investive Auszahlungen laut Plan								
Investive Auszahlungen neu								
Saldo Finanzhaushalt laut Plan								
Saldo Finanzhaushalt neu								
Abweichung zum Planansatz								

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. Bezeichnung gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan? Nein Ja

Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung von Vollzeiteinheiten verbunden.
Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt?

Nein Ja

9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt.

Nein Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Die detaillierte Zuordnung der finanziellen Mittel zu den entsprechenden Zielen und Maßnahmen sind der Übersicht der finanziellen Auswirkungen des Maßnahmenplans zum Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 zu entnehmen.

Die Mittel für den Maßnahmenplan sind im Doppelhaushalt 2018/2019 im Produkt 4140100 (Gesunde Landeshauptstadt) in Höhe von 50.500 Euro für das Haushaltsjahr (HHJ) 2018 und in Höhe von 41.000 Euro für das HHJ 2019 (insgesamt 91.500 Euro) finanziell hinterlegt.

Im HHJ 2018 werden hiervon 13.909 Euro benötigt. Im HHJ 2019 wird entsprechend des Maßnahmenplans mit Aufwendungen von 73.500 Euro gerechnet. Die sich daraus ergebenden Mehraufwendungen von 32.500 Euro sollen über die Bildung eines Haushaltsrestes aus den im HHJ 2018 eingesparten Mitteln gedeckt werden.

Im HHJ 2020 werden für die Umsetzung des Maßnahmenplans 302.500 Euro und im HHJ 2021 insgesamt 364.500 Euro benötigt.

Enthalten sind hier Mittel in Höhe von 235.000 Euro jährlich für die Umsetzung von Maßnahmen, die bereits in den Vorjahren im Rahmen der Förderung freier Träger gefördert wurden. Hierzu gehören die nachfolgenden Angebote der EvB Sozial gGmbH: die Gemeindepsychiatrische Kontakt- und Beratungsstelle (KBS) inklusive dem Projekt „Kabarett Antidepressiva“ und das Alltagsunterstützende Angebot (AUA) nach § 45a SGB XI „Help To go“ (vgl. Ziele 5.1, 5.2, 5.9). Die sozialpädagogische Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten der Opferhilfe Land Brandenburg e.V. wurde ebenfalls in den Vorjahren im Rahmen der Förderung freier Träger gefördert (vgl. Ziel 5.7). Für die genannten Projekte wurden im Jahr 2018 im Rahmen der Förderung Freier Träger Mittel in Höhe von 142.780 Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel für die Projekte sind bisher im Rahmen der gesundheitsbezogenen Projekte im Rahmen der Förderung Freier Träger im Produkt 4140000 (Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz/Gesundheitspflege) verortet, sollen jedoch ab dem HHJ 2020 in das Produkt 4140100 (Gesunde Landeshauptstadt) überführt werden. Für die KBS erhält die Landeshauptstadt Potsdam jährlich eine Landesförderung in Höhe von derzeit 43.500 Euro, die für die anteilige Förderung der Personalkosten einzusetzen ist. Bei AuA beteiligen sich die Verbände der Pflegekassen, bestmöglich in gleicher Höhe wie die Landeshauptstadt Potsdam.

In der mittelfristigen Finanzplanung 2020-2022 sind bereits Mittel in Höhe von jährlich 206.000 Euro für die Umsetzung des Maßnahmenplans berücksichtigt. Davon sind 41.000 Euro im Produkt „Gesunde Landeshauptstadt“ und 165.000 Euro im Produkt „Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz/Gesundheitspflege“ für die o.g. bereits in Vorjahren geförderten Projekte eingeplant. In der Darstellung oben unter Punkt 5 werden diese Mittel ab dem 2. Folgejahr (2020) zusammengeführt unter dem Produkt 4140100 dargestellt.

Die über die mittelfristigen Planansätze hinausgehenden benötigten Mittel entsprechend des Maßnahmenplans werden in der Haushaltsplanung 2020/21 berücksichtigt.

Haushaltsvorbehalte bestehen hinsichtlich der Bildung eines Haushaltsrestes für 2019 und der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2020/21.

Anlagen:

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen
(Interne Pflichtanlage!)
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)



**Maßnahmenplan zum
Psychatriekonzept
der Landeshauptstadt Potsdam
2018**



Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

www.potsdam.de

Text und Bearbeitung:

Arbeitsgruppe: Planung und Steuerung (3801)
Ansprechpartnerin: Psychiatriekoordination, Frau Magnussen
Telefon: 0331/289 2447
Psychiatriekoordination@Rathaus.Potsdam.de
www.potsdam.de/netzwerk-seelische-gesundheit

Fotos:

Karyatiden am Schloss Sanssouci/Fotodesign Michael Lüder

Stand: 16. November 2018

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Literatur	1
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
Einführung	5
Übersicht der (Lebens-)Bereiche und Ziele	8
Bereich Kommune und Öffentlichkeit	10
Ziel 1.1: Optimierung der kommunalen Daseinsvorsorge in der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung	10
Ziel 1.2: Etablierung einer Datengrundlage in der Psychiatriekoordination	11
Ziel 1.3: Verbesserung der Informationen für Bürger und Bürgerinnen zu seelischer Gesundheit	12
Ziel 1.4: Empowerment von Menschen mit psychischen Störungen	13
Ziel 1.5: Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema seelische Gesundheit	14
Ziel 1.6: Sensibilisierung zum Thema Suizidprävention	15
Ziel 1.7: Verbesserung der gemeindepsychiatrischen Versorgungssituation von Menschen mit Doppeldiagnosen in der LHP	16
Ziel 1.8: Schaffung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen innerhalb der Verwaltung	17
Lebensbereich „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“	18
Ziel 2.1: Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern in der Lebenswelt Kindertagesbetreuung	18
Ziel 2.2: Sensibilisierung für seelische Gesundheit in der Lebenswelt Schule	20
Ziel 2.3: Förderung der seelischen Gesundheit der Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung.....	22
Ziel 2.4: Verbesserung der Informationslage zu Angeboten zum Thema Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung.....	24
Ziel 2.5: Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Psychiatrie	25
Ziel 2.6: Diskussion zu Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern	26
Lebensbereich Arbeit und Beschäftigung	27
Ziel 3.1: Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen	27
Ziel 3.2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen	28
Ziel 3.3: Verbesserung des Informationsstandes zum Thema Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit psychischen Störungen.....	29
Ziel 3.4: Prävention durch tagesstrukturierende Angebote für Menschen in sog. „Wartephasen“	30
Ziel 3.5: Verbesserung des Zugangs zum Budget für Arbeit.....	31

Lebensbereich Wohnen	32
Ziel 4.1: Schaffung eines niederschweligen Wohnangebotes für Menschen mit schweren psychischen Störungen.....	32
Lebensbereich „Gesunde Lebensmitte“ und „Gesundes Altern“	33
Ziel 5.1: Verstetigung der KBS für Menschen mit psychischen Störungen.....	33
Ziel 5.2: Verstetigung des Angebotes „Antidepressiva – das andere Kabarett“.....	35
Ziel 5.3: Unterstützung der Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes.....	36
Ziel 5.4: Förderung der Gesundheit von Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes...	37
Ziel 5.5: Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Menschen	38
Ziel 5.6: Schaffung eines Informationsstandes zu Unterstützungsangeboten für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten.....	40
Ziel 5.7: Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten.....	41
Ziel 5.8: Förderung der Gesundheitskompetenz von Senioren und Seniorinnen zu seelischer Gesundheit	42
Ziel 5.9: Sicherstellung von Alltagsunterstützenden Angeboten (AuA) für Menschen mit einer psychischen Störung	43
Ziele ohne direkte Einflussnahmemöglichkeit der LHP	44
Ziel 6.1: Verortung einer Rehabilitation für Menschen mit psychischen Störungen (RPK) in der LHP	44
Ziel 6.2: Verbesserung der Versorgung durch psychiatrische häusliche Krankenpflege in der LHP	45

Literatur

- Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände – BAG GPV (2012). Über BAG GPV e.V.. Satzung der BAG GPV. Abgerufen am 25.04.2017 von https://www.bag-gpv.de/fileadmin/downloads/2012_12_14_-_Qualitaetsstandards_BAG_GPV.pdf
- CDU, CSU und SPD (2018). Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. 19. Legislaturperiode. Abgerufen 07.08.2018 von https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=F5B74D74002FDE91E80BD74AF8220788.s6t2?__blob=publicationFile&v=6
- Engelhardt & Kajetzke, (2010). Handbuch Wissensgesellschaft. Theorien, Themen und Probleme. transcript, Bielefeld zitiert nach Robert Koch-Institut – RKI (2015, S. 112). Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis. RKI: Berlin.
- Europäische Union – EU & Weltgesundheitsorganisation – WHO (2008). Europäischer Pakt für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden. Abgerufen am 13.03.2017 von https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/mental_health/docs/mhpact_de.pdf
- Gemeinsamer Bundesausschuss – G-BA (2018). Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der Richtlinie über die Verordnung von häuslicher Krankenpflege (Häuslichen Krankenpflege-Richtlinie): Psychiatrische häusliche Krankenpflege. Abgerufen am 01.08.2018 von https://www.g-ba.de/downloads/39-261-3411/2018-07-19_HKP-RL_Psychiatrische-haeusliche-Krankenpflege.pdf
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes – GBE (2017). Sterbefälle nach äußeren Ursachen und ihren Folgen (ab 1998). Gliederungsmerkmale: Jahre, Region, Alter, Geschlecht, Nationalität, ICD-10 (V-Y), ICD-10 (S-T). Abgerufen im 13.07.2017 von http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/dboowasys921.xwdevkit/xwd_init?gbe.isgbetol/xs_start_neu/&p_aid=i&p_aid=98659368&nummer=630&p_sprache=D&p_indsp=-&p_aid=79900832.
- Herpertz-Dahlmann, Bühren, Remschmidt (2013). Erwachsenwerden ist schwer: Psychische Störungen in der Adoleszenz. Abgerufen am 07.08.2018 von <https://www.aerzteblatt.de/archiv/142822/Erwachsenwerden-ist-schwer-Psychische-Stoerungen-in-der-Adoleszenz>.
- Jungbauer, Bischof, Angermeyer (2001). Belastungen von Angehörigen psychisch Kranker. Psychiatrische Praxis 28 (3). Georg Thieme Verlag: Stuttgart, New York.
- Kammer-Spohn (2013). Recovery – ein neuer Behandlungsansatz in der Psychiatrie. Abgerufen am 08.10.2018 von https://www.psych.ch/fileadmin/templates/publikationen/Fachartikel/Recovery-_SAEZ-01580.pdf.

- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg – MASGF (2017). Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie über die Gewährung von Zuwendungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke und für Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke. Leistungsbeschreibung für KBS - Anlage 2.
- Plass, Haller, Habermann, Barkmann, Petermann, Schipper, Wiegand-Grefe, Hölling, Ravens-Sieberer, Klasen (2016). Faktoren der Gesunderhaltung bei Kindern psychisch belasteter Eltern. Kindheit und Entwicklung. Hogrefe Verlag: Göttingen.
- Ravens-Sieberer (2017). Bella Studie. Abgerufen am 16. Januar 2017 von <https://www.bella-study.org/>.
- Robert Koch-Institut – RKI (2009). Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit und Krankheit im Alter. Abgerufen am 31.01.2017 von http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/alter_gesundheit.pdf?__blob=publicationFile.
- Rosenbrock & Hartung (2015). Public Health Action Cycle / Gesundheitspolitischer Aktionszyklus. Abgerufen am 15.03.2017 von http://www.leitbegriffe.bzga.de/bot_angebote_idx-163.html.
- Rüesch (2005). Überwindungsversuche. Soziale Netzwerke und Lebensqualität, in: Gaebel, Möller, Rössler (Hg.) Stigma – Diskriminierung – Bewältigung. Der Umgang mit sozialer Ausgrenzung psychisch Kranker. Stuttgart, W. Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt – Destatis (2016). Suizide nach Altersgruppen. Abgerufen am 30. Januar 2017 von https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Todesursachen/Tabellen/Sterbefaelle_Suizid_ErwachseneKinder.html
- Wittchen, Jacobi, Klose, Ryl (2010). Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Heft 51. Depressive Erkrankungen. Berlin: Robert Koch-Institut. Abgerufen am 31.01.2017 von https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/depression.pdf?__blob=publicationFile.
- World Health Organization – WHO (2014). Mental Health: a state of well-being. Abgerufen am 29.08.2018 von http://www.who.int/features/factfiles/mental_health/en/.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Gesundheitspolitischer Aktionszyklus in der Psychiatriekoordination (vgl. Rosenbrock & Hartung, 2015)	7
Tabelle 1: Übersicht der temporären AG	6

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft/en bzw. Arbeitsgruppe/n
AG 3801	Arbeitsgruppe Planung und Steuerung
AG LeRiKO	Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Lebens-Risiko-Konsumkompetenz
AK	Arbeitskreis/e
AuA	Alltagsunterstützende Angebote
BAG GPV	Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V.
BbgPsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg – Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz (vom 05.05.2009, zuletzt geändert am 25.01.2016)
BTHG	Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen – Bundesteilhabegesetz
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
Destatis	Statistisches Bundesamt
EGH	Eingliederungshilfe
EU	Europäische Union
EUTB	Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
EvB gGmbH	Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH
FaZIT	Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz
FB	Fachbereich
FBD	Fachberatungsdienst Migrationssozialarbeit
FF	Federführung
GB	Geschäftsbereich
G-BA	Gemeinsamer Bundesausschuss
GBE	Gesundheitsberichterstattung des Bundes
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GPV	Gemeindepsychiatrischer Verbund
GSI	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion
GU	Gemeinschaftsunterkunft/Gescheimschaftsunterkünfte
HPÜ	Heilpraktikerüberprüfung
HzL	Hilfe zum Leben
ICD-10	International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems – Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme
KBS	Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Störungen
LASV	Landesamt für Soziales und Versorgung
LHP	Landeshauptstadt Potsdam
MASGF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg
o. J.	ohne Jahr
PKV	Private Krankenversicherung

PLuS	Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem für schulbezogene Jugendhilfeleistungen an den Schulen im Rahmen des Gesamtkonzept Schule - Jugendhilfe der LHP
PSAG	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
RKI	Robert Koch-Institut
RPK	Rehabilitationseinrichtung für Menschen mit psychischen Störungen
RV	Gesetzliche Rentenversicherung
SEKIZ	Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum e.V.
SHG	Selbsthilfegruppen
SOGU-Runde	Sozialarbeitende und Gemeinschaftsunterkunfts-Runde
SpDi	Sozialpsychiatrischer Dienst
SPZ	Sozialpädiatrisches Zentrum (Klinikum Westbrandenburg GmbH)
StVV	Stadtverordnetenversammlung
WfbM	Werkstatt für behinderte Menschen
WHO	World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen

Einführung

Die seelische¹ und physische Gesundheit sind gleichermaßen wichtig für das Wohlbefinden der Menschen (World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen – WHO, 2014). Im Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden wird seelische Gesundheit als ein Menschenrecht anerkannt (Europäische Union – EU & WHO, 2008). Die seelische Gesundheit ist maßgeblich mit Lebensqualität verbunden und „wirkt sich positiv auf Lernen, Arbeiten und eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft aus“ (EU & WHO, 2008). „In modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften treten körperliche Kraft und Ausdauer in den Hintergrund und mentale Leistungen in den Vordergrund“, wodurch psychische Störungen² und Beeinträchtigungen immer mehr an Bedeutung erlangen (Engelhardt & Kajetzke, 2010 nach Robert Koch-Institut – RKI, 2015, S. 112).

Das *Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018*³ dient der Gesundheitsberichterstattung zur Erhebung der Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Störungen und ist Grundlage für die Gesundheitsplanung und bedarfsgerechten Steuerung in Bezug auf die seelische Gesundheit und psychiatrische sowie psychosoziale Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP). Im November 2017 wurde das *Psychiatriekonzept* der Stadtverordnetenversammlung (StVV) der LHP als Mitteilung vorgelegt. Das Konzept wurde an den entsprechenden Fachausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion (GSI) verwiesen und der GSI hat die Mitteilungsvorlage am 21. November 2017 zur Kenntnis genommen. Das Psychiatriekonzept gliedert sich in sechs Kapitel: Theoretischer Hintergrund, Datengrundlage, Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam, Zusammenwirken der Beteiligten, Bedarfslagen in der Landeshauptstadt Potsdam und Empfehlungen.

Am 16. Januar 2018 fand die Fachtagung Psychiatrie für die interessierte Öffentlichkeit statt. Neben dem Psychiatriekonzept der LHP wurde auch die stationsäquivalente psychiatrische Behandlung, also die psychiatrische Behandlung im häuslichen Umfeld, vorgestellt. Am Beispiel der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) wurde die Zusammenarbeit der an der Versorgung beteiligten Akteure in der LHP dargestellt. Als ein möglicher Ausblick der Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen der Beteiligten wurde das Modell des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) sowie ein entsprechendes Praxisbeispiel erläutert.

Die LHP hat entsprechend § 7 Abs. 4 Satz 2 *Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg – Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz* (BbgPsychKG⁴) das Votum der PSAG bei Entscheidungen für eine gemeindenahere und bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung zu hören. Hierzu haben mit

¹ Die Begriffe seelische Gesundheit und psychische Gesundheit werden synonym verwendet.

² Die Begrifflichkeiten psychische Störung, psychiatrische Störung, psychische Erkrankung und psychische Krankheit werden im Maßnahmenplan synonym verwendet. In Anlehnung an die International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems - Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD-10) wird der Begriff psychische Störung verwendet.

³ Drucksache-Nr. 17/SVV/0810

⁴ Das BbgPsychKG wird aktuell novelliert.

Unterstützung der WerkStadt für Beteiligung zwei Kick-off-Veranstaltungen, die erste am 21. Februar 2018 und die zweite am 24. April 2018, stattgefunden. Bei der zweiten Kick-off-Veranstaltung wurde von Seiten des Sprecher*innenrates der PSAG in Abstimmung mit der WerkStadt für Beteiligung ein Vorschlag zur Weiterbearbeitung der Themen anhand von temporären Arbeitsgruppen (AG) vorgestellt. Die temporären AG orientieren sich thematisch zum einen an den Empfehlungen aus dem Psychatriekonzept und zum anderen fand eine Ergänzung durch zwei temporäre AG (*Maßnahmen des Verwaltungshandelns* und *Weitere Themen*) statt. Die Aufgabe der temporären AG bestand darin, die Empfehlungen aus dem Psychatriekonzept zu diskutieren, anzupassen und ggf. neue Maßnahmen zum jeweiligen (Lebens-)Bereich zu entwickeln. In Tabelle 1 ist die Übersicht der einzelnen AG hinterlegt. Für die Weiterbearbeitung der Themen in den AG stand eine Moderation von Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. zur Verfügung. Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. hat das Rahmenprojekt „Stärkung der Patientenrechte in der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg“ inne. Ein Teilprojekt ist die „Vernetzung psychiatrischer Hilfen auf kommunaler Ebene im Land Brandenburg“⁵.

Tabelle 1: Übersicht der temporären AG

AG 1: Organisationsentwicklung	
11.06.2018	29.06.2018 *
AG 2: Maßnahmen des Verwaltungshandelns	
18.06.2018 *	
AG 3: „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“	
25.06.2018 *	13.07.2018 *
AG 4: „Arbeit und Beschäftigung“	
26.06.2018	
AG 5: „Gesunde Lebensmittel“ und „Gesundes Altern“	
14.06.2018	11.07.2018 *
AG 6: Weitere Themen	
27.06.2018	27.08.2018 *

* ohne Moderation

Der vorliegende Maßnahmenplan ist entsprechend der AG in folgende (Lebens-)Bereiche gegliedert:

1. Bereich Kommune und Öffentlichkeit
2. Lebensbereich „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“
3. Lebensbereich Arbeit und Beschäftigung
4. Lebensbereich Wohnen
5. Lebensbereich „Gesunde Lebensmittel“ und „Gesundes Altern“
6. Ziele ohne direkte Einflussnahmemöglichkeit der LHP

Die Übersicht der einzelnen Ziele in den (Lebens-)Bereichen folgt im nächsten Kapitel (vgl. S. 8). Der Vorschlag für die Prioritätensetzung der einzelnen Maßnahmen wurde durch die Verwaltung vorgenommen. Ergänzend wurden die Vorschläge zur Priorisierung einzelner

⁵ Beide Projekte werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASGF) gefördert.

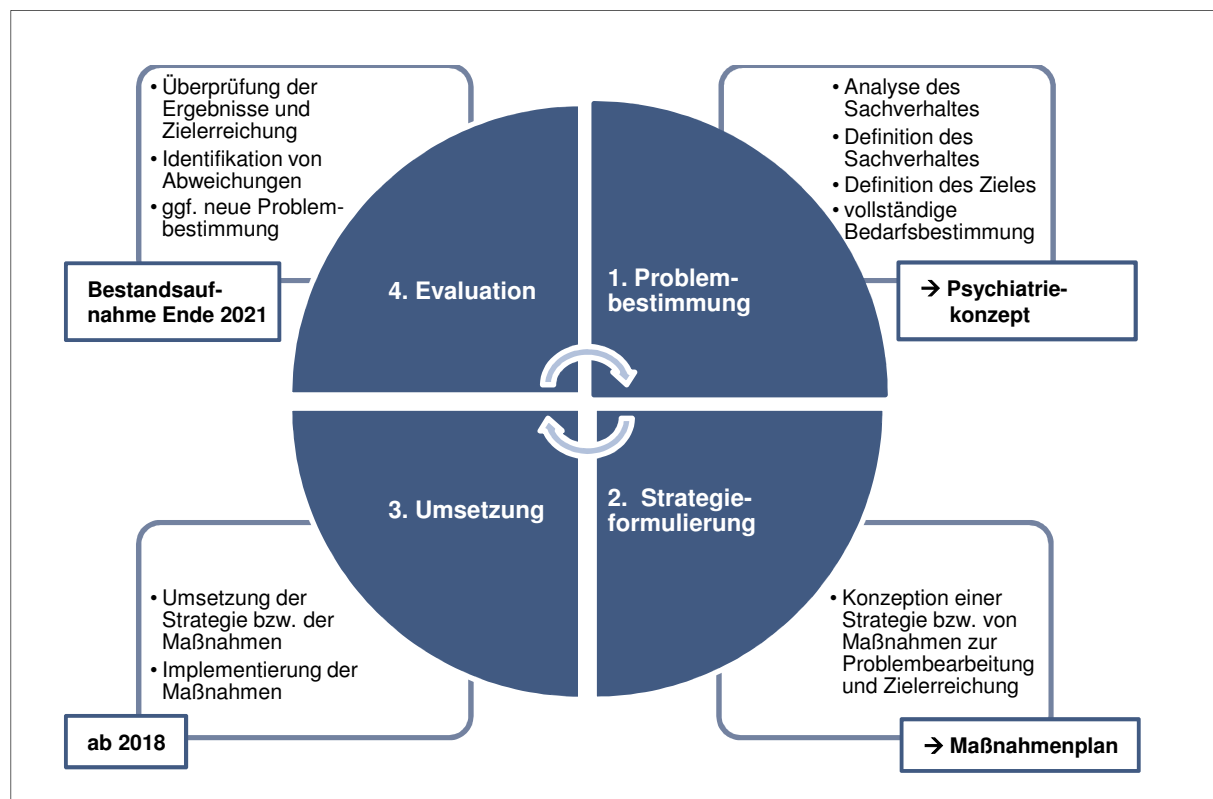
Ziele und Maßnahmen aus den temporären AG hinzugezogen. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen werden sog. Kernzielen mit höchster Priorität, Zielen mit hoher und mittlerer Priorität zugeordnet. Der Maßnahmenplan ist der erste Plan für die psychosoziale und psychiatrische Versorgung der LHP. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen sind aus fachlicher Sicht für eine nachhaltige Gemeindepsychiatrie erforderlich. Die Ziele und Maßnahmen werden sukzessive umgesetzt, wofür um entsprechende unterstützende Kooperationen geworben wird (vgl. Ziel-Maßnahmen-Matrix).

Das Votum der PSAG wurde am 19. September 2018 zum Entwurf des Maßnahmenplan (Stand vom 04.09.2018) eingeholt: Von insgesamt 18 stimmberechtigten Mitgliedern stimmten insgesamt 14 stimmberechtigte Mitglieder dafür, dass der Maßnahmenplan in den weiteren Verwaltungsgang gegeben wird. Es enthielten sich insgesamt vier stimmberechtigte Mitglieder.

Der Maßnahmenplan wird unter Berücksichtigung der finanziellen und personellen Auswirkungen und eingestellten Mittel für die Haushaltsjahre 2018/19 und 2020/21 als Beschlussvorlage in die StVV der LHP eingebracht. Die Mittel für die Maßnahmen 2018/2019 sind im Doppelhaushalt unter der Produktbezeichnung „Gesunde Landeshauptstadt“ im Produkt 4140 Unterproduktnummer 41401 finanziell hinterlegt. In diesem Produkt sind die Mittel für 2020/21 im Doppelhaushalt 2020/21 zu verorten.

Über den Umsetzungsstand wird regelhaft und anlassbezogen im GSI und in der PSAG berichtet. Entsprechend des Gesundheitspolitischen Aktionszyklus wird Ende 2021 eine Bestandsaufnahme im Sinne der Evaluation der Zielerreichung vorgenommen (vgl. Abbildung 1). Diese Ergebnisse der Bestandsaufnahme werden im GSI und in der PSAG vorgestellt. Falls im Zeitverlauf Anpassungen und Ergänzungen der Ziele und Maßnahmen erforderlich sind, werden diese entsprechend vorgenommen.

Abbildung 1: Gesundheitspolitischer Aktionszyklus in der Psychiatriekoordination (vgl. nach Rosenbrock & Hartung, 2015)



Übersicht der (Lebens-)Bereiche und Ziele

Kommune und Öffentlichkeit		Rang folge
Ziel 1.1	Optimierung der kommunalen Daseinsvorsorge in der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung	1
Ziel 1.2	Etablierung einer Datengrundlage in der Psychiatriekoordination	2
Ziel 1.3	Verbesserung der Informationen für Bürger und Bürgerinnen zu seelischer Gesundheit	1
Ziel 1.4	Empowerment von Menschen mit psychischen Störungen	3
Ziel 1.5	Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema seelische Gesundheit	2
Ziel 1.6	Sensibilisierung zum Thema Suizidprävention	1
Ziel 1.7	Verbesserung der gemeindepsychiatrischen Versorgungssituation von Menschen mit Doppeldiagnosen in der LHP	2
Ziel 1.8	Schaffung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen innerhalb der Verwaltung	3
Lebensbereich „Gesunde Kinder und Familie“ und „Gesunde Jugend“		
Ziel 2.1	Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern in der Lebenswelt Kita	1
Ziel 2.2	Sensibilisierung für seelische Gesundheit in der Lebenswelt Schule	2
Ziel 2.3	Förderung der seelischen Gesundheit der Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung	1
Ziel 2.4	Verbesserung der Informationslage zu Angeboten zum Thema Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung	2
Ziel 2.5	Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Psychiatrie	3
Ziel 2.6	Diskussion zu Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern	3
Lebensbereich Arbeit und Beschäftigung		
Ziel 3.1	Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen	1
Ziel 3.2	Verbesserung der Rahmenbedingungen für Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen	2
Ziel 3.3	Verbesserung des Informationsstandes zum Thema Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit psychischen Störungen	2
Ziel 3.4	Prävention durch tagesstrukturierende Angebote für Menschen in sog. „Wartephasen“	3
Ziel 3.5	Verbesserung des Zugangs zum Budget für Arbeit	3
Lebensbereich Wohnen		
Ziel 4.1	Schaffung eines niederschweligen Wohnangebotes für Menschen mit schweren psychischen Störungen	2
Lebensbereich „Gesunde Lebensmitte“ und „Gesundes Altern“		
Ziel 5.1	Verstetigung der KBS für Menschen mit psychischen Störungen	1
Ziel 5.2	Verstetigung des Angebotes „Antidepressiva – das andere Kabarett“	2
Ziel 5.3	Unterstützung der Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	1
Ziel 5.4	Förderung der Gesundheit von Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes	3
Ziel 5.5	Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Menschen	3
Ziel 5.6	Schaffung eines Informationsstandes zu Unterstützungsangeboten für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten	3
Ziel 5.7	Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten	2

Ziel 5.8	Förderung der Gesundheitskompetenz von Senioren und Seniorinnen zu seelischer Gesundheit	2
Ziel 5.9	Sicherstellung von AuA für Menschen mit einer psychischen Störung	2
Ziele ohne direkte Einflussnahmemöglichkeiten der LHP		
Ziel 6.1	Verortung einer RPK in der LHP	
Ziel 6.2	Verbesserung der Versorgung durch psychiatrische häusliche Krankenpflege in der LHP	

Legende: mögliche Rangfolge der Umsetzung

1 = höchste Priorität/Kernziel

2 = hohe Priorität

3 = mittlere Priorität

In den folgenden Kapiteln werden die einzelnen Ziele und Maßnahmen entsprechend des jeweiligen (Lebens-)Bereiches beschrieben und begründet.

Bereich Kommune und Öffentlichkeit

Ziel 1.1: Optimierung der kommunalen Daseinsvorsorge in der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung	
Maßnahme	Organisationsentwicklung der PSAG und Installieren eines GPV in der LHP mithilfe eines extern moderierten Verfahrens inkl. Beteiligung der Akteure in Diskussions- und Entscheidungsprozesse.
Begründung	Aktuell gibt es in der LHP auf institutioneller Ebene noch keine verbindlichen Kooperations- und Vernetzungsstrukturen. Die Initiierung und Etablierung eines GPV ist unabdingbar erforderlich, um eine optimale personenzentrierte Versorgung zu gewährleisten. Die Perspektiven und Bedürfnisse von Psychatrieerfahrenen und Angehörigen sind wahrzunehmen und zu berücksichtigen.
Zielgruppe	Psychatrieerfahrene und Angehörige; alle Akteure, die in der psychosozialen, psychiatrischen Versorgung und Suchtprävention in der LHP beteiligt sind
Zeitplan	Ab 2. Quartal 2018
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG Planung und Steuerung - 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V. (BAG GPV) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Koordination für Suchtprävention (AG 3801) PSAG
Finanzrahmen	Honorarkosten: 15.000 € (2019), 5.000 € (2020)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Ein GPV wurde installiert. 0 (erwartetes Ergebnis): Es finden Diskussions- und Entscheidungsprozesse in Bezug auf Kooperations- und Vernetzungsstrukturen statt. -1 (weniger als erwartet): Es finden keine Diskussions- und Entscheidungsprozesse statt.
Evaluation	Befragung der Akteure in der Gemeindepsychiatrie nach 5 Jahren

Ziel 1.2: Etablierung einer Datengrundlage in der Psychiatriekoordination

Maßnahme	Zur Verbesserung der internen Datenqualität findet ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Controlling des Fachbereichs (FB) Soziales und Gesundheit und der Psychiatriekoordination statt. Zudem wird eine Datenbank mit relevanten Kennzahlen entwickelt.
Begründung	Die Beantwortung von Fragestellungen, Bedarfsermittlungen, Planungen und Gesundheitsberichterstattung der Psychiatriekoordination sind durch das vorhandene Datenmaterial aktuell nur partiell abzubilden. Um dies zu gewährleisten, Verlaufsveränderungen sowie Wirkungskontrollen darstellen zu können, ist eine Datenbank notwendig.
Zielgruppe	StVV
Zeitplan	Ab 2019
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Federführung (FF): Controlling FB 38 Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (385) mit SpDi (3856) Bereich Soziale Leistungen und Integration (383) Bereich Wohnen (382) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Gesundheits- und Sozialplanung (AG 3801)
Finanzrahmen	Keine zusätzlichen Kosten, laufende Personalkosten
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Eine Datenbank, die Auswertungen, Bedarfsermittlungen und Planungen ermöglicht, wurde entwickelt und wird fortlaufend angepasst. 0 (erwartetes Ergebnis): Die Datenbank ist in der Entwicklung. -1 (weniger als erwartet): Es wurde keine Datenbank entwickelt.
Evaluation	Halbjährlicher Evaluationstermin mit dem Controlling des FB 38 und der AG 3801 sowie mit der Psychiatriekoordination, um die Datenbank fortlaufend zu optimieren.

Ziel 1.3: Verbesserung der Informationen für Bürger und Bürgerinnen zu seelischer Gesundheit	
Maßnahme	Entwicklung, Installation und fortlaufende Bekanntmachung eines online-basierten barrierearmen Wegweisers zu psychosozialen, psychiatrischen und (sucht-)präventiven Angeboten in der LHP. Ergänzend wird ein sog. Notfallkontakt-Flyer entwickelt und veröffentlicht.
Begründung	Es gibt aktuell keinen Überblick über das psychosoziale und psychiatrische Versorgungsangebot in der LHP. Damit Bürger und Bürgerinnen schnell und zielorientiert Angebote finden, ist ein online-basierter barrierearmer Wegweiser für die Website <i>Potsdam.de</i> zu entwickeln, zu installieren und bekannt zu machen.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen, Fachkräfte
Zeitplan	2018 Entwicklung und Veröffentlichung; ab 2019 fortlaufende Bekanntmachung und Anpassung
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG Wohnungssicherung (3821) Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich IT-Steuerung und -Gesamtsteuerung (141) Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (385) mit SpDi (3856) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) FB Kinder, Jugend und Familie (35) Bereich Presse und Kommunikation (924) PSAG Träger der Freien Wohlfahrtspflege und weitere Fachkräfte
Finanzrahmen	Sachkosten: 2.500 € pro Jahr (ab 2018)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Der Wegweiser ist erstellt, verständlich aufgearbeitet (benutzerfreundlich und benutzerspezifisch), online zugänglich, barrierearm und in Potsdam bekannt. 0 (erwartetes Ergebnis): Der Wegweiser ist erstellt, verständlich aufgearbeitet und online zugänglich. -1 (weniger als erwartet): Der Wegweiser ist unverständlich und der Online-Zugang ist nur eingeschränkt möglich.
Evaluation	jährliche Auswertung der Nutzerzahlen des Online-Wegweisers

Ziel 1.4: Empowerment von Menschen mit psychischen Störungen

Maßnahme	Fachlich-inhaltliche Diskussion (z.B. im Rahmen eines Fachtags) zum Thema ehrenamtliches Engagement mit Psychiatrieerfahrenen und Akteuren der Gemeindepsychiatrie zur Stärkung des Empowerments. Entwicklung einer gemeinsamen Haltung zu Möglichkeiten, Grenzen und Ausgestaltung wie ehrenamtliches Engagement von Menschen mit psychischen Störungen als Möglichkeit des Empowerments strukturiert sein kann. Zugleich Beantwortung der Frage, wie mithilfe von ehrenamtlichem Engagement Stigmatisierung z.B. von Good-Practice-Beispielen reduziert werden kann.
Begründung	Sich als Mensch mit einer psychischen Störung selber ehrenamtlich zu engagieren und nicht „nur Nutzer“ zu sein, fördert sich selbst zu befähigen. Außerdem können durch Begegnungen Vorurteile am wirksamsten reduziert werden (Rüesch, 2005). Bisher gibt es nur wenige öffentlichkeitswirksame Angebote (z.B. Kabarett Antidepressiva), bei dem sich Menschen mit einer psychischen Störung selber ehrenamtlich engagieren und mit anderen in Kontakt kommen können. Durch ehrenamtliches Engagement wird auch das Selbstwertgefühl gesteigert.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen mit psychischen Störungen und deren Angehörige, Fachkräfte
Zeitplan	2020
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Allianz für die Selbsthilfe Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG SEKIZ SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 8.000 € (2021)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Die fachlich-inhaltliche Diskussion hat stattgefunden und eine gemeinsame Haltung wurde abgeleitet. 0 (erwartetes Ergebnis): Die fachlich-inhaltliche Diskussion hat stattgefunden und es konnte keine gemeinsame Haltung abgeleitet werden -1 (weniger als erwartet): Die fachlich-inhaltliche Diskussion hat nicht stattgefunden.
Evaluation	Systematische Erfassung und Auswertung des ehrenamtlichen Engagements für und von Menschen mit psychischen Störungen

Ziel 1.5: Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema seelische Gesundheit

Maßnahme	Anlässlich des <i>Internationalen Tages der seelischen Gesundheit</i> (10. Oktober) werden jährlich mit unterschiedlichen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen Informationen zum Thema seelische Gesundheit und möglichen Anlaufstellen (z.B. SpDi) verteilt. Hierfür sind einfache Sprache sowie ergänzend im Jahresverlauf bereits etablierte Veranstaltungen für die Informationsweitergabe zu nutzen.
Begründung	Themen wie seelische Gesundheit und psychische Störungen werden teilweise noch tabuisiert. Durch die Information kann eine fortlaufende Sensibilisierung für die Thematik und möglicherweise eine frühzeitige Inanspruchnahme von Hilfen gefördert werden. Durch Informationen in den öffentlichen Verkehrsmittel können die verschiedenen Altersgruppen und soziale Milieus erreicht werden.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen
Zeitplan	- jährlich anlässlich des <i>Internationalen Tages der seelischen Gesundheit</i> am 10. Oktober - ergänzend im Jahresverlauf
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Marketing (926) Bereich Presse und Kommunikation (924) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG SpDi (3856) Pflegestützpunkt
Finanzrahmen	Sachkosten 12.000 € (ab 2019 fortlaufend)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es finden jedes Jahr mehrere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen statt. 0 (erwartetes Ergebnis): Es finden einmal pro Jahr öffentlichkeitswirksame Maßnahmen statt. -1 (weniger als erwartet): Es finden keine öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen statt.
Evaluation	Auswertung der Nutzerzahlen des Online-Wegweisers in Beziehung zu den öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.

Ziel 1.6: Sensibilisierung zum Thema Suizidprävention

Maßnahme	Fachlich-inhaltlicher Diskurs (z.B. Fachtag) mit den Potsdamer Akteuren der Gemeindepsychiatrie und Experten zur Entwicklung, Auswahl und Etablierung von evidenzbasierter Suizidprävention unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zielgruppen (z.B. Jugendliche/junge Erwachsene, Männer im mittleren Alter und Senioren) sowie unter Berücksichtigung von sozioökonomischen Aspekten und unterschiedlichen Lebenswelten.
Begründung	In der Altersgruppe der 15- bis unter 30-Jährigen ist Suizid die häufigste Todesursache (GBE, 2017). Die Altersgruppen der 45- bis 60-jährigen Männer zeigen die größten Häufigkeiten von Suiziden (Destatis, 2016).
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Experten aus dem Bereich Suizidprävention Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie PNA (Klinikum EvB) PSAG Seniorenbeirat SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 8.000 € (2019)
Kriterien der Zielerreichung /	+1 (mehr als erwartet): Es konnte mit den unterstützenden Kooperationen eine gemeinsame Strategie und Zielsetzung entwickelt werden. 0 (erwartetes Ergebnis): Es fand ein fachlich-inhaltlicher Diskurs zum Thema Suizidprävention statt. -1 (weniger als erwartet): Es fand kein fachlich-inhaltlicher Diskurs zum Thema Suizidprävention statt.
Evaluation	Erfassung und Auswertung des Diskurses

Ziel 1.7: Verbesserung der gemeindepsychiatrischen Versorgungssituation von Menschen mit Doppeldiagnosen in der LHP	
Maßnahme	In der AG Planung und Steuerung (AG 3801) wird gemeinsam mit der Koordination für Suchtprävention, der Gesundheits- und Sozialplanung sowie der Psychiatriekoordination ein Bericht über die Versorgungssituation von Menschen mit Doppeldiagnosen erstellt. Durch die Gesundheitsberichterstattung werden Rückschlüsse gezogen, um die Versorgungssituation zu verbessern.
Begründung	Aktuell existiert in der LHP kein ausführlicher Sachstand über die Versorgungssituation von Menschen mit Doppeldiagnosen (Sucht in Kombination mit anderen psychischen Störungen bzw. anderen Behinderungen).
Zielgruppe	StVV
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801) Gesundheits- und Sozialplanung (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	3821 Arbeitsgruppe Wohnungssicherung (3821) Beirat für Menschen mit Behinderung der LHP Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Koordination für BTHG (AG 3801) PSAG Seniorenbeirat SpDi (3856) Statistik und Wahlen (156)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 10.000 € (2020)
Kriterien der Zielerreichung /	+1 (mehr als erwartet): Die Gesundheitsberichterstattung ist erfolgt. Ein Fachtag zu dem Themenschwerpunkt hat stattgefunden. Die partizipativ entwickelten Ergebnisse und die entsprechenden Rückschlüsse finden sich in dem Bericht wieder. 0 (erwartetes Ergebnis): Die Gesundheitsberichterstattung ist erfolgt. -1 (weniger als erwartet): Die Gesundheitsberichterstattung ist nicht erfolgt.
Evaluation	Es wird eine Bewertung der Ergebnisse vorgenommen und entsprechender Handlungsbedarf abgeleitet.

Ziel 1.8: Schaffung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen innerhalb der Verwaltung	
Maßnahme	Die Möglichkeiten der Verwirklichung von Maßnahmen zur Tagesstrukturierung bzw. Beschäftigung (z.B. Bundesfreiwilligendienst oder Budget für Arbeit nach dem BTHG) von Menschen mit psychischen Störungen in der Verwaltung werden erörtert.
Begründung	Die Verwaltung soll ein Vorbild sein und sich gemäß des Leitbildes „Eine Stadt für Alle“ für Inklusion einsetzen und somit auch für Menschen mit psychischen Störungen Möglichkeiten der beruflichen Teilhabe vorhalten.
Zielgruppe	Menschen mit psychischen Störungen, die berufliche Teilhabe wollen; Stadtverwaltung der LHP
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Personal und Organisation (932) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung (3001) Koordination für BTHG (AG 3801)
Finanzrahmen	Zunächst keine weiteren Kosten, laufende Personalkosten
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es fanden Erörterungen mit den verschiedenen Akteuren statt und es konnten Umsetzungsideen entwickelt werden. Die Initiierung hat begonnen. 0 (erwartetes Ergebnis): Es fanden Erörterungen mit den verschiedenen Akteuren in der Verwaltung statt. -1 (weniger als erwartet): Es fanden keine Erörterungen statt.
Evaluation	Auswertung der Ergebnisprotokolle

Lebensbereich „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“

Ziel 2.1: Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern in der Lebenswelt Kindertagesbetreuung	
Maßnahme	<p>Initiierung und Durchführung von evaluierten Eltern-Programmen an Kitas zur Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern, auch unter Berücksichtigung des interkulturellen Ansatzes durch das Projekt „Schatzsuche“. Ein solches Eltern-Programm sollte in die Präventionskette des Netzwerkes „Gesunde Kinder und Familien“ eingebunden werden. Aktuell gibt es in Potsdam 5 Kitas, die bereits „Schatzsuche-Kita“ sind.</p> <p>Grundsätzlich sind die Themen Förderung der seelischen Gesundheit stärker in die Angebote (z.B. Baby-Begrüßungsdienst) des Netzwerkes „Gesunde Kinder und Familien“ zu verorten.</p>
Begründung	<p>Die BELLA-Studie zeigt, dass bei rund 22% der befragten Kinder und Jugendlichen im Alter von 7 – 17 Jahren Hinweise auf psychische Auffälligkeiten vorhanden waren (Ravens-Sieberer, 2017). Deshalb ist eine frühzeitige Sensibilisierung der Eltern für die Stärken und Schutzfaktoren ihrer Kinder durch die Erzieher und Erzieherinnen im Sinne der Ressourcenorientierung wichtig. Die Auseinandersetzung der Eltern mit den Stärken und Schutzfaktoren stellt einen wichtigen Aspekt für die Resilienz ihrer Kinder dar und ist eine Voraussetzung für die seelische Gesundheit auch im weiteren Leben. Ein optimaler Zugang zu Angeboten der Förderung seelischer Gesundheit könnte über Kitas, als aufzubauende Familienzentren⁶, geschaffen werden.</p>
Zielgruppe	Erzieher und Erzieherinnen, Eltern und Kinder von 0 – 6 Jahren
Zeitplan	1. Halbjahr 2019 und voraussichtlich 2. Halbjahr 2020
Priorität	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="background-color: red; color: white; padding: 2px;">1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/></div> <div style="background-color: orange; color: white; padding: 2px;">2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/></div> <div style="background-color: blue; color: white; padding: 2px;">3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/></div> </div>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG LeRiKo (Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Lebens-Risiko-Konsumkompetenz) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Kindertagesbetreuung Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB)

⁶ Verweis auf den *Maßnahmenplan zur Sicherung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder in der LHP* und den *Jugendhilfeplan* von FB 35

	<p>Netzwerk „Gesunde Kinder und Familie“ der LHP PSAG SpDi (3856) SPZ (Klinikum Westbrandenburg GmbH)</p>
Finanzrahmen	Sachkosten: 1.000 € (2019 und 2020)
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Es gibt in Potsdam mehr als 20 Kitas mit dem Zertifikat „Schatzsuche-Kita“.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Es gibt in Potsdam mehr als 8 Kitas mit dem Zertifikat „Schatzsuche-Kita“.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Es gibt in Potsdam weniger als 8 Kitas mit dem Zertifikat „Schatzsuche-Kita“.</p>
Evaluation	Erfassung der zertifizierten „Schatzsuche-Kitas“ in der LHP

Ziel 2.2: Sensibilisierung für seelische Gesundheit in der Lebenswelt Schule

Maßnahme	Initiierung von Pilotprojekten/Projekttagen an Schulen zu seelischer Gesundheit. Positionierung des Themas bei bereits etablierten Veranstaltungen für Potsdamer Schüler und Schülerinnen (Schülergesundheitstage oder Komm auf Tour – Meine Stärken, Meine Zukunft der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – BZgA) .		
Begründung	Psychische Störungen beginnen meistens vor dem 20. Lebensjahr (Herpertz-Dahlmann et al., 2013) und beeinflussen die Lebensqualität und den Schul- und Ausbildungserfolg. Mithilfe von Gesundheitsförderung im Bereich der seelischen Gesundheit sollen Ängste und Vorurteile abgebaut, sowie Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung reduziert werden. Des Weiteren ist es wichtig, auch für mögliche Krisen Zuversicht und Lösungswege zu vermitteln und das Wohlbefinden zu fördern.		
Zielgruppe	Schüler und Schülerinnen ab der 1. Klasse sowie ihre Eltern und ihre Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher im Hort bzw. in verlässlichen Halbtagschulen Schulsozialarbeit in Potsdam		
Zeitplan	Ab 2019 fortlaufend		
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/>	2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/>	3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG LeRiKO Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe Kindertagesbetreuung Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG Schulen Schulsozialarbeit SpDi (3856) SPZ		
Finanzrahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Sach- und Honorarkosten für bereits etablierte Veranstaltungen werden im Konto 4140000 (Produktbezeichnung Verwaltungsaufgaben/Gesundheitsschutz/Gesundheitspflege) eingeplant - Integration im Rahmen der PLuS-Förderung⁷ wird geprüft 		
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es finden evaluierte Projekte bzw. Projekttage zum Thema seelische Gesundheit in mehr als 10 Klassen in Potsdamer		

⁷ Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem für schulbezogene Jugendhilfeleistungen an den Schulen der LHP im Rahmen des Gesamtkonzeptes Schule - Jugendhilfe der LHP (Drucksache-Nr. 15/SVV/0449)

	<p>Schulen statt.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Es finden Projekte zum Thema seelische Gesundheit im Rahmen von bereits etablierten Veranstaltungen für Potsdamer Schulen statt.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Es finden keine Projektstage oder Projekte zum Thema seelische Gesundheit in Potsdamer Schulen oder in bereits etablierten Veranstaltungen statt.</p>
Evaluation	Systematische Erhebung und Auswertung der stattgefundenen Veranstaltungen

Ziel 2.3: Förderung der seelischen Gesundheit der Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung

Maßnahme	Initiierung und Etablierung eines Gruppenangebotes zur Förderung der seelischen Gesundheit und Resilienz der Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung entlang ihrer Biografien. Dabei sind die evidenzbasierten Erkenntnisse der BELLA-Kohortenstudie des RKI z.B. zu Faktoren der Gesunderhaltung bei Kindern psychisch belasteter Eltern maßgeblich zu berücksichtigen. Ergänzende Elternprogramme sind ebenfalls wichtig. Das Thema <i>Kinder von psychisch erkrankten Eltern</i> ist in vorhandene Netzwerkstrukturen verbindlich zu verorten.		
Begründung	<p>Psychische Störungen von Eltern stellen einen großen Risikofaktor für Kinder dar, später auch eine psychische Störung auszubilden (Plass et al., 2016). Angebote sind für diese Zielgruppe zu forcieren, um mögliche Folgen bestmöglich abzuwenden und die Lebensqualität der Kinder von psychisch kranken Eltern und ihren Eltern zu fördern. Dies bezieht sich auch auf Kinder, die noch keine weiteren Hilfen im Rahmen des FB 35 und FB 38 in Anspruch nehmen.</p> <p>Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird die Verbesserung der Situation von Kindern von psychisch erkrankten Eltern als ein Ziel beschrieben (Z. 855). Durch eine bessere Kooperation und Koordination der unterschiedlichen Hilfesysteme sollen Schnittstellenprobleme behoben werden (Z. 855 ff.).</p>		
Zielgruppe	Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung sowie ihre Eltern		
Zeitplan	Ab 2019		
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/>	2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/>	3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG LeRiKO Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich Recht und Vertragsmanagement (3812) Bundeskinderschutzkoordination der LHP (35) Familienhebammen und weitere Berufsgruppen FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Netzwerk „Gesunde Kinder und Familie“ der LHP PSAG Schulsozialarbeit SpDi (3856) Träger der Kinder- und Jugendhilfe		

Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 20.000 € (ab 2019 fortlaufend)
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Es finden Gruppenangebote für Kinder und Eltern statt. Die Verortung des Themas in vorhandene Netzwerkstrukturen ist erfolgt.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Es findet ein Gruppenangebote für Kinder und Eltern statt.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Es finden keine Gruppenangebote statt.</p>
Evaluation	Erfassung der Gruppenangebote für Kinder von psychisch erkrankten Eltern und ihren Eltern

Ziel 2.4: Verbesserung der Informationslage zu Angeboten zum Thema Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung

Maßnahme	Erstellung eines spezifischen Flyers mit einer Landkarte mit den relevanten Potsdamer Angeboten und den Kontakten für psychisch erkrankte Eltern und Kinder von Eltern mit einer psychischen Störung, welcher auch online zur Verfügung steht.		
Begründung	<p>Im Bereich der Kinder und der erkrankten Eltern sind viele verschiedene Fachkräfte tätig. Um diese verschiedenen Akteure und deren Angebote untereinander bekannt zu machen, ist ein separater Flyer zur Thematik erforderlich. Der Flyer dient als Informationsmedium sowohl für die erkrankten Eltern aber auch für die Fachkräfte. Eine Vernetzung zwischen vorhandenen AG und Netzwerken ist anzustreben, z.B. PSAG und Netzwerk „Gesunde Kinder und Familie“.</p> <p>Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird die Verbesserung der Situation von Kindern von psychisch erkrankten Eltern als ein Ziel beschrieben (Z. 855).</p>		
Zielgruppe	Eltern mit einer psychischen Störung sowie ihre Kinder, Fachkräfte		
Zeitplan	Ab 2019		
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/>	2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/>	3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Suchtprävention (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (3842) AG EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche (3853) AG LeRiKo FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Netzwerk „Gesunde Kinder und Familien“ PSAG SpDi (3856) SPZ (Klinikum Westbrandenburg GmbH) Träger der Kinder- und Jugendhilfe		
Finanzrahmen	Sachkosten: 2.000 € (ab 2019 fortlaufend)		
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Der entwickelte Flyer ist gedruckt verteilt. Ein Nachdruck ist erforderlich.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Der entwickelte Flyer ist gedruckt.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Es wurde kein Flyer entwickelt.</p>		
Evaluation	Der Flyer wird alle 2 Jahre angepasst.		

Ziel 2.5: Förderung der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Psychiatrie

Maßnahme	Interdisziplinärer Austausch von Fachkräften und Vorstellung ihrer Spezialthemen (Kinder- und Jugendhilfe, Erwachsenen und Kinder- und Jugendpsychiatrie). Hierbei ist ein Prozedere für gemeinsame Fallkonferenzen unter Berücksichtigung des Datenschutzes zu entwickeln.		
Begründung	Die gegenseitige Sensibilisierung für Themen wie z.B. Kinderschutz im klinischen Bereich und das Wissen dazu ist eine wichtige Voraussetzung, dass die relevanten Akteure bestmöglich miteinander zusammenarbeiten können. Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird auf die Stärkung der engen Kooperation aller relevanten Akteure im Bereich Kinder- und Jugendhilfe verwiesen (Z. 823 f.).		
Zielgruppe	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Fachkräfte aus dem FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) SpDi (3856)		
Zeitplan	jährlich ab 2019		
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/>	2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/>	3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG Arbeitsgruppe EGH für Kinder und Jugendliche (3844) AG Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche (3853) AG Kommunale Gesundheitsförderung/Landesgeschäftsstelle HPÜ (3851) Fachkräfte im Bereich Kinder- und Jugendhilfe Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG SPZ (Klinikum Westbrandenburg GmbH)		
Finanzrahmen	Keine zusätzlichen Kosten (laufende Personalkosten)		
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Der interdisziplinäre Austausch findet zweimal jährlich statt. Es gibt ein Prozedere für gemeinsame Fallkonferenzen.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Der interdisziplinäre Austausch findet einmal jährlich statt. Die Entwicklung eines gemeinsamen Prozederes für Fallkonferenzen ist noch nicht abgeschlossen.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Der interdisziplinäre Austausch findet nicht statt und ein gemeinsames Prozedere wird nicht entwickelt.</p>		
Evaluation	Auswertung der Gesprächsprotokolle		

Ziel 2.6: Diskussion zu Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern

Maßnahme	Vorgespräche zeigten, dass zu Gestaltung und Umsetzung von Patenschaften unterschiedliche Standpunkte diesbezüglich vorlagen. Deshalb ist vor einer möglichen Initiierung von Patenschaften für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern sowie von professioneller Begleitung der ehrenamtlichen Paten ein ausführlicher fachlich-inhaltlicher Diskurs vorzunehmen. Hier sind auch vorhandene Strukturen (z.B. das Netzwerk Gesunde Kinder Potsdam beim Ernst von Bergmann Sozial gGmbH) zu berücksichtigen.
Begründung	Für Kinder von chronisch/psychisch erkrankten Eltern und ihren Eltern ist eine konstante Bezugsperson im Sinne einer verlässlichen Bezugsperson als ergänzendes Angebot wichtig.
Zielgruppe	Fachkräfte innerhalb und außerhalb der Verwaltung
Zeitplan	2021
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Kommunale Gesundheitsförderung (AG 3851)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (AG 3842) AG EGH Kinder und Jugendliche (3844) AG Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche (AG 3853) Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) mit Hilfe zur Erziehung Koordination für Suchtprävention (3801) PSAG SpDi (3856) SPZ; Träger der Kinder- und Jugendhilfe
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 5.000 € (2021)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es fanden ausführliche fachlich-inhaltliche Diskussionen zu Patenschaften statt und es liegt ein Ergebnispapier unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse vor. Patenschaften werden als erforderlich eingeordnet und initiiert bzw. verworfen. 0 (erwartetes Ergebnis): Es fanden fachlich-inhaltliche Diskussionen zu Patenschaften, jedoch ohne ein Ergebnis, statt. -1 (weniger als erwartet): Es fanden keine fachlich-inhaltlichen Diskussionen zu Patenschaften statt.
Evaluation	Auswertung der Dokumentation der fachlich-inhaltlichen Diskussion

Lebensbereich Arbeit und Beschäftigung

Ziel 3.1: Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen	
Maßnahme	Das Zustandekommen von (Modell-)Projekten zu alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten, z.B. Zuverdienst oder integratives Café, sollen gefördert, evaluiert und bei Erfolg verstetigt werden ⁸ .
Begründung	Aktuell gibt es in der LHP neben den WfbM, außer einem Modellprojekt für Zuverdienst, keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Störungen. Zudem können durch alternative Beschäftigungsmöglichkeiten auch Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, um Stigmatisierung abzubauen.
Zielgruppe	Menschen mit psychischen Störungen
Zeitplan	fortlaufend ab 2018
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG Eingliederungshilfe Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit AK Arbeit und Beschäftigung der PSAG Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Industrie- und Handelskammer Potsdam Koordination für BTHG (3801) PSAG SpDi (3856)
Finanzrahmen	Auf Grundlage von EGH nach §53/54 SGB XII
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Evaluation und ggfs. Verstetigung von mind. einer alternativen Beschäftigungsmöglichkeit. 0 (erwartetes Ergebnis): Initiierung von einer alternativen Beschäftigungsmöglichkeit. -1 (weniger als erwartet): Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten wurden nicht initiiert.
Evaluation	Mithilfe von Sachberichten und evtl. von Studienabschlussarbeiten sollen Umsetzung, Nachhaltigkeit und Zielerreichung untersucht werden.

⁸ Aktuell wird das BbgPsychKG novelliert, sodass Zuverdienst möglicherweise gesetzlich verankert wird.

Ziel 3.2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen	
Maßnahme	Es sind Anreize für die Etablierung von Genesungsbegleitern und Genesungsbegleiterinnen von Seiten der LHP zu schaffen. Es ist eine Prüfung vorzunehmen, inwieweit deren Vergütung in den Leistungsvereinbarungen von Angeboten für seelische Behinderungen aufgenommen werden kann.
Begründung	Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen haben einen wichtigen Einfluss auf Entstigmatisierung, Recovery ⁹ und den trialogischen Austausch. Die Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen, die eine einjährige Ausbildung absolviert haben, sind aktuell meistens ehrenamtlich tätig.
Zielgruppe	Menschen, die erfolgreich eine Ausbildung zum/zur Genesungsbegleiter/Genesungsbegleiterin abgeschlossen haben oder abschließen wollen; Träger der Freien Wohlfahrtspflege
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Kleine LIGA der Spitzenverbände Koordination BTHG (3801) LASV Serviceeinheit Entgeltwesen; PSAG
Finanzrahmen	Im Rahmen der Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen, Vergütung könnte in Anlehnung TVöD 4 erfolgen
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen sind in mehr als 4 Angeboten und sozialen Dienstleistungen angestellt und ihre Leistungen werden refinanziert. 0 (erwartetes Ergebnis): Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen sind in weniger als vier sozialen Angeboten und Dienstleistungen tätig. -1 (weniger als erwartet): Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen sind weiterhin ehrenamtlich tätig.
Evaluation	Quantitative Erfassung, der in der LHP tätigen Genesungsbegleiter und Genesungsbegleiterinnen

⁹ Revorey = Gesundung und umfasst einen ganzheitlichen Ansatz im Umgang mit der Erkrankung und Lebenskrisen, um die täglichen Herausforderung anzugehen. Das Recovery-Modell umfasst Aspekte wie Personenorientierung, Betroffeneneinbezug und Selbstbestimmung. Wichtige Unterstützer sind Peers als sog. Genesungsbegleiter. (Kammer-Spohn, 2013).

Ziel 3.3: Verbesserung des Informationsstandes zum Thema Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit psychischen Störungen	
Maßnahme	Der Wegweiser inkl. Landkarte vom <i>AK Arbeit und Beschäftigung</i> der PSAG soll als Broschüre und digital veröffentlicht werden. Ergänzend soll der Wegweiser mithilfe von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen bei den Bürgern und Bürgerinnen sowie den Multiplikatoren bekannt gemacht werden.
Begründung	Der von der AG Arbeit und Beschäftigung der PSAG erstellte Wegweiser ist bisher die einzige Zusammenfassung von Angeboten/Hilfen im Bereich Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit psychischen Störungen für die LHP.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen; Multiplikatoren im Bereich von Arbeit und Beschäftigung innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung
Zeitplan	Fortlaufend ab 2019
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 3 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) AG Arbeit und Beschäftigung der PSAG
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG EGH für Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit/JobCenter PSAG SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sachkosten: 6.000 € (2019); 3.000 € (2020/21)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Der Wegweiser „Arbeit und Beschäftigung“ ist als Broschüre und digital veröffentlicht. Der Wegweiser und der Flyer ist bekannt und müssen nachgedruckt werden. 0 (erwartetes Ergebnis): Der Wegweiser „Arbeit und Beschäftigung“ ist entweder in Papierform oder digital veröffentlicht. -1 (weniger als erwartet): Der Wegweiser ist nicht veröffentlicht.
Evaluation	Systematische Erfassung der Verteilerorte der Broschüre und Flyer. Der Wegweiser wird einmal jährlich von der AG Arbeit und Beschäftigung aktualisiert.

Ziel 3.4: Prävention durch tagesstrukturierende Angebote für Menschen in sog. „Wartephasen“	
Maßnahme	Zur Verfügungstellung eines Budgets im Rahmen eines zweijährigen Modellprojektes für niederschwellige, flexible Überbrückungsangebote. Durch eine arbeitsnahe Tagesstruktur sollen z.B. neuen Krisen, welche durch die Wartephasen gefördert werden, vorgebeugt und einer Chronifizierung entgegengewirkt werden. Außerdem kann eine Vorbereitung auf die angestrebte Maßnahme erfolgen. Eine Verortung kann z.B. im Zuverdienst und/oder in der Tagesstätte erfolgen.
Begründung	Aktuell wird dieses Angebot unentgeltlich durch Organic Village gGmbH angeboten und vorgehalten. Damit dieses Angebot auch weiterhin für Menschen in „Wartephasen“ vorgehalten werden kann, ist eine finanzielle Absicherung erforderlich.
Zielgruppe	Menschen in sog. „Wartephasen“, die nach einer Antragstellung z.B. mehr als 6 Monate auf den Bescheid oder auf den Beginn einer Maßnahme warten müssen (genaue Kriterien sind zu definieren).
Zeitplan	2021/22
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AG Arbeit und Beschäftigung der PSAG AG EGH für Erwachsene (3842) Agentur für Arbeit Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) JobCenter LHP PSAG
Finanzrahmen	Sach- und Personalkosten: 65.000 € (2021)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Initiierung und Evaluation und ggfs. Verstetigung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten. 0 (erwartetes Ergebnis): Initiierung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten. -1 (weniger als erwartet): Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten wurden nicht initiiert.
Evaluation	Externe wissenschaftliche Evaluation in 2022

Ziel 3.5: Verbesserung des Zugangs zum Budget für Arbeit	
Maßnahme	Entwicklung von Informationsmaterial, auch in einfacher Sprache, zum Budget für Arbeit für Menschen mit Behinderung und Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen.
Begründung	Die Informationslage zum Budget für Arbeit ist aktuell nicht optimal und das Budget für Arbeit wird aktuell kaum in Anspruch genommen.
Zielgruppe	Menschen mit Behinderung und Anspruchsvoraussetzung für eine WfbM mit Abschluss des Eingangsverfahrens sowie dem Berufsbildungsbereiches; Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen in der LHP
Zeitplan	2019
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Koordination für BTHG (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Arbeit und Beschäftigung der PSAG Beirat für Menschen mit Behinderung Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) PSAG Psychiatriekoordination (AG 3801)
Finanzrahmen	Sachkosten 1.000 € (2019-2021)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es gibt Informationsmaterial, auch in einfacher Sprache, zum Budget für Arbeit. 0 (erwartetes Ergebnis): Es gibt Informationsmaterial zum Budget für Arbeit. -1 (weniger als erwartet): Es gibt kein Informationsmaterial zum Budget für Arbeit.
Evaluation	Anpassung der Informationsmaterialien im Jahr 2021 durch die Koordination für BTHG (AG 3801)

Lebensbereich Wohnen

Ziel 4.1: Schaffung eines niederschweligen Wohnangebotes für Menschen mit schweren psychischen Störungen	
Maßnahme	Initiierung und Etablierung eines niederschweligen und ggfs. geschlechtersensiblen Wohnangebotes, außerhalb des Obdachs, für Menschen, die schwere psychische Störungen und keine Krankheitseinsicht haben.
Begründung	Aktuell gibt es für Menschen mit schweren psychischen Störungen nur <i>Wohnen im Kiez</i> mit der hohen Zugangsvoraussetzung der EGH. Ein vergleichbares Wohnangebot für Menschen, die schwere psychische Störungen haben und wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, gibt es aktuell in Potsdam nicht. Eine solche Wohnform kann die Möglichkeit bieten, dass die Menschen freiwillige Begleitungsangebote in Anspruch nehmen und Zugang zum weiteren psychiatrischen Versorgungssystem finden, auch unter Berücksichtigung der Aspekte der Beheimatung.
Zielgruppe	Potsdamer und Potsdamerinnen mit schweren psychischen Störungen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder wohnungslos sind
Zeitplan	Ab 2021
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Bereich Wohnen (382) Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Wohnungslos PSAG SpDi (3856)
Finanzrahmen	§ 67 SGB XII (evtl. Mischfinanzierung § 53 SGB XII)
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Die Ausschreibung für ein niederschwelliges Wohnangebot für Menschen mit schweren psychischen Störungen war erfolgreich und die ersten Menschen können ab dem 01.01.2022 einziehen.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Die Ausschreibung für ein niederschwelliges Wohnangebot war erfolgreich, es haben sich mehrere Anbieter beworben. Ein Träger konnte alle geforderten Kriterien erfüllen und wurde mit der Aufgabe betraut.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Die Ausschreibung für ein niederschwelliges Wohnangebot für Menschen mit schweren psychischen Störungen war nicht erfolgreich oder fand nicht statt.</p>
Evaluation	Auswertung der Sachberichte und Jahresgespräche

Lebensbereich „Gesunde Lebensmittel“ und „Gesundes Altern“

Ziel 5.1: Verstetigung der KBS für Menschen mit psychischen Störungen	
Maßnahme	Erarbeitung von Möglichkeiten der Finanzierung für die KBS außerhalb von Zuwendung (freiwillige Mittel) sowie Entscheidung und Umsetzung einer Alternative unter Berücksichtigung der Novellierung des BbgPsychKG.
Begründung	Die KBS ist ein unverzichtbares niederschwelliges und anonymes Angebot für Menschen mit psychischen Störungen und deren Angehörige. Mithilfe der KBS sollen Zugänge zu Hilfen erleichtert und somit die frühzeitige und rechtzeitige Inanspruchnahme dieser Hilfen gefördert werden, um unter anderem stationäre Aufenthalte vermeiden zu können. Ergänzend unterstützt die KBS die Reintegration nach einem stationären Aufenthalt. (MASGF, 2017) Die steigenden Einwohner- und Besucherzahlen müssen sich in der Ausstattung der KBS widerspiegeln. Zudem sollen für die unterschiedlichen Altersgruppen differenzierte Angebote zur Verfügung stehen.
Zielgruppe	Menschen mit psychischen Störungen und deren Angehörige
Zeitplan	Ab 2020
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Büro für Chancengerechtigkeit und Vielfalt (904) PSAG
Finanzrahmen	Sach- und Personalkosten inkl. Zuwendungen des MASGF: 200.000 €/Jahr (ab 2020) Die Zuwendungshöhe des MASGF pro kreisfreie Stadt bzw. Landkreis für KBS beträgt aktuell 43.500 €/Jahr und ist anteilig zur Finanzierung von Personalkosten zu verwenden (MASGF, 2017). In den Jahren 2017 und 2018 wurde die KBS im Rahmen der Zuwendung der LHP inkl. Zuwendung vom Land mit jeweils insgesamt 127.627 € gefördert. ¹⁰
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es wurde eine alternative und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeit realisiert. 0 (erwartetes Ergebnis): Es liegt eine Entscheidung über eine

¹⁰ Aktuell wird das BbgPsychKG novelliert, sodass möglicherweise die KBS als Pflichtangebot gesetzlich verankert wird. Außerdem wird die Förderrichtlinie des FB 38 angepasst, sodass Neuerungen entstehen können.

	alternative und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeit vor. -1 (weniger als erwartet): Es wurde keine alternative und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeit realisiert.
Evaluation	Strukturierte Sachberichte mit zahlenmäßigem Nachweis; Jahresgespräche mit der KBS

Ziel 5.2: Verstetigung des Angebotes „Antidepressiva – das andere Kabarett“	
Maßnahme	Die Finanzierung vom Kabarett wird sichergestellt sowie Mittel für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Verfügung gestellt, sodass neue Teilnehmer gewonnen werden können und das Fortbestehen des Kabarett nachhaltig gesichert werden kann.
Begründung	Bisher gibt es nur wenige öffentlichkeitswirksame Angebote (z.B. Kabarett Antidepressiva), bei dem sich Menschen mit einer psychischen Störung ehrenamtlich engagieren können. Durch ehrenamtliches Engagement wird das Selbstwertgefühl gesteigert und durch Begegnungen mit anderen Menschen können Stigmatisierungen in der Gesellschaft reduziert werden. Dieses wichtige Angebot ist zu sichern.
Zielgruppe	Psychatrieerfahrene Menschen in der LHP
Zeitplan	Ab 2020
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Beirat für Menschen mit Behinderung Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904) Koordination für BTHG (AG 3801) PSAG
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 12.000 € (ab 2020)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Das Kabarett zeichnet sich durch stabile Teilnehmerzahlen sowie mindestens 5 Auftritte pro Jahr aus. 0 (erwartetes Ergebnis): Das Kabarett hat weniger als 5 Auftritte pro Jahr. -1 (weniger als erwartet): Das Kabarett existiert in der LHP.
Evaluation	Strukturierte Sachberichte mit zahlenmäßigem Nachweis, Jahresgespräch mit der Leitung des Kabarett

Ziel 5.3: Unterstützung der Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes

Maßnahme	Etablierung einer Austauschmöglichkeit (in Form von Selbsthilfegruppe – SHG oder Einzelberatung) für Angehörige bzw. des nahen sozialen Umfelds von Menschen mit psychischen Störungen sowie Steigerung des Bekanntheitsgrades der SHG bei den Potsdamer Bürgern und Bürgerinnen mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit.		
Begründung	Angehörige bzw. das nahe Umfeld von Menschen mit psychischen Störungen sind oftmals wichtige Bezugspersonen in Krisen, übernehmen teils eine große Verantwortung und erleben die möglichen starken persönlichen Veränderungen ihres Angehörigen als sehr belastend. Diese vielfältigen Erfahrungen und Belastungen können eine große Unsicherheit auslösen und zu dem Wunsch führen, sich mit ähnlich betroffenen Angehörigen oder mit einer Fachkraft auszutauschen. Die seit Anfang 2018 bestehende SHG ist aktuell durch schwankende Teilnehmerzahlen gekennzeichnet. Um das wichtige Angebot der SHG sowie der Einzelberatung zu etablieren und zu sichern, sind öffentlichkeitswirksame Maßnahmen erforderlich.		
Zielgruppe	Angehörige bzw. das nahe soziale Umfeld von Menschen mit psychischen Störungen		
geplant	ab 2019 fortlaufend		
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/>	2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/>	3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Allianz für die Selbsthilfe Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) PSAG Psychoseseminar SEKIZ SpDi (3856)		
Finanzrahmen	Sachkosten: 1.000 € (ab 2019 fortlaufend)		
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 mehr als erwartet): Initiierungen von spezifischen SHG für Angehörige abhängig von der jeweiligen Beziehungsebene (Eltern, erwachsene Kinder oder Partner).</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Regelmäßiges Stattfinden der SHG mit konstanter Teilnehmerzahl unabhängig von der jeweiligen Beziehungsebene.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Unregelmäßiges Stattfinden der SHG unabhängig von der jeweiligen Beziehungsebene.</p>		
Evaluation	Jahresgespräche zw. Leitung der SHG und der Psychiatriekoordination.		

Ziel 5.4: Förderung der Gesundheit von Angehörigen bzw. des nahen sozialen Umfeldes

Maßnahme	Sensibilisierung von Angehörigen und Multiplikatoren zu allgemeinen Angeboten der Gesundheitsförderung (z.B. Entspannungs- und Bewegungsangebote) für Angehörige bzw. des nahen Umfelds von Menschen mit psychischen Störungen mithilfe von Öffentlichkeitsmaßnahmen.
Begründung	Angehörige haben vielfältige Belastungen (Jungbauer et al., 2001). Das Entspannungs- und Bewegungsangebot verfolgt den Ansatz der Gesundheitsförderung, sodass Angehörige auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein können.
Zielgruppe	Angehörige bzw. das nahe Umfeld von Menschen mit psychischen Störungen
Zeitplan	ab 2020
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Klinikum EvB) Klinikum Westbrandenburg GmbH Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) PSAG Psychoseseminar SEKIZ/Allianz für die Selbsthilfe SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 5.000 € (fortlaufend ab 2019)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es finden jährlich öffentlichkeitswirksame Maßnahmen für Angehörige von Menschen mit psychischen Störungen statt. 0 (erwartetes Ergebnis): Es findet einmalig eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme (z.B. Aktionstag) statt. -1 (weniger als erwartet): Es finden keine öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen für Angehörige von Menschen mit psychischen Störungen statt.
Evaluation	Auswertung der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen (z.B. Besucherzahlen, Steigerung der Nutzerzahlen des Online-Wegweisers)

Ziel 5.5: Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Menschen

Maßnahme I	Mit Schlüsselpersonen/Multiplikatoren aus der Flüchtlingsarbeit (Flüchtlingspfarrer, Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst etc.) in Potsdam werden leitfadengestützte Interviews geführt, um die Erfahrungen, Bedürfnisse und Wünsche von Geflüchteten zum Thema seelische Gesundheit zu erheben. Ergänzend wird eine Abfrage im Rahmen der SOGU-Runde stattfinden.
Begründung	In dem Psychatriekonzept wurden die Bedarfslagen sowie das Erfahrungswissen von Geflüchteten nicht direkt erhoben. Mithilfe der Informationen von Schlüsselpersonen/Multiplikatoren können mögliche Versorgungsbedarfe abgeleitet werden.
Zielgruppe	Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften (GU) und Wohnungen
Zeitplan	ab 2019 fortlaufend
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Flüchtlingsfragen (GB 3)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	„Gesprächsrunde zu Geflüchteten in der Aue“ Beauftragte für Migration und Integration (904) Bereich Soziale Leistungen und Integration (383) Bereich Statistik und Wahlen (156) FB Kinder, Jugend und Familie (FB 35) GU's Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst PSAG SOGU-Runde SpDi (3856)
Finanzrahmen	Keine zusätzlichen Kosten
Kriterien der Zielerreichung /	+1 (mehr als erwartet): Jährlicher Austausch über die aktuellen Entwicklungen zum Thema seelische Gesundheit von Geflüchteten mit Schlüsselpersonen und Geflüchteten selbst. 0 (erwartetes Ergebnis): Einmalige Durchführung von leitfadengestützten Interviews mit Schlüsselpersonen und Auswertung der Ergebnisse zum Thema seelische Gesundheit von Geflüchteten. -1 (weniger als erwartet): Einmalige Durchführung eines Gespräches mit Schlüsselpersonen zum Thema seelische Gesundheit von Geflüchteten.
Evaluation	Jährliche Rücksprache mit der Beauftragten für Migration und Integration sowie mit der Koordination für Flüchtlingsfragen, um die Ergebnisse und mögliche Rückschlüsse abzustimmen.

Maßnahme II	Veranstaltung für Mitarbeitende der Potsdamer GU zu psychosozialen und psychiatrischen Themen und den Umgang mit Bewohnern z.B. im Rahmen einer „Sonder-SOGU-Runde“ (Fachtag).
Begründung	Mitarbeitende in den GU sind in der Regel hinsichtlich psychischer Basissymptome nicht geschult.
Zielgruppe	Mitarbeitende in den GU
Zeitplan	ab 2019 fortlaufend
Priorität	1 = höchste Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801) Koordination für Flüchtlingsfragen (GB 3)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	„Gesprächsrunde zu Geflüchteten in der Aue“ AG Asyl, HzL und Integration (3831) Beauftragte für Migration und Integration (904) Bereich Soziale Leistungen und Integration (383) Fachzentrum für Soziale Arbeit im Bereich Migration und Integration von FaZIT PSAG SOGU-Runde SpDi (3856)
Finanzrahmen	Honorarkosten: 1.000 € (2019 – 2021)
Kriterien der Zielerreichung /	+1 (mehr als erwartet): Jährliche Durchführung einer Schulung. 0 (erwartetes Ergebnis): Einmalige Durchführung einer Schulung im Rahmen einer „Sonder-SoGu-Runde“. -1 (weniger als erwartet): Die Schulung wird vorbereitet und organisiert.
Evaluation	Jährliche Rücksprache in der SOGU-Runde, um den aktuellen Bedarf zu erheben.

Ziel 5.6: Schaffung eines Informationsstandes zu Unterstützungsangeboten für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten

Maßnahme	Die Angebote für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten werden in einem spezifischen Flyer sowie digital im Online-Wegweiser veröffentlicht. Der Flyer soll mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen bei den Potsdamer Bürgern und Bürgerinnen sowie den Multiplikatoren bekannt gemacht werden.		
Begründung	Im AK Traumanetzwerk wurde berichtet, dass Menschen von Gewalt- und Sexualstraftaten sowie Fachkräfte nicht zwangsläufig die möglichen Unterstützungsangebote in der LHP kennen.		
Zielgruppe	Menschen, die von Gewalt- und Sexualstraftaten betroffen sind; Fachkräfte		
Zeitplan	2019		
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/>	2 = hohe Priorität <input type="checkbox"/>	3 = mittlere Priorität <input checked="" type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)		
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Traumanetzwerk PSAG		
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 2.000 € (2019-2021)		
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Der Flyer ist gedruckt, verteilt und online veröffentlicht. Ein Nachdruck ist erforderlich.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Der entwickelte Flyer ist gedruckt.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Der Flyer wurde nicht entwickelt.</p>		
Evaluation	Systematische Erfassung der Verteilerorte der Flyer durch den AK Traumanetzwerk. Der Wegweiser wird einmal jährlich von dem AK Traumanetzwerk aktualisiert.		

Ziel 5.7: Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten	
Maßnahme	Sicherstellung der Finanzierung der sozialpädagogischen Begleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten.
Begründung	Die sozialpädagogische Begleitung von Opfern von Gewalt-, und Sexualstraftaten wird aktuell über Zuwendung von freiwilligen Mitteln finanziert. Das Ziel der sozialpädagogischen Begleitung ist z.B. die Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten. Traumatisierte Menschen können an Traumafolgestörungen mit dauerhaften sozialen und beruflichen Einschränkungen leiden. Im aktuellen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird auf eine vorzunehmende Reform des sozialen Entschädigungsrechts verwiesen (Z. 4397 ff.). Der Gewaltbegriff wird durch psychische Gewalt ergänzt und niederschwellige und unbürokratische Hilfen, z. B. sog. Traumaambulanzen, sollen zur Verfügung stehen (Z. 4400 ff.).
Zielgruppe	Menschen, die Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten sind
Zeitplan	2020/21
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	AK Traumanetzwerk PSAG
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 20.000 € (2020-2021)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Die Finanzierung ist sichergestellt. 0 (erwartetes Ergebnis): Eine kurzfristige Finanzierung der sozialpädagogischen Begleitung erfolgt weiterhin über Zuwendung. -1 (weniger als erwartet): Die Finanzierung ist unklar.
Evaluation	Strukturierte Sachberichte mit zahlenmäßigem Nachweis

Ziel 5.8: Förderung der Gesundheitskompetenz von Senioren und Seniorinnen zu seelischer Gesundheit

Maßnahme	Sensibilisierung von Senioren und Seniorinnen und Multiplikatoren zu seelischer Gesundheit im Alter allgemein und im Speziellen zu depressiven Störungen und Aspekten der Prävention. Bereits bestehende Informationsbroschüre, z.B. der BZgA, sind bei etablierten Veranstaltungen oder Angeboten (z.B. Seniorenwoche, Lauffest, Bildungsforum, Pflegestützpunkt etc.) zu nutzen und bei Multiplikatoren bekannt zu machen. Ein spezifischer Flyer für Senioren und Seniorinnen zu seelischer Gesundheit ist ergänzend zu entwickeln.
Begründung	Im Gegensatz zu Demenzen werden Depressionen im Alter trotz der Prävalenz von 8-10% (Wittchen et al., 2010) aktuell noch zu wenig thematisiert. Häufig werden Symptome von Depressionen den normalen Begleiterscheinungen des Älterwerdens zugeordnet (RKI, 2009). Möglichen Rückzugstendenzen soll entgegengewirkt werden.
Zielgruppe	Zukünftige Senioren/Seniorinnen 55 – 65 Jahre und Senioren/Seniorinnen ab 65 Jahre sowie das soziale Umfeld; Multiplikatoren
Zeitplan	ab 2019 fortlaufend
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen Begegnungshäuser, Treffpunkt Freizeit Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) Fachkräfte Pflegestützpunkt der LHP PSAG Seniorenbeirat der LHP SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sachkosten: 2.000 € (2019; 2020/21)
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Die Broschüre und der Flyer sind nachzubestellen und bei den relevanten Multiplikatoren (z.B. siehe unterstützende Kooperationen) bekannt. 0 (erwartetes Ergebnis): Die Flyer ist entwickelt und gedruckt. Die Broschüren wurden verteilt. -1 (weniger als erwartet): Der Flyer ist noch in der Entwicklung. Die Broschüren wurden verteilt.
Evaluation	Jährliche Auswertungsgespräche mit dem Seniorenbeirat zum Thema seelische Gesundheit

Ziel 5.9: Sicherstellung von Alltagsunterstützenden Angeboten (AuA) für Menschen mit einer psychischen Störung	
Maßnahme	Finanzierung von AuA für Menschen mit einer psychischen Störung und Pflegegrad (gemäß § 45a SGB XI).
Begründung	Ab dem 01.01.2017 haben alle Menschen mit einem Pflegegrad einen Anspruch auf 125 €, welcher für AuA eingesetzt werden kann. Die Finanzierung von AuA erfolgt jeweils hälftig von den Pflegekassen und der Kommune. Seit 2018 wird das Angebot „Help to go“ für Menschen mit psychischen Störungen über Zuwendung finanziert. Im Rahmen des Angebots werden von ehrenamtlich engagierten Bürgern und Bürgerinnen Betreuungen von Menschen mit psychischen Störungen übernommen.
Zielgruppe	Menschen mit einer psychischen Erkrankung und einem Pflegegrad, pflegende Angehörige
Zeitplan	fortlaufend
Priorität	1 = höchste Priorität <input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität <input type="checkbox"/>
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	Bereich Vertrags- und Verwaltungsmanagement (381) Ernst von Bergmann Sozial gGmbH Pfleigestützpunkt der LHP PSAG SHG für Angehörige SpDi (3856)
Finanzrahmen	Sach- und Honorarkosten: 3.000 € (ab 2020)
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Es existieren anerkannte Angebote gemäß § 45a SGB XI. Für AuA gibt es ausreichend ehrenamtlich Engagierte. AuA wird von Menschen mit einer psychischen Störung und einem Pflegegrad in Anspruch genommen. Die Finanzierung ist mittelfristig gesichert.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Es existieren anerkannte Angebote gemäß § 45a SGB XI. Es gibt nicht ausreichend ehrenamtlich Engagierte. Die Finanzierung ist kurzfristig gesichert.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Es existieren anerkannte Angebote gemäß § 45a SGB XI. Aber AuA kann nur sporadisch in Anspruch genommen werden und die Finanzierung ist nicht gesichert.</p>
Evaluation	Jahresgespräch mit Anbietern von AuA für Menschen mit psychischen Störungen

Ziele ohne direkte Einflussnahmemöglichkeit der LHP

Ziel 6.1: Verortung einer Rehabilitation für Menschen mit psychischen Störungen (RPK) in der LHP	
Maßnahme	Unterstützung möglicher Akteure bei der Zulassung einer RPK in der LHP in Form von Gesprächen und Verortung des Themas in AG und Netzwerken.
Begründung	Aktuell gibt es weder in der LHP noch im Land Brandenburg eine RPK. Die nächst gelegene RPK ist in Magdeburg. Eine RPK in Potsdam ist erstrebenswert, sodass Potsdamer Bürgern und Bürgerinnen bei Bedarf eine medizinische und berufliche Rehabilitation wohnortnah zur Verfügung steht, um den beruflichen Wiedereinstieg bestmöglich vorzubereiten. Im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wird in Zeile 4351 ff. darauf verwiesen, dass für Menschen mit Behinderungen, insbesondere für Menschen mit psychischen Störungen, der Zugang zu medizinisch-beruflicher Rehabilitation verbessert werden soll.
Zielgruppe	mögliche Anbieter einer RPK
Zeitplan	o. J.
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	GB 3 PSAG
Finanzrahmen	Kostenträger können die folgenden Rehabilitationsträger sein: GKV, PKV, RV oder Bundesagentur für Arbeit
Kriterien der Zielerreichung	+1 (mehr als erwartet): Es gibt in der LHP eine RPK. 0 (erwartetes Ergebnis): Es finden ergebnisoffene Gespräche bzgl. einer RPK statt. -1 (weniger als erwartet): Es gibt in der LHP weiterhin keine RPK.

Ziel 6.2: Verbesserung der Versorgung durch psychiatrische häusliche Krankenpflege in der LHP	
Maßnahme	Unterstützung bei der Etablierung psychiatrischer häuslicher Krankenpflege in der LHP durch Gespräche und Verortung des Themas in AG und Netzwerken.
Begründung	Psychiatrische häusliche Krankenpflege wird in der LHP z.B. durch Anbieter aus Brandenburg/Havel übernommen. Ziel der psychiatrischen häuslichen Krankenpflege ist u.a., dass die Menschen ihren Alltag anhand ihrer Möglichkeiten selbstständig bewältigen und z.B. Therapiemaßnahmen in Anspruch nehmen (G-BA, 2018).
Zielgruppe	Ambulante Pflegedienste in der LHP
Zeitplan	o. J.
Zuständigkeit	Psychiatriekoordination (AG 3801)
Anzustrebende unterstützende Kooperationen	GB 3 Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (384) PSAG
Finanzrahmen	Kostenträger: GKV (§ 37 SGB V) oder die Unfallversicherungsträger (§ 32 SGB VII)
Kriterien der Zielerreichung	<p>+1 (mehr als erwartet): Es gibt weitere Anbieter psychiatrischer häuslicher Krankenpflege in der LHP.</p> <p>0 (erwartetes Ergebnis): Es finden ergebnisoffene Gespräche bzgl. psychiatrischer häuslicher Krankenpflege statt. Es gibt weitere Anbieter, die sich vorstellen können, ambulante psychiatrische Krankenpflege anzubieten.</p> <p>-1 (weniger als erwartet): Es gibt keine weiteren Anbieter psychiatrischer häuslicher Krankenpflege in der LHP.</p>





Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0962

öffentlich

Betreff:

Stadtwald in Babelsberg entwickeln

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 11.12.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

30.01.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie der Waldstreifen in Babelsberg zwischen Tramwendschleife und dem Sportplatz vom FSV Babelsberg 74 zu einem ökologisch hochwertigen Stadtwald mit sportlichen Akzenten aufgewertet werden kann. In die Gespräche zur Weiterentwicklung dieses Waldes sind insbesondere die Stadtteil- und Nachbarschaftsinitiative "Babelsberg Netzwerk" und die Bürgerinitiative einzubinden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2019 zu berichten.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Bürgerinitiative Babelsberger Wald hat in den letzten Monaten deutlich gemacht, dass die Waldfläche eine breite Nutzung in Babelsberg erfährt. In Gesprächen wurden Ideen formuliert, wie dieses Waldstück noch weiter im Sinne einer klimafreundlichen Kommune nicht nur gesichert, sondern vor allem aufgewertet werden kann. Der Stadtsportbund hat in der Diskussion jedoch ebenfalls deutlich gemacht, dass in der Landeshauptstadt Potsdam Sportflächen in erheblichen Ausmaß fehlen. Es wurde dabei aufgezeigt, dass die sportlichen Bedarfe sehr breit sind. Zugleich wurde durch die BI betont, dass auch Schulen und KiTa's dieses Waldstück nutzen würden. Insofern wäre an diesem Standort ein Wald-Fitness-Pfad oder Natur-Lehr-Pfad denkbar, um mit der Umsetzung einen Beitrag für das Potsdamer Klima und für den Potsdamer Sport zu schaffen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

19/SVV/0034

öffentlich

Betreff:

Einrichtung eines Ernährungsrates prüfen

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 08.01.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

30.01.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob ein Ernährungsrat einen Mehrwert für die Landeshauptstadt Potsdam sein kann und wie er am sinnvollsten organisiert werden kann. Dem Hauptausschuss ist bis März 2019 ein erster Zwischenbericht vorzulegen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Ernährungsräte sind Werkzeuge, mit denen die Ernährungspolitik auf lokaler Ebene gestaltet werden kann. Sie bringen Menschen zusammen, um lokale, sozial und ökologische Ernährungssysteme zu schaffen. Nach großen Erfolgen vor allem im englischsprachigen Raum haben sich in Deutschland z. B. in Köln und Berlin erfolgreich Ernährungsräte gebildet.

Das Thema Ernährung ist aus der Stadtpolitik verschwunden. Zugleich steigt die Verunsicherung der Verbraucher. Die Diskussionen um den Klimawandel nehmen zu. Der Ressourcen- und Umweltverbrauch steigt stetig. Fehlernährung ist ein Massenphänomen. Parallel ist Lebensmittelverschwendung ein erhebliches Problem. Die Struktur der stadtnahen und urbanen Landwirtschaft, lokaler Produzenten und die Bedeutung der lokalen Lebensmittelindustrie liegt im Dunkeln. Genauso unbekannt sind die Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und soziale Themen, welche die Versorgung der eigenen Stadt lokal, regional sowie global hat.

Lokale Ernährungspolitik und Stadternährungsplanung ist ein für die Stadtentwicklung unausgeschöpftes Potenzial. Es besteht die Chance, ein gesundheitsförderndes, widerstandsfähiges, faires, transparentes und nachhaltiges Ernährungssystem aufzubauen. Konkret kann die Nahversorgung verbessert, die Entwicklung einer Infrastruktur für Direktvermarktung und regionale Produkte geschaffen, urbane Landwirtschaft in verschiedenen Formen begünstigt oder die Gemeinschaftsverpflegung optimiert werden. Des Weiteren kann die Ernährungsbildung durch die Stadt gefördert werden. Das Ernährungssystem sollte zu einem festen Bestandteil von Image und Identität der Stadt werden. Die genannten Potentiale lassen sich durch einen Ernährungsrat generieren, der systeminterne Akteure aus Erzeugung, Verarbeitung, Handel, Konsum und Entsorgung verknüpft.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

19/SVV/0038

öffentlich

Betreff:

Masterplan Grün für Golm - Grüne Freiräume - Grüne Architektur - Grüne Mobilität

Einreicher: Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm

Erstellungsdatum 08.01.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
30.01.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Ortsteil Golm wird ein „Masterplan Grün für Golm“ für vernetzte grüne Strukturen (Grünflächen, Freiflächen, Biotope, Straßengrün, naturnahe Sport- und Bewegungsachsen, Lehrpfad/ -garten), grüne Architektur (begrünte Fassaden, Dächer, Solar- und Regenwassernutzung) und grüne Mobilität (E-Way, Rad-/ Fußwege) aufgestellt. Es wird geprüft, inwieweit Fördermittel aus dem Bundes-Länder-Programm "Zukunft Stadtgrün" u. a. hierfür in Anspruch genommen werden können.

Bei der Aufstellung / Änderung von Bebauungsplänen im Ortsteil Golm ist „Grüne Architektur“ durch geeignete planerische Festsetzungen zu sichern. Die Ergebnisse des „Masterplan Grün für Golm“ sollen bei der Fortschreibung des Maßnahmenplanes Golm Berücksichtigung finden.

gez. Dr. Saskia Ludwig
Ortsvorsteherin

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Ortsbeirat Golm hat in seiner 57. öffentlichen Sitzung am 13.12.2018 mit Stimmenmehrheit beschlossen (DS 18/SVV/0929), diese den Ortsteil betreffende Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen (gemäß § 46 Abs. 2 BbgKVerf).



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

19/SVV/0041

öffentlich

Betreff:

Prüfung der Wirksamkeit der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell)

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 08.01.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
30.01.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die Anwendung der Richtlinie und die damit erreichten Ergebnisse zu prüfen. Insbesondere soll geprüft werden,

- in welchem Umfang der Stadt durch die Anwendung der Richtlinie Einnahmen zur Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Kita, Grundschulen) zugeflossen sind;
- in welchem Umfang dadurch die Belastung der Stadt zur Finanzierung planungsbedingter sozialer Infrastruktur gemindert wurde;
- in welchem Umfang die Planungsbegünstigten an den tatsächlichen Planungskosten beteiligt wurden;
- wie hoch der Anteil von Vorhaben war, bei denen die Richtlinie angewendet wurde;
- wie hoch der Anteil von Wohnungen mit Belegungsbindung an den errichteten Wohnungen bei Vorhaben war, in denen die Richtlinie angewendet wurde und an den insgesamt in Potsdam errichteten Wohnungen.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit dem Beschluss zum Potsdamer Baulandmodell sollte erreicht werden, dass die LH Potsdam die Nutznießer von planungsbedingten Wertsteigerungen an den Planungskosten bei B-Plan-Vorhaben beteiligt, dass Begünstigte auch zu einem signifikanten Teil zur Finanzierung der sozialen Infrastruktur, die infolge der durch die Schaffung des Baurechts möglichen Wohnungsbauvorhaben erforderlich wurde, herangezogen werden und dass bei allen Wohnungsbauvorhaben ein nennenswerter Anteil von Wohnungen mit Belegungsbindungen errichtet wird.

Das Potsdamer Baulandmodell wurde im November 2017 beschlossen. Nach einem Zeitraum von zwei Jahren ist eine Bewertung der Wirksamkeit des Baulandmodells angebracht.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

19/SVV/0073

öffentlich

Betreff:

Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 15.01.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

30.01.2019

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ausgehend von den entsprechenden Aktivitäten auf Landesebene zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Kommunalvertretungen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden sollen auch in der Landeshauptstadt Potsdam die Bedingungen für die Ausübung kommunaler Ehrenämter in der Stadtverordnetenversammlung verbessert werden.

Um zu sichern, dass diese Maßnahmen in der neuen Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung wirksam werden, sollten im Rahmen der städtischen Möglichkeiten entsprechende Vorbereitungen getroffen werden.

Dazu gehören solche Fragen wie die künftige Ausgestaltung der Aufwandsentschädigungen und der Kinderbetreuung, die Fraktionsfinanzierung, die Sicherung der Mobilität, die technische Ausstattung der Stadtverordneten usw.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem MIK entsprechende Vorschläge vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung bis April 2019 vorzulegen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Voraussetzungen für die Einführung einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Stadtverordnete zu prüfen.

Die Stadtverordnetenversammlung setzt eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen ein, die sich mit entsprechenden Vorschlägen befasst.

Ziel ist es, noch in dieser Wahlperiode entsprechende Empfehlungen für die neue Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Eine starke handlungsfähige Stadtverordnetenversammlung mit aktiven Stadtverordneten ist eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige kommunale Selbstverwaltung in Potsdam. Deshalb ist es wichtig, die Bedingungen für dieses kommunale Ehrenamt zu verbessern, um den gegenwärtigen Herausforderungen gerecht werden zu können.

Der Landtag hat sich für eine Stärkung des kommunalen Ehrenamtes ausgesprochen und mit Blick auf die nächste Wahlperiode der Kommunalvertretungen entsprechende Aufträge an die Landesregierung erteilt. Darauf sollte sich die Landeshauptstadt vorbereiten, um den notwendigen Vorlauf zu schaffen.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

ZU:

Antrag der CDU-Fraktion, der Abgeordneten Christoph Schulze (fraktionslos), Iris Schülzke (fraktionslos) und Péter Vida (fraktionslos) - Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen - Drucksache 6/7581 (Neudruck) vom 07.11.2017

Gleichwertige Lebensbedingungen in Brandenburg schaffen - Demokratische Teilhabe ausbauen!

Der Landtag möge beschließen:

Das Land Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Dennoch steht Brandenburg auch in Zukunft vor großen Herausforderungen. Der Landtag Brandenburg geht davon aus, dass ein starker, handlungsfähiger Staat und starke handlungsfähige Kommunen wichtige Voraussetzungen sind, um die zukünftigen Herausforderungen für unser Land erfolgreich bewältigen zu können. Die angestrebte Verwaltungsstrukturreform war ein Instrument, um die kommunalen Verwaltungen zu modernisieren und landesweit dauerhaft leistungsfähig aufzustellen. Der lang bestehende Konsens zur Reformnotwendigkeit wurde aufgekündigt. Dabei drohte die polarisierte Debatte um diese langfristig vorbereitete Reform den Zusammenhalt im Land ernsthaft zu gefährden.

Es bleibt aber weiterhin die Aufgabe für alle politischen Verantwortungsträger in Brandenburg, für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land zu sorgen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte sind der Auffassung, dass dieses übergeordnete Ziel in den heutigen Gebietsstrukturen erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass die Landesregierung ihre Gesetzentwürfe zur Kreisneugliederung und zur Funktionalreform zurückgezogen hat.

Daraus ergibt sich, dass:

- das Leitbild zur Verwaltungsstrukturreform 2019 (DS 6/4528-B) hiermit aufgehoben wird,
- die geplante Kreisgebietsreform einschließlich der Einkreisung von kreisfreien Städten nicht durchgeführt wird,
- die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen durch eine vertiefte interkommunale Zusammenarbeit verbessert werden soll.

Eingegangen: 15.11.2017 / Ausgegeben: 15.11.2017

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. die Vorschläge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen im Land Brandenburg aufzugreifen und sie bei der Umsetzung zu unterstützen. Dazu sind folgende Angebote zu machen:
 - a. Die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden und Ämtern wird durch Unterstützung gefördert.
 - b. Kommunen, die sich freiwillig zusammenschließen, sollen eine Förderung erhalten.
 - c. Die kreisfreien Städte können Unterstützung bei ihrer Entschuldung erhalten.
 - d. Die Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen, insbesondere zwischen Landkreisen und Gemeinden soll in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter diskutiert werden.
 - e. Die landesweit bedeutsamen Kultureinrichtungen in den Oberzentren und in den Städten Senftenberg und Schwedt sollen finanziell besser gestellt werden.
2. zur Verbesserung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Kreistagen und in den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte folgende Maßnahmen vorzubereiten und dem Landtag bis zum September 2018 vorzulegen:
 - a. Die Regelungen zur Verdienstausfallentschädigung sind zu überprüfen und anzupassen.
 - b. Die Mittel für die Finanzierung der Fraktionsarbeit sollen flexibler verwendet werden können.
 - c. Entsprechend der Bedarfe der Kreistage sollen die Qualifizierungsangebote für Kreistagsabgeordnete verbessert werden. Die Kommunalpolitischen Vereinigungen sollen Möglichkeiten für eine stärkere Unterstützung der Arbeit der Kreistagsabgeordneten erhalten.
 - d. Die Kreistagsfraktionen sollen die Möglichkeit erhalten, mittels hauptamtlicher Mitarbeiter die Kreistagsabgeordneten besser zu unterstützen.
 - e. Die Aufwandsentschädigungen für Kreistagsabgeordnete sollen durch geeignete Maßnahmen landesweit vergleichbar gestaltet und den heutigen Bedingungen angepasst werden.
 - f. Die Mobilität der Kreistagsabgeordneten soll gestärkt werden.
 - g. Um die Arbeit der Kreistagsmitglieder zu erleichtern, sollen die Landkreise Orientierungswerte für die Ausstattung der Kreistagsabgeordneten mit moderner IT-Technik erhalten.

- h. Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, Steuererleichterungen für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker einzuführen.
3. die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, um Verwaltungsleistungen bürger-näher und effektiver erbringen zu können. Dafür ist ein E-Government-Gesetz ein zentrales Element. Bis April 2018 soll unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände ein entsprechender Entwurf vorgelegt werden.
 4. den kommunalen Finanzausgleich weiterzuentwickeln. Durch eine Weiterentwicklung des Soziallastenausgleichs sollen soziale Lasten stärker als bisher berücksichtigt und so ein besserer Ausgleich zwischen den Kommunen erzielt werden. Dazu soll die Verbundquote verbessert werden. Die Novellierung des FAG ist noch in dieser Wahlperiode bis 2019 umzusetzen.
 5. mit den Gewerkschaften über eine Fortschreibung des Tarifvertrags über Maßnahmen zur Begleitung des Umbaus der Landesverwaltung Brandenburg (TV Umbau) zu verhandeln.

Der Landtag wird die Elemente der Bürgerbeteiligung ausbauen. Dazu soll zeitnah die Kommunalverfassung entsprechend dem Landtagsbeschluss (DS 4621-B) geändert werden.

Begründung:

Mit dem vorliegenden Antrag beschließt der Landtag den bereits politisch verkündeten Abbruch der Verwaltungsstrukturreform und begrüßt die Zurückziehung der Gesetzentwürfe zur Kreisneugliederung sowie zur Funktionalreform durch die Landesregierung.

Die Forderungen des laufenden Volksbegehrens „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ werden aufgenommen. Damit hat das Volksbegehren sein inhaltliches und politisches Ziel erreicht. Der Landtag ist bereit, mit den Vertretern des Volksbegehrens Gespräche über das weitere Vorgehen zu führen.

Mit den Forderungen an die Landesregierung werden Vorschläge aufgenommen, die vielfach in der Debatte um die Verwaltungsstrukturreform geäußert wurden. Dies betrifft vor allem Fragen der Digitalisierung der Verwaltung, der Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleiches, der Verbesserung der ehrenamtlichen Tätigkeit auf der kreislichen Ebene, der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung und der Fortschreibung des TV-Umbaus. Außerdem sollen in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städten Angebote zur Verwaltungsmodernisierung entwickelt werden.